

# Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht

Herausgegeben von Rolf Stürner

Die Schriftenreihe *Veröffentlichungen zum Verfahrensrecht (VVerfR)* ist einem weit verstandenen Verfahrensrecht verpflichtet, ist also weder auf ein Rechtsgebiet noch auf eine Verfahrensart beschränkt. So finden sich etwa auf dem Gebiet des Zivilprozessrechts Arbeiten zum Erkenntnis- wie dem Vollstreckungsverfahren einschließlich des Insolvenzrechts, auf dem Gebiet des Strafprozessrechts Schriften zu Aspekten des Ermittlungs- wie des Hauptverfahrens. Die behandelten Themen sind zugleich ein Spiegel dessen, wie sich die Schwerpunkte der wissenschaftlichen Diskussion verschieben. Neben dogmatischen Arbeiten zu Kernfragen des nationalen Verfahrensrechts sind in den letzten Jahren vermehrt prozessrechtsvergleichende Arbeiten und Arbeiten zum internationalen Verfahrensrecht getreten; ebenfalls deutlich wird das gestiegene Interesse am Schiedsverfahrensrecht und an alternativen Konfliktlösungsmechanismen. Die Reihe *VVerfR* steht so auch für eine gelungene und in gewissem Sinne repräsentative Auswahl, auf die Herausgeber und Verlag großen Wert legen.

Ansprechpartnerin:

Dr. Julia Caroline Scherpe-Blessing, LL.M. (Cantab)

Programmleitung Privatrecht, Strafrecht, Verfahrensrecht

ISSN: 0722-7574 - Zitiervorschlag: VVerfR

Stand: 27.01.2021. Preisänderungen vorbehalten.

---

Jetzt bestellen:

[https://www.mohrsiebeck.com/schriftenreihe/veroeffentlichungen-zum-verfahrensrecht-vverfr?no\\_cache=1](https://www.mohrsiebeck.com/schriftenreihe/veroeffentlichungen-zum-verfahrensrecht-vverfr?no_cache=1)

[order@mohrsiebeck.com](mailto:order@mohrsiebeck.com)

Telefon: +49 (0)7071-923-0

Telefax: +49 (0)7071-51104

Hennighausen, Johanna

## Das Gebot der Unabhängigkeit bei Erlass eines Teilurteils

Band 176  
2021. XXIII, 263 Seiten.  
erscheint im Februar

ISBN 9783161598708  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161598715  
eBook PDF 74,00 €

Gem. § 301 Abs. 1 ZPO ist ein Teilurteil zu erlassen, wenn ein abgrenzbarer Teil des Rechtsstreits vorzeitig zur Entscheidung reif ist und das Gericht das Teilurteil nicht für unangemessen erachtet; der Rest der Entscheidung wird dem Schlussurteil vorbehalten. Ein Teilurteil ist nach der Rechtsprechung jedoch nur zulässig, wenn die Gefahr sich widersprechender Entscheidungen zwischen Teil- und Schlussurteil – z. B. infolge abweichender Beurteilung in der Rechtsmittelinstanz oder in den Urteilsgründen – ausgeschlossen ist. Johanna Hennighausen untersucht, auf welcher Grundlage die Rechtsprechung im Rahmen des § 301 Abs. 1 ZPO Widersprüche über die Grenzen der materiellen Rechtskraft hinaus für unzulässig erachtet, während an zahlreichen anderen Stellen der ZPO Widersprüche zwischen den Urteilsgründen unter Berufung auf die engen Rechtskraftgrenzen zugelassen werden. Hierbei entwickelt sie auf Grundlage der Gesetzesbegründung einen eigenen Lösungsansatz.

Krüger, Christian

## Europäischer Rechtskraftbegriff

### Überlegungen zu Existenz, Reichweite und Erforderlichkeit

Band 175  
2020. XXIX, 344 Seiten.

ISBN 9783161597701  
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161597961  
eBook PDF 104,00 €

Ein einheitlicher europäischer Rechtskraftbegriff im Anerkennungsrecht existiert bislang nicht. Nach dem Wirkungserstreckungsprinzip bestimmen sich die Wirkungen ausländischer Entscheidungen im Anerkennungsstaat – und damit insbesondere die objektive Reichweite der materiellen Rechtskraft – nach dem Recht des Urteilsstaates. Christian Krüger untersucht, ob und inwieweit das Unionsrecht *de lege lata* einen einheitlichen europäischen Rechtskraftbegriff vorgibt. Anhand einer rechtsvergleichenden Analyse der Reichweite der materiellen Rechtskraft im deutschen und französischen Zivilprozessrecht geht Christian Krüger sodann den Fragen nach, welche Reichweite ein einheitlicher europäischer Rechtskraftbegriff haben könnte und ob die bislang im Rahmen der EuGVVO praktizierte Wirkungserstreckung *de lege ferenda* zugunsten einer einheitlichen Regelung aufgegeben werden sollte.

Schreiner, Christina

## Aktenbeziehung und Anfangsverdacht im Insolvenzstraferfahren

### Zugleich ein Beitrag zum »Doppeltürmodell« des BVerfG

Band 174  
2020. XVIII, 244 Seiten.

ISBN 9783161593819  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161593826  
eBook PDF 74,00 €

Der Schutz des Einzelnen vor anlassloser strafrechtlicher Verfolgung gehört zu den Grundfesten unseres Rechtsstaates. Besonders schutzbedürftig ist der Schuldner, der im Rahmen des Insolvenzverfahrens zu umfassender Auskunft verpflichtet ist. Der Zugriff auf die dort offengelegten Informationen ist den Ermittlungsbehörden untersagt, solange kein strafrechtlicher Anfangsverdacht begründet ist. Christina Schreiner ruft dessen Bedeutung als begrenzendes Element zulässiger Strafverfolgung in Erinnerung und zeigt die in der routinemäßigen Beziehung der Insolvenzakten liegende Generalverdächtigung sämtlicher Insolvenzschuldner auf. Die Autorin arbeitet heraus, dass derzeit eine Ermächtigungsgrundlage für die Informationsbereitstellung seitens der Insolvenzgerichte fehlt – ein Zustand, der hinter den Vorgaben des BVerfG zum »Doppeltürmodell« zurückbleibt und somit verfassungswidrig ist.

Kern, Verena Dorothea

## Urkundenvorlage bei Kartellschadensklagen

### Editionspflichten nach der ZPO und der Kartellschadensersatzrichtlinie: Vergleich, Modellcharakter und Umsetzungsvorschlag

Band 173  
2020. XXII, 253 Seiten.

ISBN 9783161593833  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161593840  
eBook PDF 64,00 €

Mit den §§ 33g und 89b ff. GWB wurden auf Grundlage der Kartellschadensersatzrichtlinie (RL 2014/104/EU) neue Regelungen zur Urkundenvorlage im Kartellschadensersatzprozess geschaffen. Diese Regelungen gehen über die bestehenden Editionspflichten im allgemeinen Zivilprozess hinaus. Verena Dorothea Kern untersucht, inwieweit die neuen kartellspezifischen Vorschriften der Dogmatik und Terminologie der ZPO entsprechen, und zeigt Defizite in der Umsetzung der Richtlinienvorgaben auf. Anschließend entwickelt sie einen eigenen Regelungsvorschlag, der den Vorgaben der Richtlinie besser gerecht wird und sich stimmiger in die deutschen Editionsvorschriften einfügt. Die Arbeit wurde mit dem Juratisbona-Preis 2019 des Alumni-Vereins der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Regensburg ausgezeichnet.



Heil, Benedict

## IT-Anwendung im Zivilprozess

### Untersuchung zur Anwendung künstlicher Intelligenz im Recht und zum strukturierten elektronischen Verfahren

Band 172  
2020. XXI, 171 Seiten.

ISBN 9783161595325  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161595332  
eBook PDF 69,00 €

Könnte man der zu beobachtenden Überlastung deutscher Zivilgerichte durch einen verstärkten Einsatz von Informationstechnik (IT) begegnen? Die umfassende Beantwortung dieser Frage erfordert ein zweistufiges Vorgehen. Benedict Heil erforscht zunächst die theoretischen Möglichkeiten und Grenzen der IT-Anwendung im Recht und überprüft, inwieweit ein menschlicher Richter theoretisch durch ein informationsverarbeitendes System ersetzt werden könnte. Einen besonderen Fokus legt er dabei auf das Potenzial künstlicher neuronaler Netzwerke. Anschließend unterbreitet er einen praxisorientierten Vorschlag für die Einführung eines strukturierten elektronischen Verfahrens (seV). Es handelt sich dabei um ein Konzept, welches eine moderate Reform des Erkenntnisverfahrens – in Form einer obligatorischen Strukturierung des Sach- und Rechtsvortrags durch die Parteien – mit einer weitgehenden Digitalisierung insbesondere des schriftlichen Vorverfahrens kombiniert.

Schreck, Lisa

## Die Umsetzung der Mediationsrichtlinie in Frankreich und Deutschland

### Eine rechtsvergleichende Untersuchung zur Förderung der Mediation unter besonderer Berücksichtigung der Mediationskostenhilfe

Band 171  
2020. XX, 206 Seiten.

ISBN 9783161589645  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161589652  
eBook PDF 64,00 €

Die Mediation ist als wichtiges Instrument der alternativen Streitbeilegung nicht mehr aus Europa wegzudenken. Sie stellt eine schnelle, nachhaltige und kostengünstige Alternative zum Gerichtsverfahren dar. Trotzdem hat die Mediation ihr volles Potential noch nicht entfaltet. Lisa Schreck untersucht umfassend die Unterschiede und Gemeinsamkeiten bei der Umsetzung der Mediationsrichtlinie 2008/52/EG in Frankreich und Deutschland und zeigt, inwieweit die Mediation durch die Umsetzung der Mediationsrichtlinie in beiden Ländern gefördert werden konnte, welche Instrumente sich zur Förderung der Mediation bewährt haben und wo weiterhin Nachbesserungsbedarf besteht. Einen interessanten Ansatzpunkt zur Förderung der Mediation bildet dabei die Einführung einer Mediationskostenhilfe. Die Autorin legt anhand konkreter Gesetzesvorschläge dar, wie eine bessere Förderung der Mediation gelingen kann.

Berzen, Anna K.

## Gerichtssaalberichterstattung

### Ein zeitgemäßer Rahmen für die Arbeit der Medienvertreter in deutschen Gerichten

Band 170  
2020. XXIX, 442 Seiten.

ISBN 9783161592553  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161592560  
eBook PDF 89,00 €

Der Öffentlichkeitsgrundsatz erlaubt nicht nur »gewöhnlichen« Bürgern, sondern auch Medienvertretern, den Verhandlungen deutscher Gerichte beizuwohnen. Der Medienberichterstattung aus dem Gerichtssaal werden durch das Gesetz und die Gerichte allerdings enge Grenzen gesetzt, die seit den 1960er Jahren weitgehend unverändert sind. Seitdem haben sich die Medienbranche und der Medienkonsum jedoch grundlegend gewandelt. Anna K. Berzen widmet sich daher der Frage, ob und inwiefern der aktuelle Rechtsrahmen für Medienberichte aus dem Gerichtssaal noch zeitgemäß ist. Sie analysiert die schutzwürdigen Interessen, die bei der Berichterstattung kollidieren, und unternimmt eine vergleichende Betrachtung der englischen Rechtslage. Sie kommt zu dem Schluss, dass Reformbedarf besteht. Deshalb entwickelt die Autorin einen Gesetzesvorschlag, der eine zeitgemäße Berichterstattung ermöglichen soll.

Köpf, Laura Marlen

## Zwangsvollstreckungsmoratorien

Band 169  
2020. XXI, 306 Seiten.

ISBN 9783161591426  
Leinen 94,00 €

ISBN 9783161591433  
eBook PDF 94,00 €

Obleich hoheitlich angeordnete Aufschübe der Zwangsvollstreckung ein verbreitetes Phänomen sind, fehlt es bislang an einer umfassenden Untersuchung. Dabei bietet die Beschäftigung mit dem Querschnittsgebiet der Zwangsvollstreckungsmoratorien die Möglichkeit der Erforschung des generellen Spannungsverhältnisses zwischen und der Abgrenzung von materiellem Recht und Prozessrecht. Zusätzliche praktische Brisanz entsteht aktuell durch die europäische Richtlinie über den präventiven Restrukturierungsrahmen, die ein Vollstreckungsmoratorium vorsieht. Laura Marlen Köpf entwickelt eine Kategorisierung von Zwangsvollstreckungsmoratorien und untersucht ihre formellen und materiellen Auswirkungen.



Vogt Geisse, Thomas

## Aufklärung und Informationskontrolle im Zivilprozess

Eine vergleichende Studie zum deutschen, englischen und US-amerikanischen Recht

Band 168  
2020. XVIII, 223 Seiten.

ISBN 9783161588884  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161588891  
eBook PDF 69,00 €

Der Zivilprozess jeder modernen Rechtsordnung muss zwei gegenläufige Ziele versöhnen: die Aufklärung des Sachverhalts und die Geheimhaltung schutzwürdiger Informationen. Bei der Lösung dieser Spannung haben sich in der kontinentalen und anglo-amerikanischen Rechtstradition sehr unterschiedliche Ansätze entwickelt. Thomas Vogt Geisse untersucht die Instrumente, mit welchen das deutsche, englische und US-amerikanische Recht diverse Gefahren der zivilprozessual veranlassten Informationsverbreitung regulieren. Die flexiblen Mittel des common law – beispielsweise die gerichtliche Anordnung von Informationsnutzungsverboten oder Vertraulichkeitskreisen – kontrastieren dabei mit den vergleichsweise beschränkten Kontrollmöglichkeiten deutscher Zivilrichter. Insbesondere das heikle Problem des beweisrechtlichen Geheimverfahrens wird durch den Rechtsvergleich in ein neues Licht gerückt.

Bsaisou, Marcus

## Vollstreckungsimmunität von Zentralbanken

Band 167  
2020. XXIII, 441 Seiten.

ISBN 9783161590887  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161590894  
eBook PDF 89,00 €

Wenn ausländische Staaten Schulden nicht zurückzahlen, bleibt Gläubigern häufig nur, ihre Forderungen auf dem Vollstreckungsweg durchzusetzen. Schnell gerät das Vermögen von Zentralbanken ins Visier vollstreckungswilliger Gläubiger. Ein ungehinderter Vollstreckungszugriff würde die Rolle der Institute als Garanten des jeweiligen Währungs- und Finanzsystems bedrohen. Wie die eingehende Analyse der Staatenpraxis zeigt, bietet das Völkerrecht Zentralbanken einen weitreichenden, aber keinen uneingeschränkten Immunitätsschutz. Im Ausgangspunkt verhindert jede Immunität, dass anerkannte Rechte verwirklicht werden. Marcus Bsaisou weist nach, dass die deutsche Rechtsordnung sowohl den völkerrechtlichen Immunitätsvorgaben als auch dem individuellen Rechtsschutzanspruch gerecht werden kann, wenn völkerrechtliche Spielräume konsequent genutzt werden.

Tunze, Carlo

## Der Wegfall der ausgeübten Prozessführungsermächtigung

Band 166  
2020. XVII, 165 Seiten.

ISBN 9783161590429  
Leinen 74,00 €

ISBN 9783161590436  
eBook PDF 74,00 €

Als gewillkürte Prozessstandschaft bezeichnet man die Möglichkeit, eine vom Rechtsinhaber verschiedene Person zu ermächtigen, das streitige Recht im eigenen Namen durchzusetzen. Über Zulässigkeit, Voraussetzungen und Wirkungen dieses gesetzlich nicht geregelten Rechtsinstituts besteht heute im Wesentlichen Einigkeit. Klärungsbedürftig bleibt hingegen die Frage, wie sich der nachträgliche Wegfall der bereits ausgeübten Prozessführungsermächtigung auf das weitere prozessuale Geschehen auswirkt. Die Ursachen, die zu einem solchen Wegfall führen können, sind vielfältig. Carlo Tunze untersucht, wie das in jedem dieser Fälle zutage tretende Spannungsverhältnis von Prozessgegnerschutz und Gläubigerinteressen mit dem Instrumentarium der ZPO aufgelöst werden kann und behandelt dabei Grundprobleme des Zivilprozessrechts im Bereich der Prozessführungsbefugnis und der Parteilehre, die ihrerseits noch nicht völlig geklärt sind.

Jobst, Simon

## Das gesellschaftsrechtliche Schiedsverfahren zwischen Privatautonomie und Verfahrensgarantien

Ein deutsch-italienischer Rechtsvergleich über Beschlussmängelstreitigkeiten vor Schiedsgerichten

Band 165  
2020. XXIV, 275 Seiten.

ISBN 9783161590023  
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161590030  
eBook PDF 84,00 €

Der Grundsatz der Privatautonomie ermöglicht es den Parteien, im Fall von Uneinigkeiten über ihre Verträge selbst die Art der Streitbeilegung festzulegen. Bei innergesellschaftlichen Beschlussmängelstreitigkeiten wird häufig die Schiedsgerichtsbarkeit gewählt. Ein Schiedsspruch schafft dabei Regelungen, die potentiell auch nicht am Verfahren Beteiligte binden. Wie lässt sich garantieren, dass die verfassungsrechtlichen Verfahrensgarantien eingehalten werden? Simon Jobst analysiert die Rechtslage in Deutschland und Italien und zeigt auf, dass sich das Spannungsfeld zwischen privatautonomer Regelungsfreiheit und Schutz der Verfahrensrechte auf verschiedenen Ebenen auflösen lässt, etwa durch die Beschränkung des Kreises der schiedsfähigen Streitigkeiten oder über besondere Wirksamkeitsanforderungen an Schiedsvereinbarungen. Das italienische Recht schützt Dritte mithilfe spezieller Verfahrensvorschriften. Dieses Modell prüft der Autor auf seine Übertragbarkeit in die deutsche Rechtsordnung und zeigt Perspektiven für das hiesige Schiedsverfahrensrecht auf.



Eggers, Alexander

## Gerichtliche Kontrolle von Vergleichen im kollektiven Rechtsschutz

### Eine Untersuchung zum US-amerikanischen, niederländischen und deutschen Recht

Band 164  
2020. XXIII, 374 Seiten.

ISBN 9783161575440  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161575457  
eBook PDF 79,00 €

Nicht zuletzt im Zuge des Dieselskandals hat die Debatte um den kollektiven Rechtsschutz wieder an Fahrt gewonnen. Ein Kernthema von Kollektivverfahren ist die adäquate Repräsentation der Geschädigten. In deren Interesse muss auch bei einer einvernehmlichen Streitbeilegung eine faire und angemessene Lösung gewährleistet werden. Deshalb gehört es zum internationalen Standard, dass ein Vergleich vom Gericht überprüft und genehmigt werden muss, um Bindungswirkung zu erlangen. Für die US-amerikanische class action und das niederländische WCAM kann hier auf langjährige Erfahrungen verwiesen werden. Bei der Musterfeststellungsklage und dem KapMuG fehlen diese jedoch noch. Alexander Eggers untersucht die gerichtliche Kontrollfunktion daher aus rechtsvergleichender Perspektive. Neben ihren Ausgangsbedingungen und Maßstäben berücksichtigt er unter anderem die Frage nach der Entscheidungsgrundlage des Gerichts. Sein Anliegen ist es Lösungsansätze zu finden, die eine effiziente Streitbeilegung ermöglichen und zugleich die Interessen der Repräsentierten wahren.

Klein, Fabian

## Die Verwertbarkeit gem. 28 USC § 1782(a) erlangter Beweismittel im deutschen Zivilprozess

Band 163  
2019. XVIII, 190 Seiten.

ISBN 9783161576218  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161576225  
eBook PDF 69,00 €

Im deutschen Zivilprozess gilt der Beibringungsgrundsatz. Danach obliegt es den Parteien, die für sie vorteilhaften Informationen und Beweismittel zu ermitteln und in den Rechtsstreit einzuführen. Ihr Prozessgegner muss sie dabei im Grundsatz nicht unterstützen, *nemo contra se edere tenetur*. Anders im US-amerikanischen Zivilprozess: Im Rahmen der pre-trial discovery schulden die Parteien einander grundsätzlich umfassende Aufklärung über alle für den Rechtsstreit relevanten Tatsachen. Diese Divergenz wird brisant aufgrund von 28 USC § 1782(a). Denn danach können sich auch die Parteien eines außerhalb der USA anhängigen Rechtsstreits der Instrumente der discovery bedienen. Werden derart erlangte Informationen und Beweismittel in einen deutschen Zivilprozess eingeführt, stellt sich die Frage, wie die deutschen Gerichte damit umzugehen haben.

Müller, Charlotte Helene

## Beweisverbot und Sachvortragsverbot

### Materiell rechtswidrig erlangte Informationen im Zivilprozess

Band 162  
2019. XVII, 280 Seiten.

ISBN 9783161588655  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161588662  
eBook PDF 64,00 €

Charlotte Helene Müller untersucht die Folgen einer rechtswidrigen Informationsbeschaffung für die Informationsverwendung im Zivilprozess an der Schnittstelle von materiellem Recht, Prozessrecht und Verfassungsrecht. Unter dem Begriff »Sachvortragsverbot« diskutiert sie mögliche prozessuale Folgen in Form eines Verbots gegenüber den Parteien, die Informationen in den Prozess einzuführen, sowie eines Verbots gegenüber dem Gericht, die Informationen zu verwenden. Dabei knüpft die Autorin an die Forschung zu Beweis(verwertungs)verboten an, die sich mit der rechtswidrigen Beweismittelbeschaffung befasst. Sie arbeitet die Grundlagen, Voraussetzungen und Rechtsfolgen eines Sachvortragsverbots heraus und entwickelt eine umfassende Systematik für den Umgang mit rechtswidrig erlangten Informationen im Zivilprozess.

Proske, Caroline Elisabeth

## Expert witness conferencing in Schiedsverfahren

Band 161  
2019. XVII, 196 Seiten.

ISBN 9783161582738  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161582745  
eBook PDF 69,00 €

Internationale Schiedsverfahren haben häufig höchst komplexe Fragestellungen zum Gegenstand, welche die Einbeziehung von externem Sachverstand erfordern. Dies geschieht auffallend oft durch den angloamerikanisch inspirierten Parteisachverständigenbeweis, der gleichwohl Gegenstand anhaltender Kritik ist, ebenso wie das Kreuzverhör, durch welches der Parteisachverständigenbeweis zumeist ins Verfahren eingeführt wird. Stellt die zunehmend verbreitete Vernehmungstechnik des expert witness conferencing, bei dem die Parteisachverständigen gemeinsam und in Interaktion miteinander aussagen, eine gewinnbringende Alternative zum kritisierten Status quo dar? Caroline Elisabeth Proske untersucht, wie sich expert witness conferencing auf das Verständnis des Schiedsgerichts, die Parteilichkeit von Parteisachverständigen sowie Kosten- und Zeitfaktoren auswirkt.



Schmidt, Lukas

## Die Zusicherung nach Art. 36 EuInsVO

Zugleich ein Beitrag zur Bewältigung grenzüberschreitender Konzerninsolvenzen

Band 160  
2019. XX, 267 Seiten.

ISBN 9783161583100  
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161583117  
eBook PDF 84,00 €

Das grenzüberschreitende Insolvenzrecht hat stark an theoretischer und praktischer Bedeutung gewonnen. Dies äußert sich nicht zuletzt durch harmonisierende Sekundärrechtsakte der Europäischen Union, insbesondere in Gestalt der Europäischen Insolvenzverordnung und ihrer Neufassung. Eine wesentliche Neuerung ist die Einführung der »Zusicherung« nach Art. 36 EuInsVO. In Anlehnung an eine im englischen Recht für komplexe grenzüberschreitende Konzerninsolvenzen entwickelte Praxis dient die Zusicherung des Hauptinsolvenzverwalters, die betreffenden Gläubiger innerhalb des Hauptinsolvenzverfahrens so zu behandeln, als ob ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet worden wäre, der Vermeidung der Eröffnung von Sekundärinsolvenzverfahren. Unter der Prämisse, das viel kritisierte und zum Teil abgelehnte Instrument möglichst operabel zu machen, setzt sich Lukas Schmidt umfassend mit dem Regelungskomplex der Zusicherung auseinander.

Kehrberger, Roman F.

## Die Materialisierung des Zivilprozessrechts

Der Zivilprozess im modernen Rechtsstaat

Band 159  
2019. XXV, 412 Seiten.

ISBN 9783161582769  
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161582776  
eBook PDF 99,00 €

Nachdem die Debatte um eine sogenannte Materialisierung bislang vor allem im Privatrecht geführt wurde, hat sie mittlerweile auch das Zivilprozessrecht erreicht. Dabei ist die grundlegende Frage: Inwieweit ist und soll das Zivilprozessrecht streng formal, inwieweit von außerprozessualen Wertungen geprägt sein? Roman F. Kehrberger beleuchtet daher unterschiedliche Quellen möglicher außerprozessualer Wertungen – etwa Grundrechte, materiell-rechtliche Sonderwertungen oder die kompensatorische Prozessleitung durch Richter – und deren Einflüsse auf das Zivilprozessrecht. Zur Frage, ob sich richterliche Aktivität im Sinne einer Materialisierung auswirkt, betrachtet er rechtsvergleichend das englische Recht. Zur Bewertung einer möglichen Materialisierung wird grundlegend darauf rekurriert, warum im modernen Rechtsstaat überhaupt ein Zivilprozess existiert und wie dieser idealerweise ausgestaltet sein sollte.

## Standard of Proof in Europe

Ed. by Luboš Tichý

Band 158  
2019. VIII, 323 Seiten.

ISBN 9783161570209  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161570216  
eBook PDF 79,00 €

Das vorliegende Buch gibt einen Überblick, wie die maßgeblichen europäischen Rechtsordnungen einem der Kernprobleme des Zivilprozessrechts gegenüberstehen: dem Beweismaß. Vierzehn herausragende Rechtswissenschaftler erörtern die Herangehensweise ihres Rechtssystems und tragen so zur Suche nach einem allgemeingültigen Standard bei.

Inhaltsübersicht

*Pavel Holländer*: Proof, theory of truthfulness and the purposes of procedure – *Mark Schweizer*: The standard of proof as a decision threshold – *Christoph Kern*: Probability as an element of the standard of proof – *Magne Strandberg*: The more probable than not standard – a critical approach – *Christoph Althammer/Madeleine Tolani*: Proof of causation in German tort law – *Hans Jürgen Ahrens*: The standard of proof – the German approach – *Walter Rechberger*: The Austrian approach and the inherent connection between the standard of proof and the burden of proof – *Michael Stürmer*: Evaluation of evidence and the standard of proof in the ELI/UNIDROIT European Rules of Civil Procedure – *Jan Balarin*: The Czech approach – *Emmanuel Jeuland*: The standard of proof and the French approach – *Roberto Poli*: The Italian concept of the standard of proof – *John Sorabji*: The English approach to the standard of proof – *Luboš Tichý*: Main problems from the perspective of a comparative analysis

Jurczyk, Friederike

## Materialisierung des Zivilverfahrensrechts

Der Einfluss schuldvertraglicher Sonderwertungen zugunsten des Schwächeren auf das Erkenntnisverfahren nach der ZPO



Band 157  
2019. XIX, 239 Seiten.

ISBN 9783161568411  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161568428  
eBook PDF 69,00 €

Unter dem Schlagwort der »Materialisierung« wird diskutiert, wie materiellrechtliche Sonderwertungen zugunsten der schwächeren Partei auf den Zivilprozess Einfluss nehmen. Besonderes Augenmerk liegt hier auf Verbraucherschützenden Regelungen im weiteren Sinne, welche die Privatautonomie einschränken. Im Erkenntnisverfahren hat dies zur Folge, dass ohne prozessuale Rechtfertigung von Verfahrensgrundsätzen des Zivilprozessrechts wie dem Grundsatz des Beklagtengerichtsstandes und der Parteiherrschaft abgewichen wird. Anhand des ehemaligen Abzahlungsrechts, des Verbraucherrechts, des Versicherungsrechts, des Wohnraummietrechts und des Fernunterrichtsrechts untersucht Friederike Jurczyk den Status quo und die Bedeutung dieser Entwicklung. Anschließend setzt sie diese in Relation zu Forderungen nach mehr Verbraucherschutz im Zivilprozess und Neuerungen im Recht der alternativen Streitbeilegung.

Nissen, Moritz

## Das Recht auf Beweis im Zivilprozess

Band 156  
2019. XLVII, 860 Seiten.

ISBN 9783161562136  
Leinen 144,00 €

ISBN 9783161562143  
eBook PDF 144,00 €

Das Recht eines Menschen, zur Durchsetzung seiner privaten Rechte vor Gericht zu ziehen und effektiven Rechtsschutz zu erhalten, ist in heutiger Zeit als fester Bestandteil grundrechtlicher Gewährleistungen anerkannt. Seltener behandelt wird demgegenüber die Frage, ob und bejahendenfalls in welchem Umfang mit der Erfordernis des Nachweises eigener Rechte im Zivilprozess nach der ZPO zugleich auch ein Recht der Prozessparteien auf einen effektiven Nachweis dieser Rechte einhergeht. Moritz Nissen postuliert ein ebensolches Recht auf Beweis und arbeitet es in seinem Umfang wie auch seinen Grenzen nach dem Grundgesetz, der EMRK und der europäischen Grundrechtecharta heraus. Das so gefundene Recht auf Beweis wird im Anschluss als Maßstab für die Überprüfung der wesentlichen beweisrechtlichen Konstellationen der ZPO herangezogen und auf diese Weise ein handhabbarer Maßstab zur Beurteilung des zivilprozessualen Beweisrechts geschaffen.

Horn, Jakob

## Der Emergency Arbitrator und die ZPO

Band 155  
2019. XXI, 252 Seiten.

ISBN 9783161569395  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161569401  
eBook PDF 74,00 €

Der Emergency Arbitrator gewinnt in der internationalen Schiedspraxis zunehmend an Bedeutung. Ein Emergency Arbitrator (Eilschiedsrichter) wird auf Antrag einer Schiedspartei innerhalb kurzer Zeit von einer Schiedsorganisation eingesetzt, um Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes zu erlassen. Jakob Horn erörtert umfassend, inwiefern der Emergency Arbitrator in ein Schiedsverfahren nach deutschem Schiedsrecht rechtlich integriert wird. Grundlage der Analyse sind die Schiedsordnungen der weltweit sieben größten Schiedsorganisationen, u.a. der ICC, des LCIA und der SIAC. Dabei stellt der Autor fest, dass der Emergency Arbitrator Teil eines einheitlichen Schiedsverfahrens ist und seine Anordnungen sowohl in Deutschland als auch nach der New York Convention vollstreckt werden können. Abschließend unterbreitet er einen Vorschlag, wie die deutsche Rechtslage im Zuge einer ZPO-Reform verbessert werden kann.

Wörner, Steffen

## Das Verbot der vorweggenommenen Beweiswürdigung

### Eine Grundlagenstudie zum Beweisverfahren im Zivilprozess

Band 154  
2019. XXII, 403 Seiten.

ISBN 9783161558351  
Leinen 104,00 €

ISBN 9783161558368  
eBook PDF 104,00 €

Das Verbot der vorweggenommenen Beweiswürdigung zählt zu den Eckpfeilern des deutschen zivilprozessualen Beweisverfahrens. Es untersagt dem Richter, einen Beweisantrag mit der Begründung abzulehnen, dass die Beweisaufnahme keinen Einfluss auf die richterliche Überzeugungsbildung haben wird. Doch muss der Richter auch dann einem Beweisantrag stattgeben, wenn er sich aus guten Gründen nichts von ihm verspricht? Das Thema, dem sich Steffen Wörner widmet, ist trotz seiner großen praktischen wie theoretischen Bedeutung für den deutschen Zivilprozess bislang nicht wissenschaftlich aufgearbeitet worden. Diese Lücke schließt die Arbeit. Sie geht der Frage nach, worin das Verbot der vorweggenommenen Beweiswürdigung seine normative Stütze findet und welche Bedeutung es innerhalb des zivilprozessualen Beweisverfahrens hat – und haben sollte. In diesem Zusammenhang setzt sich Steffen Wörner kritisch mit dem in der Schweiz vertretenen Standpunkt auseinander, wonach eine Vorwegnahme der Beweiswürdigung – jedenfalls im Grundsatz – für zulässig gehalten wird. Die Arbeit legt damit wertvolle Einsichten in die Entstehung und Begründung beweisrechtlicher Topoi frei, die im heutigen Diskurs nicht hinreichend reflektiert sind.

McCorkle, Alena

## Allgemeinkundigkeit

### § 291 ZPO als Rechtsgrundlage richterlicher Internetrecherchen?

Band 153  
2018. XV, 235 Seiten.

ISBN 9783161562198  
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161562204  
eBook PDF 84,00 €

Nach § 291 ZPO bedürfen »Tatsachen, die bei dem Gericht offenkundig sind«, keines Beweises. Dies wird dahingehend ausgelegt, dass auch solche Tatsachen vom Beweis befreit sind, die das Gericht aus allgemein zugänglichen, »zuverlässigen« Internetquellen ermitteln kann. Alena McCorkle wendet sich gegen solche Internetrecherchen im Richterzimmer und stützt sich dafür auf den Beibringungsgrundsatz, den Grundsatz der Parteiöffentlichkeit der Beweisaufnahme sowie die richterliche Neutralität und Distanz zum Sachverhalt. Die Allgemeinkundigkeit als Unterfall der Offenkundigkeit wird in ihrem historischen und heutigen Verständnis analysiert und die »Ermittelbarkeit« als Wesensmerkmal abgelehnt. Die vorgeschlagene Definition der Allgemeinkundigkeit berücksichtigt die ursprüngliche Bedeutung des § 291 ZPO für die Verwertung vorhandener Kenntnisse des Gerichts. Für Fälle fehlender Kenntnis stellt die Autorin alternative Möglichkeiten der Internetnutzung im Zivilprozess vor.

Kremer, Mika

## Strafprozessuale Angehörigenprivilegien im Rechtsvergleich

### Eine Untersuchung zu den Grundlagen eines europäischen Beweisrechts

Band 152  
2018. XXVII, 338 Seiten.

ISBN 9783161560422  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161560439  
eBook PDF 79,00 €

Die Möglichkeit von Beinahetreffern bei Reihengentests verleiht Grund und Reichweite strafprozessualer Angehörigenprivilegierungen eine neue Relevanz. Mika Kremer nähert sich dem Thema rechtsvergleichend und zeigt, dass der in Deutschland selbstverständlich erscheinende Schutz naher Angehöriger des Beschuldigten in Frankreich und England deutlich schwächer ausgeprägt ist. Diese Differenzen ergeben sich vor allem aus unterschiedlichen Schutzzwecken: Während in Deutschland die Interessen des Zeugen im Mittelpunkt stehen, soll in Frankreich die Wahrheitsfindung und in England die Institution der Ehe geschützt werden. Dementsprechend ist etwa die Verwertung von Beinahetreffern in England und Frankreich ohne weiteres möglich. Auf europäischer Ebene erschweren diese Unterschiede eine uneingeschränkte gegenseitige Anerkennung und sind bei neuen Rechtsakten der EU auf dem Gebiet des Strafverfahrensrechts zu berücksichtigen.

Sunaric, Predrag

## Die richtige Partei im zivilprozessualen Erkenntnisverfahren

### Sachlegitimation – »Klagerecht« – Prozessführungsbefugnis

Band 151  
2018. XVIII, 158 Seiten.

ISBN 9783161564161  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

ISBN 9783161564178  
eBook PDF 64,00 €

Wer kann als Partei über ein Recht bzw. ein Rechtsverhältnis einen Zivilprozess 'führen' bzw. in einem solchen eine Sachentscheidung erwirken? Die Bestimmung dieser 'richtigen Partei' wird heutzutage für gewöhnlich dem dogmatischen Konstrukt der Prozessführungsbefugnis zugewiesen. Predrag Sunaric untersucht dieses geschichtlich gewachsene Konstrukt grundlegend und geht dabei der Frage nach, ob und – bejahendenfalls – wie es im Rahmen der Schweizerischen Zivilprozessordnung Beachtung findet. Dabei legt er den Fokus auf den Grundfall der Prozessführungsbefugnis, d.h. den Fall, dass eine Person ein vermeintlich eigenes Recht im eigenen Namen vor Gericht geltend macht, wobei anhand einer Erörterung der dogmengeschichtlichen Entwicklungsetappen versucht wird, innerhalb des historisch gewachsenen Dickichts Bleibendes von Überholtem zu unterscheiden.

Alsfasser, Alexander

## Sachaufklärung in der Einzelzwangsvollstreckung

### Vermögensbezogene Informationsgewinnung in der Zwangsvollstreckung im Spannungsfeld zwischen Gläubigerinteressen und Schuldnerschutz: Eine Untersuchung de lege lata et ferenda

Band 150  
2018. XXVIII, 251 Seiten.

ISBN 9783161561641  
Leinen 84,00 €

ISBN 9783161561658  
eBook PDF 84,00 €

Ohne eine wirksame Zwangsvollstreckung erweisen sich sowohl materiell-rechtliche Regelungen als auch das Erkenntnisverfahren als bloße Makulatur. Als Bindeglied zwischen dem Erkenntnis- und dem Vollstreckungsverfahren stellt das Recht der Sachaufklärung in der Einzelzwangsvollstreckung unabdingbare Voraussetzung für die Rechtsverwirklichung dar und kann aus rechtsstaatlicher Sicht nicht überschätzt werden. Gleichzeitig manifestiert sich im Rahmen der Sachaufklärung das vollstreckungsrechtliche Spannungsfeld zwischen Gläubigerinteressen und Schuldnerschutz in beispielhafter Weise. Alexander Alsfasser stellt das Sachaufklärungsrecht umfassend dar und untersucht darauf aufbauend Wege der Effektivitäts- und Effizienzsteigerung. Dabei beschränkt er sich nicht auf das nationale Recht, sondern nimmt auch supranationale Mechanismen zum Herstellen von Vermögenstransparenz in den Blick.





Trommler, Stefan

## Die Teilklage im Zivilprozess

### Eine Untersuchung im Lichte der Prozesstaktik und der Verhaltensanforderungen in Prozesskostenhilfe und Rechtsschutzversicherung

Band 149  
2018. XXVI, 298 Seiten.

ISBN 9783161558375  
Leinen 79,00 €

ISBN 9783161558733  
eBook PDF 79,00 €

Die Teilklage ist ein bislang unterschätztes Institut des deutschen und europäischen Zivilprozessrechts. Stefan Trommler untersucht zunächst die prozessualen und materiellrechtlichen Vorzüge der Erhebung einer Teilklage anstelle einer Vollklage. Zugleich zeigt er die Grenzen dieses Instruments der Prozesstaktik auf. Wegen der Senkung von Prozesskosten erlangt die Teilklage zudem im Bereich des Kostenhilferechts Bedeutung. Die Gewährung von Prozesskostenhilfe oder Rechtsschutzversicherungsleistungen jedoch von der Erhebung einer Teilklage abhängig zu machen, erweist sich nach einer Analyse ihrer prozessualen und materiellrechtlichen Risiken als unzulässig. Abschließend ordnet Stefan Trommler seine Untersuchungsergebnisse in die Systematik der ökonomischen Theorie des Rechts ein und macht sie für eine ökonomische Analyse des Zivilprozessrechts nutzbar.

Hofmann, Philipp Heiner

## Der Schutz von Dritten in der Insolvenz des Versicherungsnehmers

### Versuch einer Systembildung

Band 148  
2018. XXXIII, 402 Seiten.

ISBN 9783161555701  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161555718  
eBook PDF 74,00 €

Zahlreiche Versicherungen dienen nicht allein dem Schutz des jeweiligen Versicherungsnehmers, sondern entfalten zugleich unmittelbar oder mittelbar Schutzwirkung zugunsten bestimmter Drittparteien. Bei diesen Versicherungsformen stellt sich stets die Frage, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen der Drittschutz auch in der Insolvenz des Versicherungsnehmers fortwirken kann. Während Rechtswissenschaft und -praxis sich bislang darauf beschränkten, individuelle Lösungen für einzelne Manifestationen dieses Grundproblems zu entwickeln, unternimmt Philipp Hofmann erstmals den Versuch, aufbauend auf allgemeine verfassungs-, insolvenz- und versicherungsrechtliche Prinzipien ein umfassendes und in sich kohärentes System des Schutzes von Dritten in der Insolvenz des Versicherungsnehmers zu entwickeln.

Die Dissertation wurde mit dem Excellence Award des Vereins zur Förderung der Versicherungswissenschaft in Hamburg e.V. 2017, dem Berliner Preis des Vereins zur Förderung der Versicherungswissenschaft in Berlin e.V. 2017 und dem Wissenschaftspreis Insolvenzrecht und Sanierung 2018 der Arbeitsgemeinschaft Insolvenzrecht und Sanierung im Deutschen Anwaltverein (DAV) ausgezeichnet.

Lubrich, Mirjam

## Der Gesamtschuldnerückgriff im Zuständigkeitssystem der EuGVVO

Band 147  
2018. XXIV, 325 Seiten.

ISBN 9783161559372  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161559389  
eBook PDF 74,00 €

Mirjam Lubrich untersucht die verfahrensrechtlichen Besonderheiten des Gesamtschuldnerückgriffs im Rahmen der Europäischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung (EuGVVO). Im Mittelpunkt steht die Frage nach der internationalen Zuständigkeit für eine Rückgriffklage eines Gesamtschuldners gegen einen anderen Gesamtschuldner. Das materielle Recht sieht hierfür verschiedene Rückgriffsmöglichkeiten (originärer Ausgleichsanspruch und Rückgriff aus übergeleitetem Recht) vor. Anders als im europäischen Kollisionsrecht der Rom I- und Rom II-VO existiert eine besondere Zuständigkeitsnorm für den Gesamtschuldnerückgriff indes nicht. Anhand der zuständigkeitsrechtlichen Wertungen und unter Einbeziehung rechtsvergleichender Erkenntnisse entwickelt Mirjam Lubrich ein einheitliches Zuständigkeitskonzept, das nicht zu Differenzierungen bei der Qualifikation des jeweils geltend gemachten Rückgriffsanspruchs zwingt.

Lorenz, Ricarda-Charlotte

## Die Dogmatik des Entschädigungsanspruches aus § 198 GVG

### Effektiver Rechtsschutz bei überlangen zivilgerichtlichen Verfahren

Band 146  
2018. XXVI, 354 Seiten.

ISBN 9783161555794  
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161555800  
eBook PDF 84,00 €

Am 3.12.2011 ist das Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren in Kraft getreten. Normiert wurde in § 198 GVG ein verschuldensunabhängiger Entschädigungsanspruch für den Fall einer unangemessenen Verfahrensdauer. Ricarda-Charlotte Lorenz beleuchtet die dogmatischen Grundlagen dieses Entschädigungsanspruches unter Einbeziehung der obergerichtlichen und höchstrichterlichen Rechtsprechung. Insbesondere untersucht sie das neuralgische Verhältnis zwischen dem Recht auf angemessene Verfahrensdauer sowie dem Gebot der richterlichen Unabhängigkeit und setzt dies in Kontext zum Amtshaftungsanspruch aus § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG sowie dem Entschädigungsanspruch aus § 198 GVG. Als Grundlage dient die Untersuchung über Vorgaben der EMRK und des Grundgesetzes an ein effektives Rechtsschutzmodell im Hinblick auf überlange zivilgerichtliche Verfahren. Die Arbeit wurde vom Alumniverein der Fakultät für Rechtswissenschaft an der Universität Regensburg mit dem Juratisbona-Preis für hervorragende Doktorarbeiten 2017 ausgezeichnet.



Richter, Johannes

## Verschleppte Eröffnung von Insolvenzverfahren

Zur unzulässigen Verlängerung von Insolvenzeröffnungsverfahren unter besonderer Berücksichtigung der Insolvenzgeldvorfinanzierung

Band 145  
2018. XVIII, 325 Seiten.

ISBN 9783161559303  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161559310  
eBook PDF 79,00 €

Zwischen Insolvenzantrag und Verfahrenseröffnung vergehen bei Unternehmensinsolvenzen regelmäßig mehrere Monate. Eine umfangreiche statistische Untersuchung belegt diese Erkenntnis. Praktischer Hintergrund dieses Phänomens ist insbesondere der finanzielle Anreiz der Insolvenzgeldvorfinanzierung. Um diese Liquiditätsquelle im Eröffnungsverfahren vollständig nutzen zu können, wird die Entscheidung über den Insolvenzantrag oftmals »verschleppt«. Johannes Richter zeigt, welche Vorteile dieses Vorgehen haben kann, aber auch, wie vielfältig und problematisch die Konsequenzen der Verfahrensverzögerung sind. Im Ergebnis erscheint eine Abkehr von der bislang kaum kritisierten Praxis rechtlich und ordnungspolitisch geboten. Ein solcher Ansatz bringt praktische Herausforderungen mit sich, bietet aber auch die Chance, eine echte Sanierungskultur zu fördern.

Schmidt, Alexander Gerald

## Die Nichtzulassung der Revision mangels Erfolgsaussichten

Zur analogen Anwendbarkeit des § 144 Abs. 4 VwGO im Verfahren über die Nichtzulassungsbeschwerde nach § 133 VwGO

Band 144  
2018. XV, 396 Seiten.

ISBN 9783161557255  
fadengeheftete Broschur 84,00 €

ISBN 9783161557262  
eBook PDF 84,00 €

Mit der Etablierung des Prinzips der Revisionszulassung in den meisten Verfahrensordnungen hat der Gesetzgeber den Zugang zu den obersten Gerichtshöfen des Bundes überwiegend vom Allgemeininteresse an rechtsvereinheitlichenden Stellungnahmen der obersten Fachgerichte zu bedeutsamen Rechtsfragen abhängig gemacht. Ungeachtet dessen wird oftmals schon im Verfahren über die Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision ein Ausblick auf die Erfolgsaussichten des zuzulassenden Rechtsmittels genommen und damit das Parteiinteresse am Ausgang des konkreten Rechtsstreits zum Zulassungsmaßstab erhoben. Alexander Gerald Schmidt untersucht auf dem Gebiet der verwaltungsprozessualen Revisionszulassung, ob und inwieweit diese Zulassungspraxis mit der derzeitigen gesetzlichen Systematik und dem Zweck des Zulassungsrechts in Einklang steht und ob diese mit den verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Eröffnung der Rechtsmittelinstanz zu vereinbaren ist.

Wendland, Matthias

## Mediation und Zivilprozess

Dogmatische Grundlagen einer allgemeinen Konfliktbehandlungslehre

Band 143  
2017. XXXVIII, 1093 Seiten.

ISBN 9783161541292  
Leinen 149,00 €

ISBN 9783161545832  
eBook PDF 149,00 €

Die Mediation gewinnt in Wissenschaft und Praxis zunehmend an Bedeutung. Ihr Verhältnis zum Zivilprozess sowie ihr dogmatischer Standort sind dagegen noch weitgehend ungeklärt, ihre rechtsphilosophischen Grundlagen *terra incognita*. Insbesondere das Spannungsverhältnis der immanenten Antinomien beider Verfahren, die in der gerichtsverbundenen Mediation wie in einem Brennglas aufeinandertreffen, wirft Fragen von grundsätzlicher dogmatischer Bedeutung auf. Matthias Wendland spürt diesen Fragen aus interdisziplinärer Perspektive nach, um beide Verfahren auf der Grundlage der Arbeiten des Rechtsphilosophen Lon L. Fullers in das System einer allgemeinen Konfliktbehandlungslehre zu integrieren.

Kotzur, Jonas

## Die außergerichtliche Realisierung grenzüberschreitender Verbraucherforderungen

Eine rechtsvergleichende Untersuchung zur Bedeutung der Verbraucherschlichtung

Band 142  
2018. XXV, 341 Seiten.

ISBN 9783161554827  
Leinen 99,00 €

ISBN 9783161554834  
eBook PDF 99,00 €

Insbesondere bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten sehen Verbraucher oftmals von einer gerichtlichen Durchsetzung ihrer Forderungen ab. Die dafür verantwortlichen Ursachen, internationale Zuständigkeit im Ausland sowie erheblicher Zeit- und Kostenaufwand, könnten durch eine außergerichtliche Forderungsrealisierung deutlich reduziert werden. Ausgehend von den Regelungen der Richtlinie 2013/11/EU zur alternativen Streitbeilegung in Verbraucherkonflikten vergleicht Jonas Kotzur die bisherige Praxis der Verbraucherschlichtung in Deutschland, den Niederlanden und Schweden und zeigt dabei deren Verbesserungspotential bei der Behandlung internationaler Sachverhalte auf. Im Anschluss daran entwickelt er Vorschläge zur Behandlung grenzüberschreitender Streitfälle, mit denen die derzeitigen Defizite behoben und die außergerichtliche Realisierung grenzüberschreitender Forderungen mit Hilfe der Verbraucherschlichtung effektiver gestaltet werden kann.



Frohloff, Jan

## Verletzung von Schiedsvereinbarungen

### Eine Untersuchung des deutschen Schiedsverfahrensrechts zu den Pflichten der Schiedsparteien und den Rechtsfolgen ihrer Verletzung

Band 141  
2017. XXII, 285 Seiten.

ISBN 9783161553820  
fadengeheftete Broschur 74,00 €  
ISBN 9783161553837  
eBook PDF 74,00 €

Schiedsvereinbarungen haben im heutigen Wirtschaftsverkehr eine große Bedeutung. Doch welche Pflichten entstehen aus der Schiedsvereinbarung und welche Rechtsfolgen hat eine Pflichtverletzung? Jan Frohloff legt mit seiner Arbeit die erste umfassende Untersuchung zu diesem Thema für das deutsche Schiedsverfahrensrecht vor. Er differenziert zwischen schiedsvertraglichen Pflichten und Lasten und leitet fünf Pflichten ab, die für die Parteien einer Schiedsvereinbarung entstehen. Für diese fünf schiedsvertraglichen Pflichten stellt der Autor dar, ob eine Pflichtverletzung einen Anspruch auf Schadensersatz auslöst, ob die Pflichten vor einem staatlichen Gericht oder einem Schiedsgericht durchgesetzt werden können und ob sich eine Schiedspartei bei einer Pflichtverletzung der Gegenseite von der Schiedsvereinbarung lösen kann.

Dürr-Auster, Heiko

## Die Qualifikation als Gruppen- oder Verbandskläger im kollektiven Rechtsschutz

### Einer für alle, aber wer nur?

Band 140  
2017. XXV, 445 Seiten.

ISBN 9783161554001  
fadengeheftete Broschur 84,00 €  
ISBN 9783161554018  
eBook PDF 84,00 €

Im Juni 2013 erließ die Europäische Kommission eine Empfehlung zum kollektiven Privatrechtsschutz. Darin ist unter anderem eine sog. Vertretungsklage vorgesehen, die von privatrechtlichen »Einrichtungen« im Namen aller Betroffenen erhoben werden kann. Aus diesem Anlass analysiert Heiko Dürr-Auster die Verbandsklagerechte im UKlaG, UWG und GWB und stellt sie rechtsvergleichend den Kollektivverfahren des niederländischen Burgerlijk Wetboek gegenüber. Auch unter Berücksichtigung praktischer Erfahrungen erörtert er, welche Organisationen für welche Verfahrensform in Betracht kommen und welche Anforderungen an sie gestellt werden sollten. Im Ergebnis befürwortet der Autor die Repräsentation durch private Interessenorganisationen in Schadenersatzverfahren und hält dabei auch eine kommerzielle Tätigkeit unter bestimmten Voraussetzungen für erforderlich. Für Unterlassungsklageverfahren haben sich die bestehenden Verbandsklagerechte und ihre Hauptakteure seiner Ansicht nach bewährt. An einzelnen Stellen tritt er dennoch für Korrekturen ein.

Stapf, Beatrice

## Die Entwicklung der Rechtskraftlehre im französischen und spanischen Recht

### Eine rechtsvergleichende Untersuchung

Band 139  
2017. XXIX, 679 Seiten.

ISBN 9783161550560  
fadengeheftete Broschur 99,00 €  
ISBN 9783161550881  
eBook PDF 99,00 €

Als Rechtssicherheit und Rechtsfrieden stiftende Wirkung gerichtlicher Streitentscheidung stellt die Rechtskraft eines der zentralen Institute des Zivilprozessrechts dar. Gerade in Frankreich und Spanien hat die Rechtskraftdogmatik in den letzten Jahren erhebliche Veränderungsprozesse durchlaufen. Beatrice Stapf widmet sich einer vertieften Analyse der Entwicklungen der Rechtskraftlehre in Frankreich und Spanien und verortet diese rechtsvergleichend in einem gesamteuropäischen Rahmen. Dabei beschreibt sie nicht nur den gegenwärtigen Stand der französischen und spanischen Rechtskraftlehre, sondern vollzieht auch den Prozess der Entwicklung hin zum derzeitigen Rechtszustand nach. Auf diese Weise werden Entwicklungstendenzen einer aktuellen Rechtskraftdogmatik identifiziert, die auch für eine künftige europäische Rechtsentwicklung bedeutsam sein könnten. Die Arbeit wurde mit dem Carl-von-Rotteck-Preis 2016 ausgezeichnet.

Kasten, Francis

## Die »Terminshoheit« des Gerichts und das Recht auf Verteidigung

### Zur Terminierung und Vertagung der Hauptverhandlung bei Verhinderung des Verteidigers

Band 138  
2017. XX, 358 Seiten.

ISBN 9783161553103  
fadengeheftete Broschur 84,00 €  
ISBN 9783161553110  
eBook PDF 84,00 €

§ 137 StPO garantiert dem Angeklagten ein uneingeschränktes Recht auf Beistand eines Verteidigers und somit auch die Anwesenheit des Verteidigers in der Hauptverhandlung. Dieses Recht des Angeklagten wird faktisch durch die Terminierung der Hauptverhandlung eingeschränkt. Die Rechtsprechung geht von einer in § 213 StPO normierten Terminshoheit des Vorsitzenden aus und versteht § 228 Abs. 2 StPO als Einschränkung des § 137 StPO für die Terminierung und Vertagung der Hauptverhandlung. Francis Kasten gibt eine Übersicht über die umfangreiche Rechtsprechung und untersucht, ob die Terminierungspraxis mit den Grundrechten des Angeklagten in Einklang zu bringen ist. Dazu werden Aspekte wie die Zumutbarkeit der Selbstverteidigung, das Beschleunigungsgebot und Belange der Strafrechtspflege genauer betrachtet. Die Arbeit bietet zudem eine bisher in der Strafrechtswissenschaft fehlende systematische Auslegung von § 213 StPO und § 228 Abs. 2 StPO.



Schilpp, Benjamin

## Gesellschafterfremdfinanzierte Auslandsgesellschaften

### Kollisionsrechtliche Behandlung des Gesellschafterdarlehensrechts

Band 137  
2017. XXIV, 318 Seiten.

ISBN 9783161550683  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161550690  
eBook PDF 79,00 €

Infolge der EuGH-Urteile »Centros«, »Überseering« und »Inspire Art« wurde es möglich, Unternehmen mit Hauptsitz in Deutschland in der Rechtsform eines anderen EU-Mitgliedstaates zu betreiben, etwa als englische Limited. Seitdem stehen Rechtswissenschaft und -praxis vor der Aufgabe, neue Lösungen für den Umgang mit solchen Auslandsgesellschaften zu finden. So überführte der Gesetzgeber 2008 mit dem MoMiG das Gesellschafterdarlehensrecht insgesamt ins Insolvenzrecht und gestaltete es rechtsformneutral aus, um auch Auslandsgesellschaften zu erfassen.

Wurde dieses Ziel kollisionsrechtlich erreicht? Benjamin Schilpp qualifiziert das Gesellschafterdarlehensrecht ausgehend von den zuvor ermittelten Funktionen und Wertungen des materiellen Rechts und arbeitet die Konsequenzen für die Anwendung der Kollisionsnormen der EulnsVO und des autonomen Internationalen Insolvenzrechts auf.

Scheuing, Christoph

## Der Pflichtteilsanspruch in Zwangsvollstreckung und Insolvenz

### Eine Untersuchung zu Gehalt und Wirkung des § 852 Abs. 1 ZPO

Band 136  
2017. XXII, 311 Seiten.

ISBN 9783161550928  
Leinen 74,00 €

ISBN 9783161551635  
eBook PDF 74,00 €

Der Pflichtteilsanspruch bildet einen Vermögenswert, auf den die Gläubiger des Pflichtteilsberechtigten allerdings nur dann zugreifen können, wenn dieser seinen Anspruch von sich aus geltend macht. Angesichts ungeklärter Aspekte und jüngerer Rechtswissenschaften bedarf diese vor über hundert Jahren mit § 852 Abs. 1 ZPO getroffene Regelung näherer Überprüfung. Es ist zu fragen, inwieweit das inzwischen vom Bundesgerichtshof vertretene Verständnis der Vorschrift nicht als Pfändungs-, sondern als Verwertungsverbot berechtigt ist und welche sonstigen Probleme sich heute für eine sachgerechte Handhabung des Pflichtteilsanspruchs in der Zwangsvollstreckung und der Insolvenz stellen. Christoph Scheuing unterbreitet hierzu sowohl dogmatisch tragfähige als auch praxistaugliche Deutungen und Lösungsvorschläge, die zugleich weitere Bereiche des Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrechts, wie insbesondere die Gläubiger- und Insolvenzanfechtung, in neuem Licht erscheinen lassen.

## Realization of Substantive Law through Legal Proceedings

### Ed. by Alexander Bruns and Masabumi Suzuki

Band 135  
2017. VIII, 119 Seiten.

ISBN 9783161552304  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161552311  
eBook PDF 69,00 €

Der Band enthält die Beiträge eines Symposiums, das entsprechend einer Tradition freundschaftlicher Verbundenheit der rechtswissenschaftlichen Fakultäten der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Nagoya University vom 30. September – 01. Oktober 2015 über das Thema »Realization of Substantive Law through Legal Proceedings« in Nagoya stattgefunden hat. In einer Phase, in der die Bedeutung gerichtlicher Rechtsdurchsetzung zunehmend infrage gestellt wird und der Zeitgeist alternative Verfahren auf breiter Front favorisiert, stellt sich die Frage nach dem Zweck des Zivilprozesses sowie dem Verhältnis von materiellem Recht und verfahrensmäßiger Durchsetzung mit besonderem Nachdruck. Die Thematik betrifft dabei nicht nur das klassische Zivil- und Zivilprozessrecht, sondern wird beispielsweise auch im Bereich des Arbeits- und Patentrechts sowie des internationalen Privatrechts relevant. Der vorliegende Tagungsband reflektiert die rechtsvergleichende Dimension dieses Themas, begegnen doch in Japan und Deutschland gegenwärtig ähnliche Tendenzen und Fragestellungen.

#### Inhaltsübersicht

##### Civil Procedure and Civil Law

*Alexander Bruns:* Law Enforcement vs. Dispute Resolution. What is the Primary Purpose of Civil Procedure? – *Miyuki Watanabe:* Dispute Resolution and the Primary Purpose of Civil Procedure in Japan – *Tomohiro Yoshimasa:* Primary Purpose of Civil Procedure. A Perspective from the Japanese Civil Code

##### Private International Law

*Jan von Hein:* The Determination and Application of Foreign Law. A Blind Spot of European Private International Law? – *Dai Yokomizo:* Application of Foreign Law in Japanese Courts. Ideal and Reality

##### Intellectual Property Law

*Maximilian Haedicke:* Court-Appointed Technical Experts in German Patent Infringement Proceedings and in the Unified Patent System – *Masabumi Suzuki:* Pursuit of Pro-Innovation Patent Proceedings. Recent Experience of Japan

##### Labor Law

*Sebastian Krebber:* Alternative and Amicable Resolution of Labour and Employment Law Disputes – *Hajime Wada:* Individual Labor-Related Disputes and ADR in Japan. A Focus on the Labor Tribunal System

Hofmarksrichter, Lucia

## Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren im Lichte der Vorgaben des EGMR

Band 134  
2017. XXV, 214 Seiten.

ISBN 9783161548352  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161549885  
eBook PDF 74,00 €

Der EGMR bemängelte vor Einführung der §§ 198 ff. GVG, dass es in Deutschland keinen Rechtsschutz gäbe, mit dem die überlange Dauer eines Verfahrens im Einzelfall wirksam gerügt werden könne. Lucia Hofmarksrichter stellt den Rechtsschutz nach §§ 198 ff. GVG dar und wertet die Vorgaben des EGMR nach Art. 13 EMRK und Art. 6 Abs. 1 EMRK aus. Die Effektivitätsvorgaben erläutert sie im Hinblick auf die Anforderungen für deutsche Zivilprozesse und unterzieht sie einer wertenden Betrachtung im normenhierarchischen Mehrebenensystem zwischen Grundgesetz und EMRK. Zudem entwickelt sie konkrete Vorschläge zur Auflösung des im Einzelfall bestehenden Interessenkonflikts zwischen dem Recht auf angemessene Verfahrensdauer und den übrigen zivilprozessualen Verfahrensmaximen und insbesondere dem Recht auf richterliche Unabhängigkeit. Die Autorin kommt zu dem Ergebnis, dass der Rechtsschutz nach §§198 ff. GVG aktuell nur teilweise mit den Vorgaben des EGMR übereinstimmt. Zur vollständigen Umsetzung der Vorgaben des EGMR unterbreitet sie einen eigenen Gesetzesvorschlag.

Die Arbeit wurde mit dem Juratisbona-Preis für herausragende Doktorarbeiten 2016 der Universität Regensburg ausgezeichnet.

Laugwitz, Fabian

## Einvernehmliche Streitbeilegung internationaler Wirtschaftsstreitigkeiten unter den ADR-Regeln der Internationalen Handelskammer (ICC)

Band 133  
2016. XIX, 328 Seiten.

ISBN 9783161546679  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161548307  
eBook PDF 79,00 €

Dem international Handelstreibenden steht inzwischen eine Fülle verschiedenster Verfahrensordnungen zur Verfügung, um grenzüberschreitenden Wirtschaftsstreitigkeiten im Wege einvernehmlicher Streitbeilegung zu begegnen. Fabian Laugwitz beleuchtet mit den ADR-Regeln (Amicable Dispute Resolution) der Internationalen Handelskammer eines dieser Regelwerke. Die Untersuchung erstreckt sich dabei nicht nur auf die ICC-ADR-Regeln und deren Wirkung in einzelnen Rechtsordnungen, sondern auch auf die Notwendigkeit und den nötigen Umfang eines Verfahrensrahmens für einvernehmliche Streitbeilegungsverfahren.

Eslami, Nassim

## Die Nichtöffentlichkeit des Schiedsverfahrens

Band 132  
2016. XX, 459 Seiten.

ISBN 9783161547133  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

ISBN 9783161547447  
eBook PDF 89,00 €

Die Schiedsgerichtsbarkeit ist aus dem System der Streitbeilegungsmechanismen nicht mehr wegzudenken. Mit deren wachsender Bedeutung ist aber auch die Kritik wegen der mangelnden Transparenz der Verfahren laut geworden. Inwieweit gewährleistet die Schiedsgerichtsbarkeit tatsächlich Vertraulichkeit? Bei dieser Diskussion herrscht jedenfalls weitestgehend Einigkeit, dass die Verfahren generell unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt werden und auch die Schiedssprüche ohne ausdrückliche Einwilligung der Parteien nicht publiziert werden dürfen. Auf der anderen Seite wird die Schiedsgerichtsbarkeit als echte Rechtsprechung qualifiziert. Vor diesem Hintergrund widmet sich Nassim Eslami der Frage, ob für die Schiedsgerichtsbarkeit nicht ein Mindestmaß an Öffentlichkeit zwingend zu fordern ist. Die Autorin konzentriert sich auf die Handelsschiedsgerichtsbarkeit, bezieht aber auch Fragen der Investitionsschiedsgerichtsbarkeit, ausländisches Schiedsverfahrensrecht sowie zahlreiche institutionelle Schiedsordnungen mit ein. Die Arbeit schließt mit einem Gesetzgebungsvorschlag.

Wallimann, Matthias

## Der Unmittelbarkeitsgrundsatz im Zivilprozess

Dogmatik und Zukunftsperspektiven eines Verfahrensgrundsatzes im 21. Jahrhundert – zugleich ein Beitrag zur allgemeinen Verfahrenslehre

Band 131  
2016. XX, 407 Seiten.

ISBN 9783161546686  
Leinen 94,00 €

ISBN 9783161546754  
eBook PDF 94,00 €

Der Unmittelbarkeitsgrundsatz zählt zu den traditionellen Verfahrensgrundsätzen der ZPO. Dennoch ist sein dogmatischer Gehalt in Rechtsprechung und Literatur umstritten. Darüber hinaus verfolgte der Gesetzgeber in den letzten Jahren immer mehr die Tendenz, den Unmittelbarkeitsgrundsatz zugunsten der Prozessökonomie abzuschwächen. Aufbauend auf einer rechtsvergleichenden und rechtshistorischen Untersuchung analysiert Matthias Wallimann Inhalt und Reichweite der Unmittelbarkeit und ordnet aktuelle Gesetzesänderungen in dieses Konzept ein. Der so ermittelte gegenwärtige Stellenwert des Unmittelbarkeitsgrundsatzes lässt Rückschlüsse auf dessen konkrete Zukunftsperspektiven zu. Dabei zeigt sich, dass der Unmittelbarkeitsgrundsatz als Korrektiv für ein überwiegend ökonomisch geprägtes Prozessverständnis dienen kann und damit nach wie vor seine Berechtigung als ein Grundpfeiler des Zivilprozesses hat.



Thöne, Meik

## Die Abschaffung des Exequaturverfahrens und die EuGVVO

### Bestandsaufnahme, Bewertung, Ausblick

Band 130  
2016. IX, 289 Seiten.

ISBN 9783161543098  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161547829  
eBook PDF 74,00 €

Mit der Neufassung der EuGVVO wurden ein weiteres Mal die Hürden reduziert, die ein mitgliedstaatliches Urteil zu überwinden hat, ehe es innerhalb der Europäischen Union vollstreckt werden kann. Gerichtliche Entscheidungen, die in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen, können nunmehr unmittelbar in anderen Mitgliedstaaten vollstreckt werden, ohne dass es dazu eines weiteren (Exequatur-)Verfahrens bedarf.

Maßgeblich für die Beurteilung dieses Schrittes und einem möglicherweise noch weitergehenden Verzicht auf jedwede zweitstaatliche Anpassung oder Kontrolle ist nach Ansicht des Autors – abseits rechtspolitischer Grabenkämpfe und neben (angestrebten) Effizienzgewinnen – die Frage nach der (Un-)Verzichtbarkeit der bislang im Rahmen des Exequaturverfahrens verwirklichten Funktionen. Ihre Beantwortung erfordert die Analyse der Qualität europäischen Rechtsschutzes sowie der Möglichkeiten nationaler Fehlerkorrektur und führt zu Folgefragen auf der Ebene des nationalen Vollstreckungsschutzes, z.B. nach der Existenz einer unionsweiten Vollstreckungsgegenklage.

Holzmann, Manuel

## Das Regressrisiko des Befreiungsgläubigers

### Schuldbefreiungsansprüche in der Insolvenz des Befreiungsschuldners

Band 129  
2016. XV, 181 Seiten.

ISBN 9783161546143  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161546242  
eBook PDF 69,00 €

Der Befreiungsanspruch – etwa im Innenverhältnis zwischen Drittsicherungsgeber und Hauptschuldner – bezweckt den Schutz des Befreiungsgläubigers vor der endgültigen Belastung mit einer einem Dritten gegenüber bestehenden Verbindlichkeit, deren Folgen im Verhältnis zwischen Befreiungsgläubiger und -schuldner Letzterer zu tragen hat. In der Insolvenz des Befreiungsschuldners realisiert sich für den Befreiungsgläubiger regelmäßig das Risiko, von dem Drittgläubiger in Anspruch genommen zu werden, ohne den leistungsunfähigen Befreiungsschuldner in Regress nehmen zu können. Manuel Holzmann untersucht die haftungsrechtliche Stellung des Befreiungsgläubigers in dieser Situation. Den Schwerpunkt bildet dabei die Frage, inwieweit sich das beschriebene Haftungsrisiko durch das Institut der Insolvenzanfechtung auch dann noch realisieren kann, wenn der Befreiungsgläubiger bereits von der Verbindlichkeit befreit worden ist.

Wimalasena, Philip

## Die Veröffentlichung von Schiedssprüchen als Beitrag zur Normbildung

Band 128  
2016. XVII, 360 Seiten.

ISBN 9783161543265  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

ISBN 9783161546402  
eBook PDF 79,00 €

Handelsschiedsgerichte nehmen im globalen Wirtschaftsverkehr mittlerweile eine bedeutende Stellung ein. Ihr anhaltender Erfolg hat jedoch einen Preis. Anders als das durch den Öffentlichkeitsgrundsatz geprägte staatliche Zivilverfahren finden Handelsschiedsverfahren in aller Regel außerhalb der Öffentlichkeit statt, ihre Entscheidungen werden nur selten einmal öffentlich bekannt. Eine diskursive, insbesondere eine richterrechtliche Fortbildung des Rechts wird auf diese Weise weitgehend verhindert. Daraus entstehen Nachteile nicht nur für die Verfahrensbeteiligten, sondern auch für den Normbildungsprozess insgesamt. Philip Wimalasena wirbt vor diesem Hintergrund für eine größere Entscheidungstransparenz in der Handelsschiedsgerichtsbarkeit, die vor allem durch die systematische Veröffentlichung von Schiedssprüchen verwirklicht werden soll. Er analysiert die strukturellen Voraussetzungen einer solchen allgemeinen Veröffentlichungspraxis und plädiert im Ergebnis für eine anonymisierte Veröffentlichung schiedsrichterlicher Entscheidungen.

Die Arbeit wurde mit dem Förderpreis der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit (DIS) e.V. 2015/2016 ausgezeichnet.

Reiling, Florian

## Das US-amerikanische Discovery-Verfahren im Rahmen deutscher gerichtlicher Auseinandersetzungen

### Eine Untersuchung unter rechtsvergleichenden Gesichtspunkten sowie unter besonderer

### Berücksichtigung des Verfahrens nach 28 U.S.C. § 1782 (a) als Beweisbeschaffungsmöglichkeit für

### Patentstreitigkeiten vor deutschen Gerichten

Band 127  
2016. XXII, 424 Seiten.

ISBN 9783161545528  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161546860  
eBook PDF 74,00 €

Die Beweisermittlung oder Beschaffung von Beweisen, die in der Sphäre des jeweiligen Verfahrensgegners liegen, gestaltet sich für den Anspruchsteller häufig schwierig. Dies gilt umso mehr, wenn sich die maßgeblichen Beweise beispielsweise in den USA befinden und das entsprechende Gerichtsverfahren in Deutschland rechtshängig ist.

Florian Reiling stellt das US-amerikanische Beweisverfahren nach 28 USC 1782 (a) dar, das umfassende Möglichkeiten bietet, um der relevanten Beweisstücke habhaft zu werden. Die Ausgestaltung des Verfahrens nach 28 USC 1782 (a) als Variante der US-amerikanischen Beweisermittlung führt allerdings auch dazu, dass sich insbesondere auf zivilprozessualer Ebene gewisse Zweifel und Risiken ergeben, ob eine derart weitreichende Beweisermittlung durch das deutsche Zivilprozessrecht gedeckt ist. Diese Zweifel wirken sich letztlich auch auf der Ebene der Einführung und der Ebene der Verwertbarkeit der Beweise aus und können im Einzelfall dazu führen, dass auf bestimmte in den USA erlangte Beweisstücke nicht zurückgegriffen werden



kann.

Florian Reiling untersucht das Verfahren nach 28 USC 1782 (a) nicht nur hinsichtlich dessen einzelner Voraussetzungen, sondern nimmt sich vor allem auch der geschilderten zivilprozessualen Bedenken an und versucht diese aufzulösen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Betrachtung von patentrechtlichen Auseinandersetzungen vor deutschen Gerichten und den damit verbundenen Besonderheiten im Hinblick auf einen Rückgriff auf das Verfahren nach 28 USC 1782 (a).

Schmidt, Gabriel Ludwig

## Der Vergleich in FamFG-Verfahren

Zugleich eine Untersuchung der Grenzen der Dispositionsfreiheit über Verfahrensgegenstand und Verfahrensende in Familiensachen und der Freiwilligen Gerichtsbarkeit

Band 126  
2016. XII, 173 Seiten.

ISBN 9783161541018  
Leinen 79,00 €

ISBN 9783161548000  
eBook PDF 79,00 €

Der Abschluss eines verfahrensbeendenden Vergleichs ist ein ideales Mittel zur einvernehmlichen Konfliktbewältigung. Er setzt jedoch voraus, dass den Beteiligten die Befugnis zukommt, das Verfahren autonom zu beenden. Im Unterschied zum Zivil-, Arbeits-, Verwaltungs- oder Sozialgerichtsprozess besteht in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit keine generelle Herrschaft der Beteiligten über das Ob und den Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens. Daher ist die Frage, unter welchen Voraussetzungen und wie die Beteiligten ein FamFG-Verfahren durch Vergleichsschluss oder anderweitige Disposition beenden können, weitaus schwieriger zu beantworten als unter der Herrschaft anderer Prozessordnungen. Mit seiner Untersuchung leistet Gabriel Ludwig Schmidt erstmals eine zusammenhängende und umfassende monographische Aufarbeitung dieses bislang noch kaum beachteten Problemkreises. Die vorliegende Arbeit wurde 2016 mit dem Preis der Reinhold-und-Maria-Teufel-Stiftung für hervorragende wissenschaftliche Leistungen ausgezeichnet.

Stoffer, Hannah

## Wie viel Privatisierung »verträgt« das strafprozessuale Ermittlungsverfahren?

Eine Untersuchung zur Zulässigkeit privater Beweisbeschaffung und zur Verwertbarkeit auf diese Weise erlangter Beweismittel im Strafverfahren

Band 125  
2016. XXVII, 637 Seiten.

ISBN 9783161533716  
fadengeheftete Broschur 99,00 €

Die Privatisierung des Strafverfahrens gehört weltweit zu den zentralen Themen der aktuellen strafprozessualen Diskussion. Der Einsatz von V-Leuten und Sachverständigen sowie die Hinzuziehung Privater im Rahmen der kommunalen Verkehrsüberwachung sind klassische Streitpunkte dieses Problemkreises. Gleichzeitig geraten regelmäßig neue Phänomene der Privatisierung ins Blickfeld. So stehen in den letzten Jahren vor allem die Verwertbarkeit verdeckter vernehmungsförmiger Befragungen, der staatliche Zugriff auf die Ergebnisse unternehmensinterner Ermittlungen sowie der staatliche Ankauf rechtswidrig erlangter Steuerdaten-CDs im Mittelpunkt der Kontroverse. Hannah Stoffer stellt die tatsächlichen und rechtlichen Facetten all dieser Fallgruppen umfassend dar und erarbeitet auf dieser Grundlage ein Gesamtkonzept zu der Frage, unter welchen Voraussetzungen sich der Staat private Ermittlungen zurechnen lassen muss.

Klöpfer, Matthias

## Missbrauch im Europäischen Zivilverfahrensrecht

Band 124  
2016. XXV, 432 Seiten.

ISBN 9783161542558  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

ISBN 9783161545931  
eBook PDF 69,00 €

Das Europäische Zivilverfahrensrecht erscheint gelegentlich als Materie, die Rechtsmissbrauch und Umgehungsstrategien geradezu begünstigt. Die Zurückhaltung der Gerichte und der Rechtswissenschaft, einer zweckwidrigen oder arglistigen Inanspruchnahme von Verfahrensrecht Einhalt zu gebieten, wird mit den Eigenheiten des Rechtsgebiets selbst begründet. In nicht näher definierten Ausnahmefällen spricht man sich dennoch für einen Vorrang der Einzelfallgerechtigkeit aus, wobei der dogmatische Ansatzpunkt hierfür in aller Regel ungenannt bleibt. Vor diesem Hintergrund untersucht Matthias Klöpfer, ob und in welchen Grenzen mittels des sogenannten unionsrechtlichen Missbrauchsverbots die missbräuchliche Inanspruchnahme von Vorschriften des Europäischen Zivilverfahrensrechts reguliert werden kann. Dabei stützt er sich auf rechtsvergleichende Erkenntnisse im Mehrebenensystem des Unionsrechts, die Wirkungsweise und den Geltungsanspruch allgemeiner Rechtsgrundsätze und die Lehren der Interessenjurisprudenz.

Bettinger, Nicole Jasmin

## Prozessmodelle im Zivilverfahrensrecht

Erfolg des Hauptverhandlungsmodells auch in der Schweiz?

Band 123  
2016. XVIII, 314 Seiten.

ISBN 9783161543005  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

ISBN 9783161546273  
eBook PDF 74,00 €

Zur Gewährung umfassenden Rechtsschutzes bedarf es bei der Gestaltung von Verfahrensrecht eines Ausgleichs zwischen Formstrenge und Freiheit. Daneben darf allerdings auch die kulturelle Komponente des Rechts nicht vernachlässigt werden. Dieser Gedanke führte im Zivilprozessrecht zur Ausbildung dreier Prozessmodelle, die den möglichen Verfahrensablauf im Erkenntnisverfahren abbilden. Das Hauptverhandlungsmodell verdrängt derzeit bei Reformen in unterschiedlichen Rechtskulturen das trial-Modell und das italienisch-kanonische Modell immer mehr. Aufgrund der kulturellen Vielfalt der Schweiz sah sich der Schweizer Gesetzgeber einer Vielzahl kantonaler Regelungen und der Umsetzung verschiedener Prozessmodelle gegenüber, als er 2011 den Schritt hin zur ersten eidgenössischen Zivilprozessordnung wagte. Die Autorin untersucht neben dem Erfolg des Hauptverhandlungsmodells, wie der Schweizer Gesetzgeber ein konsensfähiges Regelwerk geschaffen hat und wie dieses im Kontext der aktuellen Rechtsentwicklung im Zivilprozessrecht zu sehen ist.

Wendt, Stephan

## Die einstweilige Räumungsverfügung des § 940a Abs. 2 ZPO

Band 122  
2015. XXIII, 430 Seiten.

ISBN 9783161541889  
fadengeheftete Broschur 99,00 €

Liegt ein Vollstreckungstitel nur gegen den Mieter vor, obwohl sich die Mietwohnung auch im Besitz weiterer Personen befindet, ist die Zwangsräumung nach gefestigter Rechtsprechung nicht durchführbar. Dies eröffnet besonders sogenannten Mietnomaden die Möglichkeit, sich dem Vollstreckungszugriff des Vermieters auf unbestimmte Zeit zu entziehen, indem sie sukzessive neue Personen in die Wohnung aufnehmen. Der am 1. Mai 2013 in Kraft getretene § 940a Abs. 2 ZPO sucht diese Probleme zu lösen. Mithilfe einer einstweiligen Verfügung soll der Vermieter den gegen den Dritten erforderlichen Titel auf schnellem Wege erlangen und die Zwangsräumung zeitnah abschließen können. Stephan Wendt untersucht, ob die Neuregelung diesen Zielen gerecht wird. Unter eingehender Analyse der Voraussetzungen für die Anordnung der einstweiligen Verfügung zeigt er auf, dass die Norm den intendierten Vermieterschutz nur unzureichend gewährleistet. Anschließend wird dargestellt, wie die Effektivität der einstweiligen Räumungsverfügung de lege ferenda erreicht werden kann.

Dickler, Jana Felicia

## Schiedsgerichtsbarkeit und Reform der EuGVVO

### Standort Europa zwischen Stagnation und Fortschritt

Band 121  
2015. XII, 241 Seiten.

ISBN 9783161539862  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Schiedsgerichtsbarkeit ist die wohl bekannteste und auch wirtschaftlich bedeutendste Möglichkeit außergerichtlicher Konfliktbewältigung. Trotzdem bestehen in weiten Teilen Überschneidungsbereiche zur staatlichen Gerichtsbarkeit. Um als Standort Europa auch in Zukunft wettbewerbsfähig zu sein, müssen aus gesetzgeberischer Perspektive für diesen Bereich der alternativen zivilrechtlichen Streitbeilegung adäquate normative Rahmenbedingungen geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund beleuchtet Jana Dickler den über zehnjährigen Reformprozess, den das maßgebliche europäische Regelungsinstrument auf dem Gebiet zivilrechtlicher Verfahrenskoordinierung – die EuGVVO – durchlaufen hat, und bewertet das Ergebnis mit Blick auf die konfliktträchtigen Überschneidungsbereiche zwischen staatlicher und Schiedsgerichtsbarkeit um auf dieser Grundlage einen eigenen Lösungsvorschlag zu entwickeln.

Geiger, Caroline

## Kollektiver Rechtsschutz im Zivilprozess

### Die Gruppenklage zur Durchsetzung von Massenschäden und ihre Auswirkungen

Band 120  
2015. XV, 300 Seiten.

ISBN 9783161540271  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Kollektiver Rechtsschutz im Zivilprozess wird seit einigen Jahren auf europäischer und nationaler Ebene sehr kontrovers diskutiert – eine europaweit einheitliche Regelung für Instrumente des kollektiven Rechtsschutzes ist derzeit allerdings noch nicht in Sicht. Sowohl die überwiegenden europäischen als auch die deutsche Zivilprozessordnung stoßen bei Massenverfahren schnell an ihre Grenzen. Zudem bieten die jeweiligen Zivilprozessrechtsordnungen für eine prozessuale Bündelung schon keine geeigneten Rechtsbehelfe. Caroline Geiger analysiert die verschiedenen vorhandenen Bündelungsmöglichkeiten für gleichgerichtete Ansprüche nach deutschem Recht, stellt den Verlauf und die Streitpunkte der europäischen Diskussion dar und gibt einen Überblick über die *class action* in den USA und die Reformen in den wichtigsten Mitgliedstaaten. Die Untersuchung mündet in einem Vorschlag für den deutschen Gesetzgeber zur Einführung einer Gruppenklage, welche Caroline Geiger auf ihre Vereinbarkeit mit dem deutschen Zivilprozessrecht und den verfassungsrechtlichen Vorgaben untersucht.

Heinson, Dennis

## IT-Forensik

### Zur Erhebung und Verwertung von Beweisen aus informationstechnischen Systemen





Band 119  
2015. XIX, 451 Seiten.  
ISBN 9783161537011  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Digitale Beweismittel haben in der Rechtspraxis alltägliche Bedeutung erlangt. Allerdings sind die Methoden der forensischen Informatik bislang nur zu Teilen mit den Anforderungen des Rechts abgeglichen. Wann haben Daten eine hohe Beweiskraft? Wie darf bei der Sammlung und Auswertung vorgegangen werden? Wann besteht ein Verbot, rechtswidrig aus IT-Systemen gewonnene Beweismittel in einen Gerichtsprozess einzubringen? Dennis Heinson geht diesen Fragen nach. Er untersucht die rechtlichen Bedingungen, unter denen Beweismittel aus IT-Systemen erhoben und verwertet werden können. In verständlicher Sprache erklärt er die technischen und rechtlichen Hintergründe. Daraus entwickelt er Anforderungen für die IT-Forensik allgemein, und insbesondere im Strafprozess sowie bei betriebsinternen Ermittlungen. Sie bieten eine dogmatisch fundierte Richtschnur für die rechtssichere Erhebung und Verwertung von Daten für den Beweis vor Gericht.  
Die Arbeit wurde mit dem Promotionspreis der juristischen Gesellschaft zu Kassel ausgezeichnet.

»Um es einfach zu sagen: Ich halte die Arbeit für genial. *Heinson* hat eigenständig einen gesamten Bereich der Informatik zum Gegenstand seiner Arbeit gemacht.«  
Die ungekürzte Rezension von *Thomas Hoeren* finden Sie auf <http://rsw.beck.de/cms/?toc=mmr.120&docid=376742> (4/2016)

Okonska, Agnieszka

## Die Widerklage im Zivilprozessrecht der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten

Band 118  
2015. XLVI, 672 Seiten.  
ISBN 9783161538575  
fadengeheftete Broschur 109,00 €

Die Widerklage ist den Prozessordnungen aller Mitgliedstaaten der EU und aller Vertragsstaaten des Lugano-Übereinkommens bekannt. Agnieszka Okońska untersucht das Zusammenspiel der nationalen Regelungen und der Bestimmungen des Unionsrechts zur Widerklage.  
Nach der Darstellung der geschichtlichen Herkunft der Widerklage wird zunächst ein Mikrovergleich der Ausgestaltung der Widerklage in den Prozessordnungen der EU-Mitgliedstaaten und der Vertragsstaaten des Lugano-Übereinkommens unternommen. Den Hauptteil der Arbeit stellt die Analyse der Regelung der Widerklage in der EuGVVO, der EuGFVO und der EuUnthVO dar. Aufgrund der hier gewonnenen Erkenntnisse werden bei der Untersuchung des Zusammenspiels dieser Regelungen Konflikte identifiziert und Lösungen vorgeschlagen.

König, Dominik

## Die Haftung bei der Eigenverwaltung

### Eine Untersuchung der Haftung des eigenverwaltenden Schuldners einschließlich der Haftung der Geschäftsleiter bei der Eigenverwaltung von Gesellschaften

Band 117  
2015. XXIX, 386 Seiten.  
ISBN 9783161539657  
Leinen 109,00 €

Bei der Eigenverwaltung handelt es sich um ein alternatives Insolvenzverfahren, bei dem der Schuldner selbst mit der Unterstützung eines Sachwalters für die Durchführung des Verfahrens zuständig ist. Seit der ESUG-Reform 2012 hat die Eigenverwaltung vor allem bei Unternehmensinsolvenz erheblich an Bedeutung gewonnen. Dominik König geht der bislang weitgehend ungeklärten Frage nach, wie der Schuldner für Pflichtverletzungen im Rahmen der Eigenverwaltung haftet. In der Praxis kommt dieser Frage erhebliche Bedeutung zu. Zum einen ist es evident, dass der Schuldner in der Eigenverwaltung einem erheblichen Konflikt zwischen den Interessen der Gläubiger und seinen Eigeninteressen ausgesetzt ist. Zum anderen bestehen bei den Gläubigern nach wie vor Vorbehalte gegen die Eigenverwaltung, die sich nur durch eine funktionierende Haftung des Schuldners ausräumen lassen. Untersucht wird sowohl die Haftung bei der Eigenverwaltung von natürlichen Personen als auch bei der Eigenverwaltung von juristischen Personen, bei welcher neben der Haftung der schuldnerischen Gesellschaft auch die Haftung von deren Geschäftsleitern eine Rolle spielt.

Wolber, Johannes

## Schuldnerschutz im Europäischen Zwangsvollstreckungsrecht

### Eine rechtsvergleichende und kollisionsrechtliche Untersuchung der schuldnerschützenden Vorschriften im Europäischen Zwangsvollstreckungsrecht mit einem Schwerpunkt auf der Kontenpfändung

Band 116  
2015. XXVIII, 325 Seiten.  
ISBN 9783161538308  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Europäisches Zivilprozessrecht beschränkt sich im Wesentlichen auf den Bereich des Erkenntnisverfahrens. Will der Gläubiger seine Forderung zwangsweise durchsetzen, gilt nationales Recht. Mit der Kontenpfändungsverordnung aber nimmt das Europäische Zwangsvollstreckungsrecht Gestalt an. Als strittigsten Aspekt dieses Vorhabens hat die Kommission von Anfang an den Schuldnerschutz ausgemacht. Johannes Wolber unterzieht den Schutz des Schuldners im Zwangsvollstreckungsrecht einer rechtsvergleichenden und rechtshistorischen Untersuchung mit besonderem Augenmerk auf menschenrechtliche Garantien. Auf dieser Grundlage zeigt er Defizite der Kontenpfändungsverordnung auf und entwickelt Leitlinien für eine europäische Regelung der Pfändungsfreigrenzen bei der vorläufigen Kontenpfändung. Menschenrechtliche Garantien zwingen seiner Ansicht nach auch im autonomen Internationalen Zwangsvollstreckungsrecht innerhalb der EU zu Lösungen jenseits eines starren Territorialitätsprinzips und einer ausnahmslosen Anwendung der *lex fori*.

Stangl, Roland

## Die kollisionsrechtliche Umsetzung des Art. 13 EuInsVO

### Methodenfindung im Spannungsfeld mitgliedstaatlicher Rechtsstrukturen

Band 115  
2015. XXIII, 391 Seiten.

ISBN 9783161538650  
fadengeheftete Broschur 94,00 €

ISBN 9783161556890  
eBook PDF 94,00 €

Art. 4 und 13 EuInsVO widmen sich dem Kollisionsrecht der Insolvenzanfechtung. In solchen vereinheitlichten Vorgaben schwingt stets das Versprechen auf ein Mehr an Rechtssicherheit mit. Gerade die Umsetzung des Art. 13 EuInsVO jedoch ist von Unsicherheiten geprägt. Dieser Artikel erlaubt es dem Insolvenzanfechtungsgegner, sich auf die Unangreifbarkeit einer Handlung nach dem für sie maßgeblichen Recht zu berufen. Aber schon der vermeintlich eindeutige Begriff der *Handlung* bleibt vor dem Hintergrund einzelstaatlicher Rechtsstrukturen ambivalent. Die Ausgestaltung des jeweiligen Übertragungs-, Insolvenzanfechtungs- und Kollisionsrechts hat Einfluss auf das Verständnis dieser Norm. Roland Stangl untersucht am Beispiel Deutschlands, Österreichs, Englands und Frankreichs, welche Wechselwirkungen hier zwischen nationalen Strukturprinzipien und Art. 13 EuInsVO auftreten. Anhand konkreter Beispiele zeigt er auf, wo sich der jeweilige Umgang mit diesem Artikel bisher unterscheidet und wie die Chancen für eine europaweite Einheitslösung stehen.

Wagner, Tobias

## Die Erledigung im Mahnverfahren

Band 114  
2015. XX, 260 Seiten.

ISBN 9783161537219  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

In der juristischen Diskussion verhält sich die Problematik rund um die »Erledigung im Mahnverfahren« in einem starken Gegensatz zur praktischen Bedeutung des Mahnverfahrens. Während der auch nur rudimentär geregelte Komplex der Erledigung insgesamt zu einem der meist diskutierten Bereiche der zivilprozessualen Fachdogmatik gehört, so führt insbesondere die Erledigung im Mahnverfahren ein Schattendasein. Gerade aber die Frage, wie mit einer »Erledigung im Mahnverfahren« innerhalb der verschiedenen möglichen Verfahrensstadien umzugehen ist und in welcher Form seitens der Beteiligten reagiert werden sollte, zeigt sich als besonders wichtig und praxisrelevant. Tobias Wagner unternimmt erstmals eine monographische Aufarbeitung des Problems der »Erledigung im Mahnverfahren«. Neben einer umfangreichen Auseinandersetzung mit den bisher vertretenen Lösungsmodellen entwickelt er mit der Unterbreitung eines konkreten Gesetzesvorschlags eine Lösung, die eine einheitliche Reaktionsmöglichkeit in jedem Stadium des Mahnverfahrens garantiert.

## Prozessrecht und materielles Recht

### Liber Amicorum für Wolfram Henckel aus Anlass seines 90. Geburtstages

Hrsg. v. Joachim Münch in Zus.-Arb. m. der Göttinger Rechtswissenschaftlichen Gesellschaft e.V.

Band 113  
2015. X, 392 Seiten.

ISBN 9783161538117  
Leinen 99,00 €

Die deutsche Zivilprozessrechtswissenschaft würdigt mit diesem Liber Amicorum eine ihrer bedeutendsten Gelehrtegestalten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Wolfram Henckel, der am 21.04.2015 seinen 90. Geburtstag wird feiern können. Der Sammelband, den ihm Freunde, Schüler und Kollegen darbringen, steht unter einem Titel, der das gesamte Arbeitsleben Wolfram Henckels umspannt und für den er heute noch die zentrale Referenz darstellt: »Prozessrecht und materielles Recht«. Das war der Titel seiner Göttinger Antrittsvorlesung (1962), einer weltbekanntesten, grundlegenden Monographie (1970) und vieler weiterer wissenschaftlicher Beiträge. Prozessrecht war für Wolfram Henckel nie Selbstzweck oder Formalität, sondern das Mittel zum Zweck der materiellen Rechtsverwirklichung, wie sie der Justizgewährungsanspruch verheißt. Die Arbeitsgebiete des Jubilars waren vielfältig und deckten das Prozessrecht in allen seinen Facetten ab. Die im Lauf der Zeit entwickelte zusätzliche Schwerpunktsetzung im Insolvenzrecht, besonders nach Übernahme des Jaegerschen Großkommentars zur Konkursordnung und mit der Tätigkeit in der Reformkommission zur Insolvenzordnung, spiegelt sich auch im Inhalt des Bandes wider: verschiedene Beiträge beleuchten im Rückblick, was aus der Reformarbeit geworden ist oder verwenden Henckel'sche Ansätze zur Lösung aktueller Problemlagen und Streitfragen. Wolfram Henckel stand und steht für eine präzise deutsche Dogmatik, für die das Ausland uns häufig beneidet. Er hat so intuitiv ein Tor geöffnet, das verstärkte Internationalisierung erst ermöglicht und auch heute noch ein wichtiges Gut darstellt.

### Inhaltsübersicht

*Martin Ahrens:* Zu Risiken und Nebenwirkungen – *Reinhard Bork:* Die Vorsatzanfechtung von Gesellschafterleistungen analog § 93 InsO – *Jürgen Costede:* Zur Parteilehre im Zivilprozessrecht – *Erwin Deutsch:* Vorsatz und Fahrlässigkeit in § 276 BGB – Ihre Beziehung zueinander – *Uwe Diederichsen:* Der »Konkurs« einer Idylle – Jurisprudenz als literaturwissenschaftlicher Gewinn – *Diederich Eckardt:* Das »Erwerbsverbot« des § 91 InsO – *Ulrich Foerste:* »Zeugenausschalten« durch prozesstaktische Klage – *Hans-Friedhelm Gaul:* T radition, Stagnation und schrittweiser Fortschritt im Insolvenzrecht – Eine Zwischenbilanz der neuen Rechtsinstitute: Insolvenzplan, Restschuldbefreiung und Verbraucherinsolvenzverfahren – *Walter Gerhardt:* Zum Einfluss Wolfram Henckels für die Insolvenzrechtsreform – *Rüdiger Krause:* Die Insolvenzanfechtung von Arbeitsentgeltzahlungen – Neues Insolvenzrecht qua Zuständigkeitsverlagerung? – *Bruno M. Kübler:* S chuldverschreibungen in der Insolvenz – Verfahrensrechtliche Streitfragen – Erfahrungsbericht aus einer Finanzdienstleisterinsolvenz – *Volker Lipp:* Rechtsschutz gegen den Richter: Rechtsbehelfe bei Verletzungen von Verfahrensgrundrechten im Zivilprozess – *Wolfgang Marotzke:* Die Verzinsung anfechtungsrechtlicher Rückzahlungsansprüche – *Joachim Münch:* Vorbeugender Rechtsschutz im Zivilprozessrecht – *Hans Prütting:* Prozessrecht und materielles Recht – *Bruno Rimmelpacher:* Vollstreckungsstandschaft in Fällen der Drittermächtigung – *Herbert Roth:* Veränderungen des Zivilprozessrechts durch »Materialisierung«? – *Eberhard Schilken:* Ergänzende Gedanken zur Bedeutung des § 117 InsO – *Ekkehard Schumann:* Gerichte im Visier von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen – *Andreas Spickhoff:* Streitgegenstände im Haftpflichtprozess – *Rolf Stürmer:* Verfahrensrecht und materielle Gerechtigkeit

Kahlert, Heiner

## Vertraulichkeit im Schiedsverfahren

### Eine Untersuchung nach deutschem Recht mit internationalen Bezügen

Band 112  
2015. XVI, 438 Seiten.

ISBN 9783161537790  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Die Schiedsgerichtsbarkeit bewegt sich zwischen Privatautonomie und Rechtsprechungsfunktion, zwischen privaten und öffentlichen Interessen. In diesen Spannungsfeldern stellt sich die immer aktueller werdende Frage, inwieweit Schiedsverfahren vertraulich sind. Was bedeutet die verfassungsrechtliche Veröffentlichungspflicht für Gerichtsentscheidungen, wenn in einigen Bereichen Streitigkeiten nur noch von Schiedsgerichten entschieden werden? Kann ein Schiedsverfahren vertraulich sein, wenn ein Hoheitsträger beteiligt ist? Diesen und vielen anderen Fragen geht Heiner Kahlert in seiner umfassenden Untersuchung nach. Er spannt den Bogen zum allgemeinen Schutz von Vertraulichkeit im deutschen Recht, analysiert die Einflüsse des Völker-, Europa- und Verfassungsrechts und berücksichtigt den Diskussionsstand in anderen Rechtsordnungen. Zahlreiche Schiedsordnungen werden ebenso untersucht wie anwendbares Recht, Zuständigkeitsprobleme und Rechtsfolgen von Vertraulichkeitsbrüchen. Es erweist sich, dass einige vermeintliche Gewissheiten zur Vertraulichkeit im Schiedsverfahren auf unsicherem Grund stehen.

Schmidt, Johannes

## Rechtssicherheit im europäischen Zivilverfahrensrecht

### Eine Analyse der Entscheidungen des EuGH zum EuGVÜ und der EuGVVO

Band 110  
2015. XIII, 309 Seiten.

ISBN 9783161538018  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Die Normen des Brüsseler Übereinkommens (EuGVÜ) und seines Nachfolgers, der Brüssel-I-Verordnung (EuGVVO), bilden mit ihren Regelungen zu Fragen der Zuständigkeit und Anerkennung seit Jahrzehnten den Kernbestand des europäischen Zivilverfahrensrechts. Deren Auslegung ist dem Europäischen Gerichtshof anvertraut, der sich dabei regelmäßig auf das Prinzip der Rechtssicherheit beruft. Ist dieses Argument tragfähig? Johannes Schmidt untersucht unter verschiedenen Blickwinkeln, ob und inwieweit der EuGH Rechtssicherheit erreicht. Dabei fragt er einerseits nach der Berechenbarkeit der Rechtsprechung des EuGH, andererseits nach den Folgen der vom EuGH gewonnenen Ergebnisse für die Rechtsanwender. Die Analyse mündet in ein kritisches Fazit, an das sich die Suche nach Erklärungen und Verbesserungsmöglichkeiten, insbesondere stilistischer Art, anschließt.

Kühne, Ulrich

## Amicus Curiae

### Richterliche Informationsbeschaffung durch Beteiligung Dritter

Band 110  
2015. XXIV, 371 Seiten.

ISBN 9783161531477  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Vor allem die obersten Gerichte sind beauftragt, durch ihre Entscheidungen abstrakt-generelle Maßstäbe für ähnliche Fälle aufzustellen. Solche Entscheidungen erfordern neben der Kenntnis der verschiedenen Rechtsauffassungen vielfältige tatsächliche Hintergrundinformationen. Gleichzeitig vergrößert sich die Zahl der von der Entscheidung Betroffenen. Auf den Informationsbedarf und den Wunsch der Betroffenen nach Einflussnahme reagiert das U.S.-amerikanische Prozessrecht mit dem Institut des *amicus curiae*. Damit ist eine unbeteiligte Person oder Personenmehrheit gemeint, der es gestattet wird, ihre Ansicht zu Fragen des Rechtsstreits mitzuteilen. In den letzten Jahrzehnten hat dieses Institut weltweite Verbreitung gefunden. Ulrich Kühne beschreibt Funktion und Wirkungsweise der *amicus curiae*-Beteiligung und untersucht, ob das deutsche Recht Äquivalente kennt. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse in den untersuchten Rechtsordnungen entwickelt er Leitlinien für eine zurückhaltende Beteiligung von *amici curiae* in Verfahren von besonderer Breitenwirkung vor deutschen Gerichten.

Lühmann, Tobias B.

## Die Rechtskraft des Schiedsspruchs im deutschen und US-amerikanischen Recht

### Zugleich ein Beitrag zur Bedeutung des Parteiwillens für die Bestimmung der Schiedsspruchwirkungen

Band 109  
2014. XXXI, 394 Seiten.

ISBN 9783161535802  
fadengeheftete Broschur 94,00 €

Das deutsche und US-amerikanische Recht verleihen einem Schiedsspruch urteilsgleiche Rechtskraftwirkungen, um seine Endgültigkeit und Verbindlichkeit in Gerichtsverfahren abzusichern. Welche Probleme entstehen, wenn einem privaten Schiedsspruch hoheitliche Wirkungen beigelegt werden? Wird dem Willen der Schiedsparteien über die Ausgestaltung des Schiedsverfahrens hinaus auch bei der Bestimmung der Schiedsspruchwirkungen Rechnung getragen? Und welche Folgen hat die Kollision eines Schiedsspruchs mit anderen rechtskräftigen Entscheidungen? Diesen und anderen Fragen zur dogmatischen Grundlage und zum Umfang der Schiedsspruchwirkungen geht Tobias B. Lühmann in seiner rechtsvergleichenden Arbeit nach. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass der Schiedsgerichtsbarkeit auf Dauer am besten gedient ist, wenn die Entscheidung über die Schiedsspruchwirkungen den Schiedsparteien überantwortet wird.

Müller, Simon

## Die Ablieferung nach § 817 Abs.2 ZPO

Band 108  
2014. XVIII, 280 Seiten.

ISBN 9783161535956  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Der Akt der Ablieferung ist als eigentumsgestaltender Vorgang das Kernstück der zivilprozessualen Mobiliarverwertung. So klar das Ziel der Eigentumsgestaltung- eine Umsetzung der gepfändeten Sache in Geld – ist, so unklar bleibt bis heute die Frage der Voraussetzungen dieser Gestaltungswirkung. Das Detailproblem des Eigentumserwerbs bei Versteigerung einer im Dritteigentum befindlichen Sache bildet den Ansatzpunkt für die Diskussion grundsätzlicher dogmatischer Fragen: Im Vordergrund stehen insoweit die Bewertung der Rechtsnatur der Ablieferung sowie die Frage, ob in der Mobiliarverwertung ein originärer oder derivativer Erwerbstatbestand vorliegt. Unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung einerseits der Mobiliarverwertung, und andererseits des Rechts eigentumsgestaltender Hoheitsakte an sich, widmet sich Simon Müller den genannten Fragen.

Diakonis, Antonios

## Grundfragen der Beweiserhebung von Amts wegen im Zivilprozess

Zugleich ein Beitrag zur Auslegung der §§ 142ff. und 448 ZPO

Band 107  
2014. XIV, 331 Seiten.

ISBN 9783161534447  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Antonios Diakonis behandelt in seinem Werk, das der Beweiserhebung von Amts wegen gewidmet ist, eine der schwierigsten dogmatischen Fragen des Zivilprozesses, d.h. die Abgrenzung der Richtermacht einerseits und der Freiheit der Parteien im Rahmen des Beweisverfahrens andererseits. Der Autor versucht eine neue Dimension des Rechts auf den Beweis zu beleuchten und seine Ausstrahlung auf die Auslegung der §§ 142 ff. und § 448 ZPO zu untersuchen. Bei diesem Versuch werden Grundfragen des Zivilprozesses, wie der Zweck des Zivilprozesses, die Problematik des richterlichen Ermessens und der Inhalt sowie die Funktion der Verhandlungsmaxime behandelt. Auch die verfassungsrechtliche Dimension der Problematik dürfte nicht außer Acht gelassen werden. Dabei versteht der Autor die vorliegende Arbeit als eine Anregung für den Richter bei der Beweiserhebung seine Passivität zu verlassen ohne gleichzeitig den Charakter des geltenden Zivilprozesses zu verändern.

Niehoff, Gerrit Cornelius

## Verfahrenskonzentration durch compulsory counterclaims in den US-amerikanischen Zivilprozessordnungen

Band 106  
2014. XXV, 286 Seiten.

ISBN 9783161534539  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Verfahrenskonzentration dient der wirtschaftlichen Streitbeilegung und liegt daher im Interesse aller Beteiligten. Im US-amerikanischen Zivilprozess werden die Parteien bereits durch die dem Common Law entstammende, äußerst facettenreiche Rechtskraftlehre zu einer umfassenden Prozessführung angehalten. Darüber hinaus trifft den Beklagten kraft Gesetzes eine präklusionsbewehrte Last zur Einführung konnexer Gegenansprüche als *compulsory counterclaims* in das Verfahren. Gerrit Cornelius Niehoff stellt die aufgrund der Rechtskraft bestehenden Konzentrationslasten der Parteien dar und untersucht im Anschluss die an den Beklagten gerichtete Widerklagelast durch *compulsory counterclaims*. Auf dieser Grundlage entwickelt der Autor einen angemessenen Interessenausgleich zwischen den Beteiligten, der insbesondere die schutzwürdigen Interessen des Beklagten an der Dispositionsfreiheit über seine Ansprüche berücksichtigt.

Hübner, Rudolf

## Ausländisches Recht vor deutschen Gerichten

Grundlagen und europäische Perspektiven der Ermittlung ausländischen Rechts im gerichtlichen Verfahren

Band 105  
2014. XXIV, 468 Seiten.

ISBN 9783161534645  
fadengeheftete Broschur 94,00 €

Die Ermittlung ausländischen Rechts ist ein klassisches Problem des Verfahrensrechts. Wie hat ein Gericht mit einer Materie umzugehen, die es zur Grundlage oder zum Gegenstand seiner Entscheidung machen muss, von der es aber regelmäßig keine fundierten Kenntnisse hat? Es liegt auf der Hand, dass möglichst große Freiheit im Vorgehen diesen Prozess vereinfacht. Im rechtsstaatlichen Verfahren sind aber nicht nur Verfahrensökonomie und Rechtssicherheit zu bedenken, diese müssen auch mit dem verfahrensrechtlichen Zweck der Durchsetzung des materiellen Rechts mittels möglichst vieler materiell richtiger Entscheidungen abgewogen werden. Außerdem müssen die verfassungs- und unionsrechtlichen Verfahrensrechte der Beteiligten gewahrt bleiben. Rudolf Hübner widmet sich den Grundlagen wie den Details des Problems anhand einer umfassenden Analyse der deutschen Rechtsprechung aus über 100 Jahren.

Holterhus, Till Patrik

## Beweisführung in der Europäischen Fusionskontrolle

Regelungserfordernis und Regelungsbestand im Spannungsfeld von Wahrheit und Wahrscheinlichkeit



Band 104  
2014. XXIII, 260 Seiten.

ISBN 9783161531583  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Fusionskontrollrechtliche Beschlüsse der Europäischen Kommission unterliegen der verwaltungsgerichtlichen Prüfung durch den Gerichtshof der Europäischen Union. Gerade im Kontext der präventiven und auf wettbewerbliche Prognosen angewiesenen Fusionskontrolle spielen dabei immer wieder beweisrechtliche Aspekte, wie etwa der Umfang der gerichtlichen Prüfungskompetenz, die Beweislast oder das Beweismaß eine entscheidende Rolle. Ein speziell primär- oder sekundärrechtlich kodifiziertes Beweisrecht sucht man gleichwohl vergeblich. Von diesem Ausgangspunkt ausgehend untersucht Till Patrik Holterhus Erfordernis und Bestand beweisrechtlicher Regelungen im Fusionskontrollprozess. Basierend auf der Annahme unterschiedlicher Beweisarten im Bereich des Beweises tatsächlicher Umstände und des Beweises wettbewerblicher Prognosen, erarbeitet und systematisiert er die verschiedenen Facetten des Beweisrechts an der Schnittstelle von europäischem Verwaltungs-, Prozess- und Fusionskontrollrecht.

Möbius, Simon

## Das Prinzip der Rechtsschutzgleichheit im Recht der Prozesskostenhilfe

Band 103  
2014. XV, 372 Seiten.

ISBN 9783161528927  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Unter der Geltung eines Gewaltmonopols, dessen Dienstleistungen nicht nur durch die Rechtsgemeinschaft über Steuermittel finanziert werden, sondern auch eine individuelle Kostenbeitragspflicht auslösen, muss es ein Anliegen des Rechtsstaats sein, auch wirtschaftlich schwachen Personen Zugang zur staatlichen Gerichts- und Vollstreckungsgewalt zu gewähren. Da der moderne Rechtsstaat auf die professionelle Beratung und Prozessvertretung durch die privatrechtlich organisierte Anwaltschaft nicht verzichten kann, ist das Problem der Rechtsschutzgewährung nicht einfach durch eine Reform des Gerichtskostenwesens zu lösen. Der Staat muss im Einzelfall eine Prozesskostenhilfe erbringen. Simon Möbius befasst sich mit den rechtlichen Schwierigkeiten des geltenden einfachen Rechts der Prozesskostenhilfe und den Neuerungen, die die jüngste Reform im Sommer 2013 mit sich brachte. Er zeigt die verfassungsrechtliche Herkunft und das Wesen dieses Instituts auf und versucht, Maßstäbe für die Rechtsanwendung und Lösungen für eine Verbesserung der Prozesskostenhilfe zu entwickeln.

Hauck, Pierre

## Heimliche Strafverfolgung und Schutz der Privatheit

Eine vergleichende und interdisziplinäre Analyse des deutschen und englischen Rechts unter Berücksichtigung der Strafverfolgung in der Europäischen Union und im Völkerstrafrecht

Band 102  
2014. XLIX, 836 Seiten.

ISBN 9783161519192  
Leinen 159,00 €

Verdeckte Ermittler, Lauschangriff, Online-Durchsuchung: Die heimliche Strafverfolgung greift um sich. Dennoch steht die Rechtsfrage des Privatheitsschutzes beim Ermittlungszugriff auf die begehrten Informationen inmitten eines unklaren interdisziplinären Bezugsfelds: Ist zum Beispiel nur ein Kernbereich privater Lebensgestaltung absolut über das Verfassungsrecht zu schützen und lassen sich wirklich alle sonstigen Bereiche der Privatsphäre der strafprozessualen Relativierung durch Zugriffsrechte preisgeben? Was gilt gegenüber Nichtverdächtigen und was beim Einsatz neuer Medien? Dabei beschreitet Pierre Hauck einen neuen interdisziplinären Pfad: Er gleicht Erkenntnissen der Informationsethik und der Sozialphilosophie ab und entwickelt ein System abgestufter Schutzwürdigkeit privater Informationen. Dieses System dient als Grundlage einer Rekonstruktion der Ermittlungsbefugnisse, hauptsächlich mit dem Ziel einer zukunftsweisenden Neuformulierung der gesetzlichen Ermittlungsbefugnisse in der StPO.

## Die Zukunft des Zivilprozesses

Freiburger Symposion am 27. April 2013 anlässlich des 70. Geburtstages von Rolf Stürner

Hrsg. v. Alexander Bruns, Joachim Münch u. Astrid Stadler

Band 101  
2014. IX, 121 Seiten.

ISBN 9783161530883  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

Der vorliegende Sammelband vereinigt die Vorträge und Ansprachen, die am 27. April 2013 in Freiburg/Breisgau anlässlich des Symposions zum 70. Geburtstag von Rolf Stürner gehalten wurden. Die Beiträge beschäftigen sich mit an den Maximen und Zwecken des Prozesses geschärfte Dogmatik, wie sie der klassischen (deutschen) Prozessrechtswissenschaft seit jeher entspricht – und mit der sicherlich naheliegenden Gegenfrage ihrer weiteren, zukünftigen Relevanz angesichts von Diversifizierung und Internationalisierung des Zivilprozesses. Am Beispiel von Verbraucherprozess und Rechtsmittelrecht wird außerdem erörtert, wie man den geltenden Zivilprozess als soziale Erscheinung richtig aus- bzw. umzugestalten hat, um seine weitere Zukunfts- und Leistungsfähigkeit tunlich zu sichern. Das Thema greift damit auf Diskussionen vor, die mit Blick auf den 70. Deutschen Juristentag 2014 in Hannover zu erwarten sind (Verbesserung des Zivilprozesses – Sind ZPO und GVG noch zeitgemäß?)

Inhaltsübersicht

*Matthias Jestaedt:* Begrüßung – *Joachim Münch:* Grundfragen des Zivilprozesses. Sinngehalte der Lehre vom Prozeßzweck – *Alexander Bruns:* Maximendenken im Zivilprozessrecht. Irrweg oder Zukunftschance? – *Herbert Roth:* Empfiehlt sich ein Sonderprozessrecht für Verbraucher? – *Christoph Althammer:* Die Zukunft des Rechtsmittelsystems – *Astrid Stadler:* Laudatio



El-Ghazi, Mohamad

## Die Zuordnung von Gesetzesverletzungen zu Sach- und Verfahrensrüge in der strafprozessualen Revision

Band 100  
2014. XIII, 343 Seiten.

ISBN 9783161527999  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Da das deutsche Strafverfahrensrecht eine allgemeine Sach-, jedoch keine allgemeine Verfahrensrüge kennt, bedeutet die Zuordnung einer Gesetzesverletzung zum Verfahrensrecht eine erhebliche Mehrbelastung für den Revisionsführer. § 344 Abs. 2 S. 2 StPO legt ihm auf, in seiner Revisionsbegründungsschrift die Tatsachen zu benennen, die den Verfahrensmangel enthalten. Diesem normativen Verlangen gerecht zu werden, erweist sich für viele Revisionsführer als eine außerordentlich große Herausforderung. Die Frage nach der Abgrenzung zwischen den Anwendungsbereichen von Sach- und Verfahrensrüge besitzt damit eine erhebliche Praxisrelevanz. Dennoch ist es Wissenschaft und Praxis bislang nicht gelungen, eine dogmatisch saubere Formel zur Distinktion zwischen den beiden Rügekategorien zu benennen. Vielmehr begnügt man sich heute weitestgehend damit, dem Anwendungsbereich der Verfahrensrüge die Regelungen zu unterstellen, die »bestimmen, auf welchem Wege der Richter zur Urteilsfindung berufen und gelangt ist«. Sowohl die fehlende dogmatische Verankerung als auch die Unbestimmtheit dieser tradierten Formel geben Anlass dazu, sich auf die Suche nach einem alternativen Lösungsansatz zu begeben, welcher der praktischen Bedeutung der Abgrenzungsfrage auch in dogmatischer Hinsicht gerecht wird.

Mantzouranis, Ioannis

## Die notwendige Streitgenossenschaft im Zivilprozess

Beitrag zu einem rein prozessualen Verständnis des Rechtsinstituts der notwendigen Streitgenossenschaft

Band 99  
2013. XXI, 423 Seiten.

ISBN 9783161528118  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Die in § 62 ZPO geregelte notwendige Streitgenossenschaft liegt im Schnittpunkt der Parteilehre und der Streitgegenstandslehre und berührt das Verhältnis von materiellem Recht und Zivilprozessrecht. Begrifflichkeiten wie »anspruchsgebundenes« oder »materiellrechtlich notwendige Streitgenossenschaft« bringen dies unmissverständlich zum Ausdruck. Die Entwicklung der Parteilehre sowie der Streitgegenstandslehre ist allerdings eine Geschichte allmählicher Verselbständigung prozessualer Begriffe (formeller Parteibegriff, prozessualer Anspruch) von materiellrechtlichen Kategorien (materieller Parteibegriff, materieller Anspruch). Es ist deshalb erstaunlich, dass die Auslegung des § 62 ZPO von dieser Entwicklung nicht mitgerissen wurde. Dementsprechend entwickelt Ioannis Mantzouranis ein modernes und rein prozessuales Verständnis der notwendigen Streitgenossenschaft, das seit der »Emanzipation des Prozessrechts aus den Fesseln zivilistischen Denkens« überfällig ist.

Kimmerle, Maximiliane

## Befriedigungsverfügungen nach Art. 24 EuGVÜ/31 EuGVO

Zur Umgehung der Hauptsachegerichtsstände gem. Art. 2,5 ff. EUGVÜ/EUGVO durch Maßnahmen des nationalen einstweiligen Rechtsschutzes

Band 98  
2013. XXI, 310 Seiten.

ISBN 9783161527715  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Das europäische Zuständigkeitsrecht konzentriert sich auf die Regelung des Hauptverfahrens und behandelt den einstweiligen Rechtsschutz in Art. 31 EuGVO nur äußerst rudimentär. Durch Rechtsinstitute wie den französischen Référé-provision tritt der vorläufige Rechtsschutz in der Praxis jedoch zunehmend an die Stelle des ordentlichen Zivilprozesses, wodurch die Regelungen der EuGVO leer zu laufen drohen. Welche Einschränkungen sind vorzunehmen, um einer Aushöhlung des europäischen Zuständigkeitssystems wirksam zu begegnen? Wann genau liegt überhaupt eine Umgehung der EuGVO vor? Und wie kann sichergestellt werden, dass befriedigende einstweilige Maßnahmen zur Gewährung effektiven Rechtsschutzes dennoch möglich bleiben? Auf Grundlage einer eingehenden Analyse der EuGH-Rechtsprechung erarbeitet Maximiliane Kimmerle einen eigenen Lösungsvorschlag, der auch die geplante Reform der EuGVO miteinbezieht.

Niedermaier, Tilman

## Schieds- und Schiedsverfahrensvereinbarungen in strukturellen Ungleichgewichtslagen

Ein deutsch-U.S.-amerikanischer Rechtsvergleich mit Schlaglichtern auf weitere Rechtsordnungen

Band 97  
2013. XXXI, 404 Seiten.

ISBN 9783161526688  
fadengeheftete Broschur 94,00 €

Das deutsche Schiedsverfahrensrecht aus dem Jahr 1998 ist maßgeblich an den Bedürfnissen des internationalen Handels ausgerichtet. Rechtsstreitigkeiten in diesem Bereich sind typischerweise durch ein Kräftegleichgewicht der Parteien geprägt. Es kommt jedoch nicht nur in rein nationalen oder nicht handelsrechtlichen Streitigkeiten vor, dass eine Partei der anderen strukturell unterlegen ist. In den USA haben mit derartigen Ungleichgewichtslagen verbundene Fragestellungen in jüngerer Zeit verstärkte Aufmerksamkeit durch Rechtsprechung und Wissenschaft erfahren. Tilman Niedermaier vergleicht die Rechtslage in Deutschland und den USA und untersucht unter Berücksichtigung neuerer Entwicklungen im EU-Recht, inwieweit die Interessen strukturell unterlegener Parteien im Schiedsverfahren nach deutschem Recht gewahrt werden können.

Jocksch, Christian

## Das Freigabeverfahren gem. § 246a AktG im System des einstweiligen Rechtsschutzes

Band 96  
2013. XVIII, 253 Seiten.

ISBN 9783161524240  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Das Freigabeverfahren gem. § 246a AktG wurde vom Gesetzgeber als Instrument zur Bekämpfung sogenannter 'räuberischer Aktionäre' konzipiert. Das Missbrauchspotential von Anfechtungsklagen soll im Rahmen eines Eilverfahrens überwunden werden können, ohne die Rechtmäßigkeitskontrolle von Hauptversammlungsbeschlüssen aufzuheben. Deshalb hat der Gesetzgeber das Freigabeverfahren dem einstweiligen Verfügungsverfahren der Zivilprozessordnung entlehnt. Die prozessualen Probleme des § 246a AktG haben bisher jedoch kaum Beachtung gefunden. Christian Jocksch beleuchtet daher das Freigabeverfahren an der Schnittstelle zwischen Aktien- und Zivilprozessrecht. Aus dem Strukturvergleich mit dem einstweiligen Verfügungsverfahren zieht er ungewöhnliche Rückschlüsse auf die Voraussetzungen und die Reichweite von Freigabebeschlüssen.

Wendenburg, Felix

## Der Schutz der schwächeren Partei in der Mediation

Band 95  
2013. XX, 413 Seiten.

ISBN 9783161523458  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Mediation aktiviert und fördert die Selbstbestimmung im Konflikt nicht nur, sie setzt sie auch voraus. Anders als im Gerichtsverfahren entscheiden die Konfliktparteien in der Mediation selbst über die Lösung ihres Konflikts; anders als in einer herkömmlichen Verhandlung strukturiert ein Mediator dabei ihr Gespräch und unterstützt sie bei der Überwindung von Einigungshindernissen. Mit wachsender Verbreitung gelangt die Mediation allerdings zunehmend auch in Konfliktkonstellationen zum Einsatz, in denen die Verhandlungsmacht der Konfliktparteien strukturell ungleich verteilt ist. Je erheblicher das Verhandlungsmachtgefälle in der durch den Konfliktkontext geprägten Vertragsschlussituation, desto enger sind die Verwirklichungsbedingungen für einen selbstbestimmt gestalteten Konfliktbearbeitungsprozess. In solchen Konstellationen besteht das Risiko, dass die schwächere Partei von der stärkeren übervorteilt wird. Felix Wendenburg widmet sich der Grundsatzfrage nach dem Umgang mit diesem Risiko.

Dittmer, Jana

## Die Feststellung der Zahlungsunfähigkeit von Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Band 94  
2013. XXVIII, 250 Seiten.

ISBN 9783161524059  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

Die Hauptursache von Unternehmensinsolvenzen liegt in der Unfähigkeit, fällige Zahlungspflichten zu bedienen. Allerdings gibt das Gesetz nicht vor, wann die Zahlungsunfähigkeit eingetreten ist und daraus eine Antragspflicht folgt. Gleichermaßen ist nicht geregelt, welche Positionen einbezogen werden müssen, um ein Vorliegen der Zahlungsunfähigkeit festzustellen. Problematisch ist dies vornehmlich, wenn der Schuldner eine juristische Person ist. Dieser Zustand ist insbesondere dahingehend als kritisch einzustufen, dass der Eintritt der Zahlungsunfähigkeit nicht allein für das Bestehen einer Antragspflicht entscheidend ist, sondern vielmehr weitreichende Konsequenzen etwa im Bereich der Haftung von Geschäftsführern hat. Im Zusammenhang mit den durch das MoMiG eingetretenen Änderungen im Gesellschafts- und Insolvenzrecht haben sich hier neue Fragestellungen und Haftungsrisiken ergeben, die Jana Dittmer eingehend erörtert.

Neyses, Andrea

## Die Insolvenzanfechtung in Mehrpersonenverhältnissen

Band 93  
2012. XXI, 420 Seiten.

ISBN 9783161519550  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Das Insolvenzanfechtungsrecht ermöglicht es dem Insolvenzverwalter, nachteilige Rechtswirkungen zu beseitigen. Besondere Probleme stellen sich, wenn mehrere Personen an der anfechtbaren Vermögensverschiebung beteiligt sind. Trotz der hohen praktischen Relevanz solcher Mehrpersonenverhältnisse waren sie bislang nur vereinzelt Gegenstand systematischer Darstellung. Andrea Neyses begegnet diesem Manko und setzt sich dabei kritisch mit den in Rechtsprechung und Lehre vertretenen Erklärungsansätzen wie der Rechtsfigur der mittelbaren Zuwendung und dem Rückgriff auf bereicherungsrechtliche Wertungen auseinander. Die Autorin hinterfragt deren Tragfähigkeit und stellt ihnen die These entgegen, dass das Insolvenzanfechtungsrecht bei sachgerechter Auslegung und Anwendung selbst die Kriterien zur Verfügung stellt, die eine sachgerechte Rückabwicklung von Mehrpersonenverhältnissen erlauben.

Mencke, Christian

## Die zivilprozessuale Beiladung im Klageverfahren gem. § 148 AktG

Band 92  
2012. XXII, 239 Seiten.

ISBN 9783161519246  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

Aktionäre haben seit 2005 unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, Ersatzansprüche ihrer AG gegen Organmitglieder im eigenen Namen klageweise geltend zu machen. § 148 AktG gestaltet dieses Klageverfahren näher aus: Unter anderem ist eine Beiladung der AG zum Klageverfahren der Aktionäre vorgesehen; umgekehrt sind diese Aktionäre ihrerseits zum Klageverfahren nach einer (möglichen) Übernahme durch die AG beizuladen. Dem Zivilprozess ist die aus den öffentlich-rechtlichen Verfahrensordnungen bekannte Drittbeteiligungsform der Beiladung weitgehend fremd. Gleichwohl schweigt das Gesetz dazu, was unter der Beiladung gem. § 148 AktG zu verstehen ist. Christian Mencke stellt zunächst die bisherigen – seltenen und uneinheitlichen – Beiladungsfälle im Zivilprozess sowie die öffentlich-rechtliche Beiladung detailliert dar. Er weist sodann nach, dass die Beiladung gem. § 148 AktG eine eigenständige Rechtsfigur ist, die in keiner der bisherigen Beiladungsfälle ein direktes Vorbild hat.



Putzke, Christina

## Rechtsbeugung in Kollegialgerichten

### Zur Bestimmung des tatbestandsmäßigen Verhaltens

Band 91  
2012. XI, 201 Seiten.

ISBN 9783161518317  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

Räuber, Mörder und Brandstifter machen sich strafbar, wenn sie rauben, töten oder Brände legen. Ihre Bestrafung ist notwendig und selbstverständlich. Obwohl sich diese Notwendigkeit auch bei Richtern, wenn sie das Recht beugen, nicht ernsthaft bestreiten lässt, ist deren Bestrafung keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Christina Putzke widmet sich den insoweit auftretenden Schwierigkeiten und zeigt auf, dass es sich – auf dem Boden des Gesetzes – durchweg um lösbbare Probleme handelt.

Im Mittelpunkt steht dabei das tatbestandsmäßige Verhalten, das in Kollegialgerichten bislang überwiegend in der Zustimmung zu der rechtsbeugenden Entscheidung erblickt wird. Wer hingegen konsequent strafrechtliche Zurechnungskriterien zugrunde legt, erkennt, dass die Strafbarkeit am Inkraftsetzen der rechtsbeugenden Entscheidung zu orientieren ist. Auf dem Weg zur Bestimmung des tatbestandsmäßigen Verhaltens widmet sich die Autorin intensiv dem Problem der Kausalität bei Gremienentscheidungen und dem richterlichen Beratungsgeheimnis. Nach diesen Klärungen könnte nun auch für Richter, wenn sie das Recht beugen, die Bestrafung zur Selbstverständlichkeit werden.

Landbrecht, Johannes

## Teil-Sachentscheidungen und Ökonomie der Streitbeilegung

### Eine rechtsvergleichende Untersuchung zu Bindungswirkung und Statthaftigkeit gerichtlicher Teilentscheidungen

Band 90  
2012. XXXII, 396 Seiten.

ISBN 9783161519291  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Ein Zivilprozess ist ein unangenehmes Unterfangen und selten das, was die Parteien primär anstreben. Um den regulären Prozess zu vermeiden, entwickelten sich alternative Methoden der Streitbeilegung, die aber wiederum eigene Probleme mit sich bringen. Johannes Landbrechts Untersuchung zielt daher darauf ab, alternative und klassische Methoden der Streitbeilegung zu kombinieren. Zur ökonomischen Beilegung von Streitigkeiten kann es genügen, nur Teilfragen gerichtlich klären zu lassen. Die Prozessordnungen in Deutschland, England, Frankreich und der Schweiz sehen gerichtliche Teil-Sachentscheidungen vor. Deren praktische Bedeutung differiert jedoch erheblich. Von dieser Bestandsaufnahme ausgehend, entwickelt der Autor deshalb Leitlinien dafür, wie Teil-Sachentscheidungen optimal ausgestaltet und eingesetzt werden könnten, um eine effiziente Streitbeilegung im Ganzen zu ermöglichen.

Heiß, Thomas A.

## Anerkenntnis und Anerkenntnisurteil im Zivilprozess

Band 89  
2012. XI, 203 Seiten.

ISBN 9783161519499  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Im deutschen Zivilverfahren haben die Parteien die Macht, dem Richter rechtliche Vorgaben für das von ihm zu fällende Urteil zu geben – durch Prozesshandlungen, namentlich das Anerkenntnis und den ihm spiegelbildlichen Verzicht. Thomas Alexander Heiß untersucht den Mechanismus, der diese weitreichenden Folgen nach sich zieht, und konstruiert das Anerkenntnis, seine Voraussetzungen und Wirkungsgrenzen ausgehend von der im materiellen Zivilrecht gründenden Privatautonomie: Sie allein rechtfertigt, dass die Parteien dem Gericht eine bestimmte Sicht der Rechtslage vorschreiben können. Die Verwirklichung dieser Maxime muss das auf Erkenntnis des materiellen Privatrechts gerichtete Verfahren stets gewährleisten – unabhängig vom öffentlich-rechtlichen Charakter des Prozessrechts. Der Autor liefert einen neuartigen Anstoß dafür, das Anerkenntnis und vieles was damit zusammenhängt, im Lichte dieses Prozessverständnisses auf einen der Sache angemessenen Begriff zu bringen.

Glunz, Benjamin

## Psychologische Effekte beim gerichtlichen Einsatz von Videotechnik

### Eine empirische und rechtsvergleichende Untersuchung zum US-amerikanischen, australischen und deutschen Zivilprozess

Band 88  
2012. XXX, 430 Seiten.

ISBN 9783161517365  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Das Zivilprozessrecht zahlreicher Staaten gestattet heutzutage den Einsatz von Videotechnik, insbesondere Videokonferenzen, zur Ersetzung der persönlichen Anwesenheit von Parteien oder Beweispersonen im Gerichtssaal. Neben evidenten ökonomischen und praktischen Vorteilen bringt dieser Technologieeinsatz auch psychologische Effekte mit sich. Ausgehend von einer Schilderung der derzeitigen Einsatzfelder der Videotechnik im US-amerikanischen, australischen und deutschen Zivilprozess stellt Benjamin Glunz die wesentlichen fachwissenschaftlichen Erkenntnisse systematisch geordnet zusammen und prüft deren Bedeutung im Zivilprozess. Darauf aufbauend analysiert er, inwieweit sich der Videotechnikeinsatz mit den Verfahrensrechten der untersuchten Länder vereinbaren lässt. Er kritisiert die ausländische Rechtsprechung als teilweise zu großzügig und unreflektiert und warnt vor der in Deutschland geplanten Streichung des Einverständniserfordernisses in § 128a ZPO ohne Schaffung anderweitiger tatbestandlicher Restriktionen.





Schwabenbauer, Peter

## Der Zweifelssatz im Strafprozessrecht

Band 87  
2012. XIV, 193 Seiten.

ISBN 9783161517860  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Der Zweifelssatz »in dubio pro reo« gilt als fundamentaler Bestandteil des materiellen Strafrechts. Er besagt im Kern, dass Voraussetzungen einer Norm, die ungewiss bleiben, als nicht gegeben zu betrachten sind, wenn die Rechtsfolge der Norm den Beschuldigten belastet hätte, und umgekehrt. Für das Strafprozessrecht herrschen seit langem Unklarheiten in Bezug auf den Anwendungsbereich des Zweifelssatzes. Überwiegend wird er bislang zumindest für einige Prozessvoraussetzungen für anwendbar gehalten, seine Geltung für sonstige Verfahrensnormen lehnt die herrschende Ansicht grundsätzlich ab. Peter Schwabenbauer stellt diese Auffassung auf den Prüfstand und entwickelt ausgehend vom Geltungsgrund des Zweifelssatzes, seinem potentiellen Anwendungsfeld und unter Berücksichtigung des Unterschieds von materiellem Strafrecht und Strafprozessrecht eine neue, eigenständige Lösung.

Weichbrodt, Johannes

## Der verbotene Beweis im Straf- und Zivilprozess

### Zur Rolle strafprozessualer Beweisverbote bei der Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche

Band 86  
2012. XX, 410 Seiten.

ISBN 9783161516771  
Leinen 79,00 €

Beweisverbote gelten als Schranken der Wahrheitsfindung. Sie regeln, welche Beweise einer gerichtlichen Entscheidung nicht zugrunde gelegt werden dürfen. Nach gängiger Meinung stehen sie daher insbesondere im Strafverfahren einem gerechten Urteil tendenziell im Wege. Johannes Weichbrodt entwickelt auf Grundlage eines prozessualen Wahrheitsverständnisses eine einheitliche Lösung der Beweisverbotsfrage an der Schnittstelle von Zivil- und Strafverfahren. Aus den gemeinsamen Grundsätzen der Prozessordnungen und insbesondere aus dem Gebot der Waffengleichheit leitet er ein Prüfungsschema ab, mit dem sich beurteilen lässt, ob strafprozessuale Beweisverbote bei der Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche zu beachten sind. Die Arbeit ist ein Plädoyer für mehr Verfahrensgerechtigkeit, die nicht hinter einer »materiellen Gerechtigkeit« zurückstehen darf.

Majer, Christian F.

## Die Räumungsvollstreckung und ihre effektive Durchsetzung

Band 85  
2012. XV, 168 Seiten.

ISBN 9783161517921  
fadengeheftete Broschur 54,00 €

Christian F. Majer thematisiert Schwierigkeiten der effektiven Durchsetzung der Räumungsvollstreckung in verschiedenen Konstellationen. Ausgehend vom Befund, dass das Gebot der Effektivität der Räumungsvollstreckung verfassungsrechtlich verankert ist, stellt er die verschiedenen Problemfelder unter Diskussion der bisher vertretenen Lösungsansätze dar und schlägt eigene Lösungen vor. Im Bereich der Vollstreckung gegen Mitbesitzer wird die neuere Rechtsprechung des BGH kritisiert, aber auch die früher maßgebliche Ein-Titel-Theorie wird abgelehnt; stattdessen schlägt der Verfasser eine Lösung unter Einbeziehung der Hausbesetzerproblematik vor. Bei der Behandlung der beweglichen Sachen kritisiert er das vom BGH gebilligte Berliner Modell und schlägt eine Lösung unter Bezugnahme auf die Dispositionsmaxime vor. Behandelt werden außerdem die Haftungsverhältnisse sowie die Sonderprobleme bei Tieren und Geschäftsunterlagen. Abschließend erfolgen einige rechtsvergleichende Betrachtungen sowie konkrete Vorschläge für eine Reform des Gesetzes.

Schmidt, Andreas

## Der Beweis des Versicherungsfalls im deutschen, U.S.-amerikanischen und englischen Recht

Band 84  
2011. XX, 367 Seiten.

ISBN 9783161517037  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Andreas Schmidt behandelt ein Thema an der Schnittstelle von Zivilprozessrecht und Privatversicherungsrecht, das sowohl von rechtstheoretischem Interesse als auch von zentraler Bedeutung für die versicherungsprozessuale Praxis ist. Er beginnt seine rechtsvergleichende Untersuchung bei den Grundlagen des Beweisrechts Deutschlands, der USA und Englands und ordnet den Beweis des Versicherungsfalls im Versicherungsvertragsrecht in diese Grundstruktur ein. Anschließend erörtert er die Ansätze der unterschiedlichen Rechtsordnungen hinsichtlich Vertragsauslegung, Grenzen der Parteiautonomie bei der Formulierung von Versicherungsbedingungen und Schaffung beweisrechtlicher Sonderregeln im Allgemeinen wie auch im Kontext konkreter Beweisprobleme in verschiedenen Versicherungssparten. Dabei treten Parallelen, aber auch Unterschiede im Prozessverständnis und in den Gerechtigkeitsvorstellungen zutage.

## Reforms of Civil Procedure in Germany and Norway

Ed. by Volker Lipp and Halvard H. Fredriksen

Band 83  
2011. XI, 452 Seiten.

ISBN 9783161509131  
fadengeheftete Broschur 94,00 €

Die Beiträge des vorliegenden Bandes untersuchen eingehend die aktuellen Reformen des Zivilprozessrechts in Norwegen und Deutschland im Zeitalter der Europäisierung. Erstmals wird eine deutsche Übersetzung der neuen norwegischen Zivilprozessordnung des Jahres 2005 vorgelegt, die mit dem Originaltext und einer englischen Übersetzung angefügt ist.



Pflughaupt, Matthias

## Prozessökonomie

### Verfassungsrechtliche Anatomie und Belastbarkeit eines gern bemühten Arguments

Band 82  
2011. XVI, 380 Seiten.

ISBN 9783161508646  
fadengeheftete Broschur 94,00 €

Die Prozessökonomie ist ein Phänomen, dem man als Argument nicht nur immer wieder begegnet, sondern auch nahezu gewohnheitsmäßig Verständnis oder Wohlwollen entgegenbringt. Doch nicht nur die ihr beigemessene Relevanz bleibt oft unbegründet; auch wird selten der Versuch unternommen, den Inhalt dessen zu klären, was die Prozessökonomie vom konkreten Sachverhalt losgelöst gebietet, so dass sie als ein verlässlich zu handhabendes Werkzeug für die juristische Arbeit betrachtet werden könnte. Die einzelnen Verfahrensordnungen helfen hier wenig, während das Argument gerichtssbarkeitsübergreifend wirkt und dabei eine auch verfassungsrechtliche Bedeutung entfaltet. Konsequenterweise widmet sich Matthias Pflughaupt den verfassungsrechtlichen Säulen des Prozessökonomiearguments, um herauszuarbeiten, wie belastbar es überhaupt ist.

Mom, Andreas

## Kollektiver Rechtsschutz in den Niederlanden

Band 81  
2011. XXV, 497 Seiten.

ISBN 9783161501784  
fadengeheftete Broschur 94,00 €

Reformen des kollektiven Rechtsschutzes haben eine rechtspolitisch aktuelle Dimension – nicht zuletzt aufgrund der Bestrebungen der EU-Kommission, dessen Instrumente zu stärken. Andreas Mom leistet einen Beitrag zu dieser europaweit geführten Diskussion, indem er die Verbandsklage in den Niederlanden eingehend untersucht und auf neuere Entwicklungen eingeht, insbes. auf das Gesetz zur kollektiven Abwicklung von Massenschäden. Der Autor behandelt sowohl dessen inhaltliche Ausgestaltung als auch die ersten praktischen Anwendungsfälle und die internationalen Aspekte des Verfahrens. Besondere Aufmerksamkeit widmet er dem gewählten *opt-out*-Verfahren. Abschließend fasst er die wesentlichen Ergebnisse seiner Untersuchung zusammen und unterzieht die in den Niederlanden gefundenen Lösungen gerade auch im Hinblick auf die Weiterentwicklung des kollektiven Rechtsschutzes in Deutschland einer kritischen Bewertung.

Lange, Sonja

## Das begrenzte Gruppenverfahren

### Konzeption eines Verfahrens zur Bewältigung von Großschäden auf der Basis des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes

Band 80  
2011. XVII, 362 Seiten.

ISBN 9783161508745  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Basierend auf dem Kapitalanleger-Musterverfahren, welches Sonja Lange als begrenzte Gruppenklage qualifiziert, entwickelt sie ein allgemeines Verfahrensmodell zur Bewältigung von Großschäden. Nach einer Analyse von Bedarf und Anwendungsbereich wird der verfassungsrechtliche Handlungsrahmen für die Schaffung einer Gruppenklage einer ausführlichen Prüfung unterzogen. Dabei wird dieser nicht nur am rechtlichen Gehör gemessen, sondern auch am Dispositionsgrundsatz. Diesen sieht die Verfasserin – wie die Privatautonomie – in der allgemeinen Handlungsfreiheit des Art. 2 Abs. 1 GG abgesichert. Auf dieser Grundlage entwickelt sie anschließend anhand des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes die auf dem besonderen Streitgegenstand, der Beteiligung am Verfahren und der Entscheidungswirkung basierende prozessrechtsdogmatische Grundstruktur einer begrenzten Gruppenklage. Das so gewonnene Verfahrensmodell wird abschließend im Kontext der US-amerikanischen *class action* sowie Europäischer Gruppenverfahrensmodelle ausdifferenziert.

Winker, Monika

## Die Missbrauchsgebühr im Prozessrecht

### Ein Beitrag zu Missbrauchsgebühren nach § 34 Abs. 2 BVerfGG und nach § 192 Abs. 1 Nr. 2 SGG im Kontext prozessualer Kostensanktionen

Band 79  
2011. XVII, 306 Seiten.

ISBN 9783161508295  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Missbräuchlich prozessierenden Beteiligten kann nach § 34 Abs. 2 BVerfGG bzw. § 192 Abs. 1 Nr. 2 SGG eine Missbrauchsgebühr auferlegt werden. Sanktionen mutwilligen Prozessierens sind darüber hinaus in historischen und aktuellen Prozessordnungen sowie in der rechtspolitischen Diskussion präsent. Monika Winker macht anhand historischer und ausländischer Normen die Entwicklung der Sanktionen im Kostenrecht und deren weltweite Verbreitung deutlich. Nach Systematisierung der deutschen Kostensanktionen wird eine rechtliche Qualifikation der Missbrauchsgebühr vorgenommen und deren Anwendung durch BVerfG und Sozialgerichte kritisch beleuchtet. Winker mahnt eine Konkretisierung der Missbrauchsdefinition durch Benennung prozessualer Pflichtverstöße an. Sie untersucht den Rechtsrahmen und die Steuerungswirkungen von Missbrauchsgebühren und diskutiert Verbesserungsmöglichkeiten auf Gesetzes- und Anwendungsebene.



Böning, Daniela

## Grundpfandrechte in Deutschland und den USA

Unter besonderer Berücksichtigung des Rechts des Bundesstaates Kalifornien

Band 78  
2011. XXVIII, 363 Seiten.

ISBN 9783161507250  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Grundpfandrechte spielen für die deutsche Kreditwirtschaft eine herausragende Rolle. Soll ein Kredit durch ein im Ausland gelegenes Grundstück besichert werden, findet aufgrund der sogenannten Lex-rei-sitae-Regel auf Fragen der Bestellung, Übertragung und Verwertung der Immobiliarsicherheit das Sachrecht des Belegenheitsorts Anwendung. Soweit eine Besicherung durch Grundstücke in den USA erfolgt, ist somit US-amerikanisches Recht maßgeblich. Angesichts der zunehmenden Kreditvergabe deutscher Kreditinstitute in die USA und der seit wenigen Jahren bestehenden Möglichkeit zur Aufnahme von US-amerikanischen Grundpfandrechten in die Deckungsmasse von Pfandbriefbanken besteht vor diesem Hintergrund ein besonderes Interesse der deutschen Kreditwirtschaft an den US-amerikanischen Rechtsregeln. Diese stellt Daniela Böning im Vergleich zum deutschen Recht umfassend dar und analysiert sie.

Sawang, Judith

## Geheimhaltung und rechtliches Gehör im Schiedsverfahren nach deutschem Recht

Band 77  
2010. XXI, 368 Seiten.

ISBN 9783161505379  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Die Intensivierung der internationalen Handelsbeziehungen hat zu einer hohen Akzeptanz von Schiedsverfahren geführt. Gleichzeitig gehört die Geheimhaltung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen zu den zentralen Bedürfnissen einer funktionierenden Marktwirtschaft. Dennoch werden Unternehmensgeheimnisse bislang weder im Zivilprozess noch im Schiedsverfahren effektiv geschützt. Insbesondere gibt es keine oder nur unzureichende Mittel, streitentscheidende Unternehmensgeheimnisse in den Prozess einzubringen, ohne sie – zumindest nach herkömmlicher Ansicht – zugleich dem Gegner, häufig einem unliebsamen Konkurrenten, preiszugeben. Oftmals verliert die beweisbelastete Partei folglich entweder ihr Geheimnis oder den Prozess. Unter Berücksichtigung höchstrichterlicher Rechtsprechung untersucht Judith Sawang, ob und wie ein Schiedsgericht nach deutschem Schiedsverfahrensrecht hier Abhilfe schaffen kann. Die Arbeit wurde mit dem DIS-Förderpreis der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. 2011/2012 für eine hervorragende wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der Schiedsgerichtsbarkeit ausgezeichnet.

Engel, Martin

## Collaborative Law

Mediation ohne Mediator

Band 76  
2010. XVI, 325 Seiten.

ISBN 9783161505560  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Collaborative Law ist eine neue Methode der Alternativen Streitbeilegung, die mit einer Mediation ohne Mediator vergleichbar ist. Martin Engel erforscht das verhandlungstheoretische Fundament dieses Verfahrens, untersucht dessen rechtliche Grundlagen und erschließt einen praxistauglichen Rahmen für die Anwendung von Collaborative Law im deutschen Rechtsraum. Nach einer grundlegenden Analyse der generellen Chancen und Grenzen außergerichtlicher Konfliktlösungsverfahren widmet sich der Verfasser konkret den vertraglichen und verhandlungsdynamischen Idiomen des Collaborative-Law-Verfahrens. Aus der juristischen Perspektive nimmt er insbesondere das Vertragsrecht, das anwaltliche Berufsrecht und das Zivilprozessrecht in den Blick. Daraus entwickelt er schließlich den Entwurf eines Verfahrensvertrags für den Einsatz von Collaborative Law in Deutschland.

Kleinheisterkamp, Daniela

## Kreditwesengesetz und Strafverfahren

Zur Bedeutung des »nemo-tenetur«-Prinzips für das bankaufsichtliche Verfahren

Band 75  
2010. XXIV, 485 Seiten.

ISBN 9783161502514  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

»Nemo tenetur se ipsum accusare« – die Gefahr einer Selbstbelastung besteht heute kaum noch in repressiven Verfahren, sondern vielmehr in vorgelagerten oder parallel geführten Verwaltungsverfahren. Dies kann insbesondere im bankaufsichtlichen Verfahren der Fall sein, in dem die Bankaufsichtsbehörden Auskunft- und Unterlagenvorlageverlangen an natürliche Personen und Unternehmen richten. Diese Befugnisse nimmt Daniela Kleinheisterkamp zum Anlass zu untersuchen, inwieweit verfassungsrechtliche Vorgaben unterlaufen werden, wenn Informationen, die in einem präventiven Zwecken dienenden Verwaltungsverfahren erlangt wurden, zweckentfremdet in einem repressiven Verfahren verwendet werden. Die Verfasserin stützt ihre Untersuchung dabei insbesondere auf eine verfassungsrechtliche Fundierung und Bestimmung des Inhalts der Selbstbelastungsfreiheit von natürlichen Personen und Verbänden.

Norouzi, Ali B.

## Die audiovisuelle Vernehmung von Auslandszeugen

Ein Beitrag zum transnationalen Beweisrecht im deutschen Strafprozess



Band 74  
2010. XVII, 295 Seiten.

ISBN 9783161496578  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Grenzüberschreitende Kriminalität erfordert grenzüberschreitende Strafverfolgung. Nicht selten ist dabei die Vernehmung von Zeugen in einem anderen Staat erforderlich. Das führt zu praktischen und rechtlichen Problemen, zunächst für das Gericht, das einerseits zur Wahrheitsermittlung und direkten Vernehmung des Zeugen verpflichtet ist, andererseits diesen nicht zum persönlichen Erscheinen zwingen kann und ein zeitraubendes Rechtshilfverfahren scheut. Probleme ergeben sich aber auch für den Angeklagten und die Verteidigung, die Gefahr laufen, aufgrund der grenzüberschreitenden Dimension, nicht von ihrem Recht auf Konfrontation des Zeugen Gebrauch machen zu können. Dabei bietet das geltende Strafprozessrecht in § 247a StPO – wie zahlreiche Rechtshilfeübereinkommen – nunmehr die Möglichkeit, den Zeugen direkt in seinem Aufenthaltsstaat mittels Videolink zu vernehmen. Doch dabei stellen sich neue, bislang nicht erörterte Fragen: Wann ist das Gericht verpflichtet, eine Videovernehmung anzuordnen? Wann darf es sich mit einem ausländischen Vernehmungsprotokoll zufrieden geben? Inwieweit kann die Verteidigung hierauf durch entsprechende Beweisanträge einwirken? Welches Recht findet auf die Vernehmung Anwendung? Welche praktischen Vorkehrungen sind dabei zu beachten? Ali B. Norouzi geht diesem neuartigen Fragenkomplex nach. Er legt dar, dass sich das neue technische Medium in die Prinzipienstruktur des Strafprozesses einfügt und zeigt zugleich einen theoretischen Rahmen für den transnationalen Beweis im deutschen Strafprozess auf.

Zwickel, Martin

## Bürgernehe Ziviljustiz: Die französische *juridiction de proximité* aus deutscher Sicht

Zugleich ein Beitrag zur Definition eines Gesamtmodells bürgernahe Justiz

Band 73  
2010. XXIX, 405 Seiten.

ISBN 9783161504570  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Die Forderung nach mehr Bürgernahe der Ziviljustiz zieht sich wie ein roter Faden durch die Justizgeschichte. Martin Zwickel definiert zunächst den bisher wenig geklärten Begriff der »Bürgernahe der Justiz« und arbeitet dann die in Deutschland und Frankreich unternommenen Versuche zur Realisierung heraus. Zentrales Element der französischen Bemühungen sind die sog. *juridictions de proximité*, die 2002 eingeführt wurden. Dabei handelt es sich um aus Laienrichtern bestehende Gerichte, die erstinstanzlich für einen bestimmten Bereich von Rechtsstreitigkeiten zuständig sind. Der Autor stellt die *juridiction de proximité* deutschen Ansätzen bürgernahe Justiz gegenüber und bewertet ihre Bürgernahe aus deutscher Sicht. Er schlägt ein für beide Länder nutzbares Gesamtmodell bürgernahe Justiz vor.

Bernhard, Jochen

## Kartellrechtlicher Individualschutz durch Sammelklagen

Europäische Kollektivklagen zwischen Effizienz und Effektivität

Band 72  
2010. XXV, 378 Seiten.

ISBN 9783161504518  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Sammelklagen im Kartellrecht prägen seit einiger Zeit die politische Agenda und beschäftigen seit dem Zementkartellverfahren auch vermehrt die Gerichte in den Europäischen Mitgliedstaaten. In einem Richtlinienentwurf plant die EU-Kommission die Einführung echter Sammelklagemechanismen mit Rechtskrafterstreckung auf Dritte. Kläger vor deutschen Gerichten bedienen sich hingegen zur Anspruchsbündelung der herkömmlichen Instrumente des Zivilprozessrechts. Jochen Bernhard stellt die Vorzüge und Nachteile von opt-in- und opt-out-Sammelklagen in den Kontext von Prozessökonomie und Individualschutz im Kartellrecht. In einem alternativen Richtlinienvorschlag lenkt er das Augenmerk auf verbesserte Gewinnabschöpfung anstelle von auf Schadensersatz gerichteten opt-out-Verbandsklagen.

Spohnheimer, Frank

## Gestaltungsfreiheit bei antezipiertem Legalanerkennnis des Schiedsspruchs

Zugleich ein Beitrag zur Gewährung rechtlichen Gehörs in Schiedsverfahren und zur Aufhebung von Schiedssprüchen

Band 71  
2010. XXXIV, 512 Seiten.

ISBN 9783161504822  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Frank Spohnheimer zeigt auf, dass die Integration des Schiedsspruchs in die Rechtsordnung auf der Grundlage eines antezipierten Legalanerkennnisses in § 1055 ZPO erfolgt. Hiervon ausgehend untersucht er, welche prozessualen Gestaltungsmöglichkeiten die Rechtsordnung den Parteien und dem Schiedsgericht in einem Schiedsverfahren zugesteht und wo die Grenzen liegen, bis zu denen sie bereit ist, einen Schiedsspruch dauerhaft einem gerichtlichen Urteil gleichzustellen. Der Schwerpunkt liegt dabei zum einen auf der Verfahrensvereinbarung der Parteien, zum anderen auf der Gewährung rechtlichen Gehörs. Die Rüge, das Schiedsgericht habe den Parteien nicht ausreichend rechtliches Gehör gewährt, spielt in der Praxis im Aufhebungs- und Vollstreckungsverfahren eine große Rolle. Der Autor zeigt grundlegende Wertungen auf und entwickelt handhabbare Regeln für die Praxis.



Kranjic, Christian

## »... dass er treu und gewissenhaft übertragen werde.«

### Zum Dolmetschen im Strafverfahren

Band 70  
2010. XVI, 237 Seiten.

ISBN 9783161502743  
fadengeheftete Broschur 59,00 €

Beschuldigte, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, sind auf die Hilfestellung eines Dolmetschers angewiesen. Sowohl Strafrechtswissenschaftler als auch Strafrechtspraktiker gehen davon aus, dass nur eine wörtliche Übertragung *richtiges* Dolmetschen gewährleistet, und nur durch eine solche sowohl das Strafverfolgungsinteresse des Gerichts als auch das Verteidigungsinteresse des Beschuldigten gewahrt bleibt. Ganz anders sieht das die Übersetzungswissenschaft. Sie weist darauf hin, dass Wörtlichkeit als Kriterium für gelungenes Dolmetschen gänzlich unbrauchbar ist. Christian Kranjic überträgt die Erkenntnisse der Übersetzungswissenschaft auf die Frage, wie im Strafverfahren zu dolmetschen sei. Von größter Bedeutung ist dabei, zu unterscheiden, ob der Dolmetscher im »Auftrag« des Gerichts, des Zeugen oder des Beschuldigten tätig wird und entsprechend, an wessen Interessen er seine Übertragung auszurichten hat.

Beckhaus, Gerrit M.

## Die Bewältigung von Informationsdefiziten bei der Sachverhaltsaufklärung

### Die Enforcement-Richtlinie als Ausgangspunkt für die Einführung einer allgemeinen Informationsleistungspflicht in das deutsche Zivilrecht

Band 69  
2010. XXIII, 454 Seiten.

ISBN 9783161503962  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Die Durchsetzung eines zivilrechtlichen Anspruchs scheidet oftmals daran, dass dem Anspruchsinhaber die Kenntnis entscheidender Tatsachen fehlt. Häufig könnte der Anspruchsgegner Abhilfe schaffen, wozu er allerdings nur selten freiwillig bereit sein wird. Ausschlaggebend für die Verwirklichung materieller Gerechtigkeit ist daher, welche Möglichkeiten die Rechtsordnung dem Anspruchsinhaber zur Bewältigung seiner Informationsdefizite bereitstellt. Gerrit M. Beckhaus untersucht die vielfältigen, aber dennoch lückenhaften, oftmals ungeschriebenen prozessualen und materiellrechtlichen Instrumente im deutschen Recht und entwickelt vor dem Hintergrund der voranschreitenden europäischen Rechtsangleichung einen detaillierten Gesetzgebungsvorschlag zur Auflösung des Konflikts zwischen dem Informationsinteresse des Anspruchsinhabers und dem Geheimhaltungsinteresse des Anspruchsgegners.

Berentelg, Maria

## Die Act of State-Doktrin als Zukunftsmodell für Deutschland?

### Zur Nachprüfung fremder Hoheitsakte durch staatliche Gerichte

Band 68  
2010. XXI, 309 Seiten.

ISBN 9783161502422  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Zivilgerichte werden immer häufiger mit dem Problem konfrontiert, wie sie mit Hoheitsakten ausländischer Staaten zu verfahren haben, die in private Rechtspositionen eingreifen. Maria Berentelg untersucht vergleichend die Lösungen in den USA und in Deutschland. In den USA kommt es nach der *Act of State*-Doktrin aus richterlicher Selbstbeschränkung in außenpolitischen Angelegenheiten nicht zu einer Überprüfung fremder Hoheitsakte. Die Autorin steckt den rechtlichen Rahmen für ein entsprechendes Modell in Deutschland ab. Im Zentrum stehen die grundrechtlichen Vorgaben und die Frage, inwieweit außenpolitische Erwägungen und der Gedanke richterlicher Selbstbeschränkung auch in Deutschland die Behandlung fremder Hoheitsakte bestimmen können. Eine vollständige Übernahme des US-amerikanischen Modells lehnt die Autorin ab, plädiert aber für eine Berücksichtigung außenpolitischer Belange im Rahmen des *ordre-public*.

Fiedler, Lilly

## Class Actions zur Durchsetzung des europäischen Kartellrechts

### Nutzen und mögliche prozessuale Ausgestaltung von kollektiven Rechtsschutzverfahren im deutschen Recht zur privaten Durchsetzung des europäischen Kartellrechts

Band 66  
2010. XXVII, 347 Seiten.

ISBN 9783161502804  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Die class action ist aus den USA bekannt. Ländern mit kontinentaleuropäischer Tradition wie Deutschland ist sie dagegen traditionell fremd. Um die private Durchsetzung des europäischen Kartellrechts zu stärken, plant die Europäische Kommission, class actions bzw. vergleichbare Formen kollektiven Rechtsschutzes einzuführen. Vor diesem Hintergrund entwickelt Lilly Fiedler konkrete Regelungsvorschläge für entsprechende kollektive Rechtsschutzformen. Dafür analysiert sie zunächst die unterschiedlichen Ausgestaltungen kollektiver Rechtsschutzformen in den USA und nach den Vorschlägen der Kommission. Den Schwerpunkt ihrer Untersuchung legt sie dann auf die Klärung der Frage, ob und wie es möglich ist, kollektive Rechtsschutzformen in das deutsche Prozessrecht zu integrieren. Dabei setzt sie sich mit der Missbrauchsgefahr, den verfassungsrechtlichen Problemen und der Gefahr von Systembrüchen auseinander.



Schwieren, Friederike

## Die Kostenbelastung des Gläubigers bei der Räumungsvollstreckung

Möglichkeiten zur Kostensenkung de lege lata und verfassungsrechtliche Grenzen der Kostenbelastung unter dem Gesichtspunkt effektiven Rechtsschutzes

Band 65  
2010. XIV, 278 Seiten.

ISBN 9783161503153  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Die hohen Kosten einer Räumungsvollstreckung stellen eine nicht zu unterschätzende Hürde für den vollstreckenden Gläubiger dar. Aus diesem Grund sind in der Praxis bereits mehrere Räumungsmodelle entwickelt worden, die durch eine Abweichung vom gesetzlich geregelten Räumungsverfahren zu einer Kostensenkung führen sollen. Friederike Schwieren untersucht diese Kostensenkungsmodelle hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit dem geltenden Recht sowie ihrer Praktikabilität für den Gläubiger. Insbesondere das in der Praxis weit verbreitete Berliner Modell wird einer kritischen Analyse unterzogen. Im Anschluss diskutiert die Autorin die verfassungsrechtlichen Grenzen einer Kostenbelastung des Räumungsgläubigers vor dem Hintergrund seines Anspruchs auf effektiven Rechtsschutz und unterbreitet einen Reformvorschlag für eine effektivere Räumungsvollstreckung de lege ferenda.

Fredriksen, Halvard H.

## Europäische Vorlageverfahren und nationales Zivilprozessrecht

Eine Untersuchung der Vorlageverfahren an den EFTA-Gerichtshof und den EuGH als Bestandteile des norwegischen bzw. des deutschen Zivilprozesses

Band 64  
2009. XXI, 391 Seiten.

ISBN 9783161500183  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Das Vorlageverfahren an den Gerichtshof der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) stellt einen interessanten und einmaligen Versuch dar, das gemeinschaftsrechtliche Vorabentscheidungsverfahren an den EuGH nachzubilden, ohne gleichzeitig die supranationalen Elemente der Gemeinschaftsrechtsordnung übernehmen zu müssen. Wie sein Vorbild in der EU, ist er als Zwischenverfahren innerhalb eines vor dem vorlegenden nationalen Gericht anhängigen Rechtsstreits ausgestaltet. Hieraus folgt unvermeidlich eine Verzahnung des nationalen Prozessrechts mit dem Europarecht. Vor diesem Hintergrund untersucht Halvard Haukeland Fredriksen die Einbettung des jeweiligen Vorlageverfahrens in das nationale Zivilprozessrecht Norwegens bzw. Deutschlands. Daraus ergibt sich nicht nur eine Rechtsvergleichung der beiden Vorlageverfahren, sondern auch eine des norwegischen und deutschen Zivilverfahrens.

Quast, Anna

## Rechtskräftiger Titel des Zedenten und Schutz des Schuldners

Vorgaben der Vertragsfreiheit zur Argumentation im Schuldrecht

Band 63  
2009. XIX, 330 Seiten.

ISBN 9783161500091  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Anna Quast untersucht die im Zessionsrecht bedeutende Frage des Schuldnerschutzes vor dem Hintergrund zweier neuerer Entscheidungen des Bundesgerichtshofs. Dabei greift sie auf die Vertragsfreiheit als verfassungsrechtlichen Begriff zurück und zeigt, dass ein Verbot der Schlechterstellung des Schuldners durch die Abtretung nicht besteht. An seine Stelle setzt die Autorin ein flexibleres Abwägungsgebot und untersucht anschließend den Schutz des Schuldners in seinem Interesse zu wissen, wer sein Gläubiger ist. Sie schlägt vor, die schuldnerische Position durch eine Abstimmung der Auslegung des § 407 Abs. 1 BGB mit § 409 BGB zu verbessern, ihm aber zugleich Zurückweisungsobliegenheiten aufzuerlegen. Abschließend kommt die Autorin auf die Ausgangskonstellation des über einen rechtskräftigen Titel verfügenden Zedenten zurück und zeigt, wie sie in Anwendung der entwickelten Grundsätze aufzulösen ist.

Mayer, Claudia

## Sicherheitsleistung durch Bankbürgschaft im Zivilprozess

Zugleich ein Beitrag zur Erstattungsfähigkeit von Vollstreckungs- und Vollstreckungsabwehrkosten

Band 62  
2009. XXX, 375 Seiten.

ISBN 9783161501241  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

In der Praxis stellt die Bankbürgschaft heute die gängige Form der Sicherheitsleistung dar. Trotz der umfangreichen Rechtsprechung zu diesem Thema gibt es noch viele strittige Fragen. Claudia Mayer stellt vor dem Hintergrund des allgemeinen Bürgschaftsrechts ausführlich die besonderen prozessualen Anforderungen an eine Bürgschaft als ausreichende Sicherheitsleistung sowie Probleme der Akzessorietät und Rechtskrafterstreckung dar. Zudem geht sie der Frage der Tauglichkeit ausländischer Banken als Prozessbürgen nach und widmet sich umfassend dem Problem der Haftung für die Kosten der Sicherheitsleistung in der Zwangsvollstreckung. Unter Berücksichtigung der neuesten Rechtsprechung analysiert die Autorin dabei mögliche Anspruchsgrundlagen für die Erstattungsfähigkeit der Vollstreckungskosten des Vollstreckungsgläubigers bzw. der Vollstreckungsabwehrkosten des Vollstreckungsschuldners.



Weber, Michael

## Europäisches Zivilprozessrecht und Demokratieprinzip

### Internationale Zuständigkeit und gegenseitige Anerkennung im Gerichtssystem der Europäischen Union und der USA

Band 61  
2009. XIV, 281 Seiten.

ISBN 9783161500237  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

In der EU wurde die Pflicht zur gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen in den letzten Jahren erheblich ausgedehnt. Säumnisentscheidungen aus anderen Mitgliedstaaten müssen vielfach selbst dann anerkannt werden, wenn sich das Ausgangsgericht offensichtlich zu Unrecht für zuständig erklärt hat. In den USA sind die einzelstaatlichen Gerichte dagegen in vergleichbaren Fällen verpflichtet, die Anerkennung zu verweigern. Die EU rechtfertigt den weitgehenden Verzicht auf Anerkennungsreserven mit dem verbesserten grenzüberschreitenden Rechtsschutz und dem gegenseitigen Vertrauen in die Justiz. Michael Weber geht der Frage nach, ob das Vertrauen auf wirksame Rechtsbehelfe im Urteilsstaat den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügt, die nach dem Grundgesetz für die demokratische Legitimation richterlicher Entscheidungen und die Übertragung von Hoheitsrechten auf andere Staaten gelten.

Bergmeister, Felix

## Kapitalanleger – Musterverfahrensgesetz (KapMuG)

### Bestandsaufnahme und Reformempfehlung aus der Perspektive von Recht und Praxis der US-amerikanischen Securities Class Action

Band 60  
2009. XXX, 411 Seiten.

ISBN 9783161499135  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Das Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG) ermöglicht seit dem 1. November 2005 die kollektive Rechtsverfolgung von Schadensersatzansprüchen wegen fehlerhafter Kapitalmarktinformation. Felix Bergmeister unterzieht das KapMuG einer Totalrevision im Lichte der US-amerikanischen Erfahrungen mit der *Class Action*. Hierzu analysiert er im Rechtsvergleich Funktion und Wirkungsweise von Kapitalanleger-Musterverfahren und *Securities Class Action* und misst die beiden Rechtsinstitute an ihren gesetzgeberischen Zielen.

Für das deutsche Recht gelangt er zu dem Ergebnis, dass das KapMuG seine zentralen Regelungsanliegen nur unzureichend verwirklicht: Weder vermag es das Problem der Justizüberlastung zu lösen; noch setzt es genügend Anreize, um den Grad der Rechtsdurchsetzung signifikant zu steigern. Hinzu kommt, dass es verfassungsrechtlich bedenklich und rechtspolitisch unnötig tief in die Rechtsstellung des Einzelnen eingreift. Immerhin kann die Missbrauchsgefahr, die den US-Diskurs über die *Class Action* beherrscht, für das deutsche Recht als weitgehend gebannt gelten.

Auf dieser Grundlage erörtert der Autor die Optionen für eine Neugestaltung des Kapitalanleger-Musterverfahrens *de lege ferenda*. Die Übernahme der wesentlichen Charakteristika der *Class Action* ins deutsche Recht lehnt er dabei ab: Sie wäre nicht verfassungsgemäß, nicht praktikabel und rechtspolitisch nicht wünschenswert. Stattdessen entwickelt er Eckpunkte für eine umfassende und in sich geschlossene Reform des KapMuG »aus sich heraus« und lässt diese in einen ausgearbeiteten Gesetzgebungsvorschlag münden.

Muthorst, Olaf

## Das Beweisverbot

### Grundlegung und Konkretisierung rechtlicher Grenzen der Beweiserhebung und der Beweisverwertung im Zivil-, Straf- und Verwaltungsverfahren

Band 59  
2009. XVII, 417 Seiten.

ISBN 9783161499210  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Über Beweisverbote wird seit langem kontrovers diskutiert, aber stets nur mit Blick auf spezielle Verfahrensarten. Olaf Muthorst unternimmt den Versuch, eine für alle gerichtlichen und behördlichen Verfahren tragfähige, allgemeine Beweisverbotslehre zu skizzieren.

Dabei geht es ihm zunächst um die Grundlage der Beweisverbote. Er erörtert sie in dem Gedanken, dass der Beweis wie das gesamte Verfahren, wenn es Rechtsanwendung auf den Einzelfall sein soll, der Bindung an das Recht unterliegt.

Beweisverbote sind im Spannungsfeld von ordnungsgemäßem Verfahren und gerechter Entscheidung daher mit rechtlichen Maßstäben zu begründen und in ein sie umgreifendes Wertungsgefüge einzuordnen, das seinen Ausgangspunkt im Geltungsanspruch des Rechts nimmt.

Der Autor zeigt auf, dass die Konkretisierung der Rechtsbindung des Beweises zu einzelnen Beweisverboten dann eine Frage der Ausgestaltung und Anwendung des einfachen Rechts und in diesem Rahmen eine Konkretisierung verfassungsrechtlicher Bindungen ist. Diese Bindungen ergeben Maßstäbe dafür, wann der Beweis überflüssig oder unzulässig ist. Auf der Ebene des einfachen Rechts kommen diese Vorgaben im Grundsatz der Verfahrensökonomie sowie in verfahrensmäßigen Standards und in Wertungen betreffend die besondere Schutzbedürftigkeit bestimmter Informationen zum Ausdruck. Je nach Anknüpfungspunkt (Beweistatsache, Beweismittel oder verfahrensmäßige Durchführung der Beweiserhebung) ist Rechtsfolge des Beweisverbotes das Verbot, ein Beweismittel zu erheben, und das weitere Verbot, Beweisergebnisse bei der Beweiswürdigung zu berücksichtigen.

Spernath, Valentin

## Die Schutzschrift in zivilrechtlichen Verfahren



Band 58  
2009. XIII, 160 Seiten.

ISBN 9783161498039  
fadengeheftete Broschur 49,00 €

Die Schutzschrift war bisher überwiegend im Verfahren der einstweiligen Verfügung und des Arrests anerkannt. Valentin Spemath stellt die Diskussion über die Schutzschrift auf eine breitere Grundlage, indem er ihren Charakter als allgemeines Instrument des Zivilverfahrensrechts herausarbeitet. Er veranschaulicht, dass sie in allen Verfahren eine Rolle spielt, in denen eine Anhörung des Antragsgegners durch das Gericht vor einer Entscheidung durch Gesetz ausgeschlossen oder in das gerichtliche Ermessen gestellt ist. Sie bewirkt den Ausgleich zwischen den durch die Verfassung gewährleisteten Garantien des rechtlichen Gehörs des Antragsgegners einerseits und des effektiven Rechtsschutzes andererseits. Ihre Berücksichtigung durch das Gericht vor Erlass einer Entscheidung ist daher zwingend. Der Autor zeigt auf, dass die obigen Grundsätze trotz der bestehenden Unterschiede zwischen den verschiedenen Verfahrensarten bezüglich des Prüfungsumfanges stets Anwendung finden. So ist eine Schutzschrift denkbar, wenn dem Schuldner eine Forderungspfändung nach §§ 828ff. ZPO droht. Auch im Verfahren der Vollstreckbarerklärung europäischer Titel nach der Europäischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung (EuGVO) verdient die Schutzschrift Beachtung. Ihrer Berücksichtigung durch das Gericht stehen keine Vorschriften der EuGVO entgegen. Zuletzt weist der Autor darauf hin, dass ein Online-Schutzschriftenregister das Verfahren erheblich vereinfacht, jedoch eine gesetzliche Grundlage benötigt. Ebenso hält er eine gesetzliche Klarstellung zur Rolle der Schutzschrift im Verfahren für wünschenswert.

Heese, Michael

## Gläubigerinformation in der Insolvenz

### Eine vergleichende Untersuchung des U.S.-amerikanischen und deutschen Rechts zur Verbesserung des Gläubigerschutzes im Insolvenzverfahren

Band 56  
2008. XXXV, 492 Seiten.

ISBN 9783161497384  
fadengeheftete Broschur 99,00 €

Informationen sind für den Gläubiger im Insolvenzfall die Grundlage effektiver Forderungsdurchsetzung, Verfahrensbeteiligung und Verfahrenstransparenz. Michael Heese entwickelt erstmals ein System der Gläubigerinformation in der Insolvenz auf der Grundlage des deutschen Verfassungsrechts und einer rechtsvergleichenden Analyse des U.S.-amerikanischen Insolvenzrechts in Gestalt des *Bankruptcy Code*. Er wendet sich gegen die in Deutschland vorherrschende restriktive informatorische Grundhaltung und liefert die erste geschlossene Darstellung der informationsrechtlich relevanten Verfassungsparameter. Dabei werden die Justizgewährleistung, der Anspruch auf rechtliches Gehör und effektiven Rechtsschutz sowie die Gleichbehandlung im Verfahrensrecht in ihrer durch die Institutsgarantie des Insolvenzverfahrens erlangten besonderen Ausprägung ebenso eingehend behandelt wie die den Informationsfluss begrenzenden Vorgaben des schuldnerischen Kreditschutzes, des Unternehmensgeheimnisschutzes und des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. Der Autor entwickelt die Informationsordnung des deutschen Insolvenzrechts für ihre Hauptverfahrensabschnitte: das Eröffnungsverfahren, das eröffnete Verfahren und die Abweisung des Eröffnungsantrags mangels Masse. Jedem Abschnitt stellt er eine umfassende rechtsvergleichende Analyse des U.S.-amerikanischen Insolvenzrechts voraus. Die durch Verfassungsinterpretation und Rechtsvergleich hervortretenden Schwächen des geltenden deutschen Rechts werden soweit möglich systemkonform korrigiert und im Übrigen zur Reform durch den Gesetzgeber empfohlen. Das Buch wurde mit dem Wissenschaftspreis 2008 des Gravenbrucher Kreises und mit dem Fakultätspreis 2009 der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen ausgezeichnet.

Kuhn, Tomas

## Ersatzaussonderungsrecht und Drittwiderspruchsklage

Band 55  
2008. XX, 290 Seiten.

ISBN 9783161496189  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Aussonderungsrecht und Drittwiderspruchsklage sind vollstreckungsrechtliche Instrumente, mit denen geltend gemacht wird, ein Gegenstand gehöre nicht zum haftenden Vermögen des Schuldners. In der Insolvenzordnung ist als Spezialfall zusätzlich das Ersatzaussonderungsrecht normiert, während eine entsprechende Parallele in der Zwangsvollstreckung zu fehlen scheint. Angesichts der grundsätzlichen Parallelität der beiden Haftungsordnungen ist dieser Befund überraschend. Tomas Kuhn nimmt dies zum Anlass, das insolvenzrechtliche Ersatzaussonderungsrecht und die ihm zugrunde liegenden materiellrechtlichen Ansprüche auf Surrogate zu analysieren und im Zwangsvollstreckungsrecht nach einem entsprechenden Instrument zu suchen. Der Autor postuliert trotz der fehlenden Normierung die Existenz einer solchen »Ersatz-Drittwiderspruchsklage« im Zwangsvollstreckungsrecht. Da die Zwangsvollstreckung einen solventen Schuldner vor Augen hat, fordert er allerdings einschränkend, dass der zugrunde liegende materielle Anspruch nicht auf Geld gerichtet ist. Abschließend untersucht er die Anwendbarkeit des Ersatzaussonderungsrechts und der »Ersatz-Drittwiderspruchsklage« im Falle rechtsgrundloser Veräußerungen und bejaht sie im Grundsatz. Der Autor zeigt damit auf, dass zumindest aus vollstreckungsrechtlicher Sicht kein Bedürfnis besteht, bei der Rückabwicklung rechtsgrundloser Veräußerungen mit der herrschenden Meinung einen dinglichen Rückerwerb des Nichtberechtigten zu fordern, da die Grundlage dieser Schutzinstrumente bloße schuldrechtliche Ansprüche sind.

Glaser, Michael

## Der Rechtsschutz nach § 98 Abs. 2 Satz 2 StPO

### Eine methodologische Untersuchung zur Leistungsfähigkeit des § 98 Abs. 2 Satz 2 StPO als allgemeine Rechtsschutzvorschrift gegenüber nicht-richterlich angeordneten Grundrechtseingriffen im Ermittlungsverfahren



Band 54  
2008. XX, 412 Seiten.  
ISBN 9783161495724  
Leinen 114,00 €

Die Garantie des 'effektiven' Rechtsschutzes in Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG gilt auch für das strafprozessuale Ermittlungsverfahren. Rechtsprechung und Schrifttum haben unter dem Eindruck dieses Grundrechts ein Rechtsschutzsystem herausgearbeitet, das auch eine Feststellungsentscheidung über nicht-richterlich angeordnete erledigte Grundrechtseingriffe erlauben soll. Michael Glaser widerlegt anhand der 'klassischen' Auslegungsmethoden die entwickelten Begründungsansätze. Im Rahmen der historisch-genetischen Auslegung greift er zurück bis zur Preußischen Kriminalordnung von 1805 und zeichnet die Entwicklung des Strafprozessrechts bis zur Reichsstrafprozessordnung von 1877/79 nach. Dabei legt er sein Augenmerk auf die Stellung des Untersuchungsrichters im Inquisitionsprozess und – nach Einführung der Staatsanwaltschaft als neuem Verfahrensbeteiligten – auf dessen Verhältnis zur Staatsanwaltschaft. Anhand der verfassungskonformen Auslegung befasst sich der Autor mit deren methodischen Voraussetzungen und dem Gewährleistungsgehalt des Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG, der als Leistungsgrundrecht verstanden wird, und analysiert dabei die Rechtsprechung zum Begriff des »effektiven Rechtsschutzes«.

Michael Glaser berücksichtigt in seiner Untersuchung die aktuellen Entwicklungen im Strafprozessrecht. Mit einem Gesetzesvorschlag gibt er schließlich einen Ausblick darauf, wie sich der Rechtsschutzauftrag des Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG bei einer künftigen Gesamtreform des Strafverfahrens gesetzestechnisch umsetzen ließe.

Foerster, Max

## Transfer der Ergebnisse von Strafverfahren in nachfolgende Zivilverfahren

Band 53  
2008. XXIII, 543 Seiten.  
ISBN 9783161496585  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Max Foerster untersucht, welche Bedeutung Strafurteilen für nachfolgende Zivilverfahren zukommen sollte. Ausgehend von einer gründlichen Analyse von Straf- und Zivilverfahren zeigt er, dass die Rechtskraft ausschlaggebend ist. Die Rechtskraft von Strafurteilen wirkt gegen Verurteilte, die von der subjektiven Rechtskraft erfasst werden, in den Grenzen der objektiven und temporalen Rechtskraft in nachfolgenden Gerichtsverfahren über denselben Lebenssachverhalt. Der Subsumtionsschluss eines Strafurteils ist asymmetrisch gegenüber darin Verurteilten auch in nachfolgenden Zivilverfahren maßgeblich. Ein die Grenzen der Rechtskraft sprengender Transfer scheidet aus, weil er die Rechte derjenigen, die an einem Strafverfahren nicht beteiligt sind, nur unzureichend wahrt.

Die weithin als Dogma angenommene Trennung von Straf- und Zivilverfahren führt in ein Trennungsdilemma, wenn die Rechtsprechung trotz des Trennungsdogmas einen Transfer praktiziert. Dieser ist angesichts des Dogmas undifferenziert und führt zu unzulässigen Überraschungsmomenten, weil er Wirkung und Grenzen der Rechtskraft nicht beachtet. Ein Transfer mittels asymmetrischer Rechtskrafterstreckung löst dieses Trennungsdilemma dagegen ausgewogen und sachgerecht. Er ermöglicht bei Stärkung der Verfahrensrechte Effizienzgewinne. Diese Lösung fügt sich systematisch korrekt in den Instanz- sowie Gerichtsufbau ein und leistet so zugleich einen nachhaltigen Beitrag zur Justizmodernisierung, insbesondere der effektiven Nutzung der Ressource Justiz.

Das Buch wurde mit dem Kulturpreis Bayern der E.On Bayern AG und des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst ausgezeichnet.

Grawe, Stefan

## Die strafprozessuale Zufallsverwendung

### Zufallsfunde und andere Zweckdivergenzen bei der Informationsverwendung im Strafverfahren

Band 52  
2008. XII, 415 Seiten.  
ISBN 9783161496592  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Im Strafverfahren werden häufig Informationen verwendet, die ursprünglich zu ganz anderen Zwecken erhoben wurden, sei es zur Verfolgung einer anderen Straftat oder sei es zur Verfolgung sicherheitsrechtlicher oder allgemeiner verwaltungsrechtlicher Zwecke. Stefan Grawe untersucht im vorliegenden Buch die Änderung derartiger Zwecke und die daran anschließende strafprozessuale Informationsverwendung. Er analysiert die Fallgestaltungen der sogenannten Zufallsfunde bzw. der sogenannten Zufallserkenntnisse sowie deren strafverfahrensrechtliche Verwertung, aber auch die Verwendung anderer Informationen, soweit sie der Verwertung von Zufallsfunden entspricht.

Mit den faktischen Möglichkeiten zur Informationsverwendung ist die rechtliche Notwendigkeit formaler Sicherungen gewachsen. Hingegen gehen die Dogmen, die sich zum Umgang mit Informationen im Strafprozess herausgebildet haben, auf strafverfahrensrechtliche Entwicklungen des 18. und 19. Jahrhunderts zurück. Der Autor stellt diese Leitlinien auf den Prüfstand und zeigt, dass sie ebenso wie andere Grundsätze des Beweisverwertungsrechts der Wirklichkeit des heutigen, unverkörpernten Informationstransfers nicht gerecht werden. Er plädiert für die strikte Anwendung der allgemeinen Zweckbindungsdogmatik im Strafprozessrecht und entwickelt ein den modernen Grundrechts- und Rechtsstaatsanforderungen angepasstes Konzept, damit die Zulässigkeit von Akten strafprozessualer Informationsverwendung sachgerecht beurteilt werden kann.

Niklas, Boris Alexander

## Die subjektive Reichweite von Schiedsvereinbarungen

### Eine systematische Darstellung unter besonderer Berücksichtigung der Mehrparteischiedsgerichtsbarkeit

Band 51  
2008. XXI, 297 Seiten.  
ISBN 9783161495496  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Grundlage eines jeden Schiedsverfahrens ist die Schiedsvereinbarung. Boris Niklas untersucht ihre subjektive Reichweite, um zu bestimmen, wer aufgrund einer konkreten Vereinbarung Partei eines Schiedsverfahrens werden kann. Besondere Bedeutung kommt dabei der Mehrparteischiedsgerichtsbarkeit zu, einem in der Praxis sehr häufigen aber immer noch mit vielen Unsicherheiten behafteten Phänomen.

Der Autor erörtert in einer systematischen Darstellung die rechtliche Bindung der Vertragsschließenden einschließlich der Stellvertretung und untersucht Schiedsklauseln in Satzungen und Gesellschaftsverträgen, auch im Hinblick auf deren nachträgliche Aufnahme und auf Auswirkungen gesellschaftsrechtlicher Treuepflichten. Im Rahmen der Rechtsnachfolge

behandelt er Abtretung, Vertragsübernahme und befreiende Schuldübernahme ebenso wie Erbfolge, Umwandlung von Gesellschaften und Schiedsgerichtsanordnungen durch letztwillige Verfügung. Er stellt umfassend die Erstreckung der subjektiven Reichweite von Schiedsvereinbarungen auf nicht unmittelbar beteiligte Dritte dar und erörtert in diesem Zusammenhang unter anderem Drittschadensliquidation, Bürgschaft und Firmenfortführung. Hier richtet er seinen Fokus auf die Rechtsfolgen, die aus Schiedsvereinbarungen von Personengesellschaften oder Körperschaften für deren Gesellschafter bzw. Mitglieder erwachsen. Abschließend untersucht er mögliche Zustimmungsrechte und -pflichten bei der Einbeziehung Dritter in ein Schiedsverfahren, wobei er sein besonderes Augenmerk auf den vertraglichen und anspruchsmodifizierenden Charakter von Schiedsvereinbarungen legt.

Andrews, Neil

## The Modern Civil Process

### Judicial and Alternative Forms of Dispute Resolution in England

Band 50  
2008. IX, 318 Seiten.

ISBN 9783161495328  
fadengeheftete Broschur 94,00 €

Viele der Wirtschaftsstreitigkeiten werden heutzutage durch Vergleichsverhandlungen, insbesondere durch Rückgriff auf Mediation, gelöst. Auch englische Gerichte fördern die Hinwendung zu alternativen Formen der Ziviljustiz, hauptsächlich zur Mediation. Zudem ist das Interesse an Schiedsverfahren in Handelsangelegenheiten wieder erwacht. Dies ist Teil eines modernen Trends in vielen westlichen Rechtssystemen, um das Problem langwieriger und teurer Gerichtsverfahren zu reduzieren. Neil Andrews untersucht das englische Zivilverfahrensrecht, vor allem das Gerichtsverfahren, aber auch Mediation und Schiedsgerichtsbarkeit auf eine prägnante und gut verständliche Weise. Rechtswissenschaftler in ganz Europa und im Rest der Welt werden so einen Einblick in ein modernes, dynamisches und flexibles System des Zivilverfahrensrechts gewinnen.

Keil, Ulrich

## Die Systematik privatrechtlicher Rechtsprechungsänderungen

Band 49  
2007. XXI, 294 Seiten.

ISBN 9783161494789  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Ulrich Keil befasst sich mit dem Phänomen der Rechtsprechungsänderungen bei konstanter Gesetzeslage. Er untersucht die Möglichkeit, induktiv durch Einzelfallanalyse Praxisänderungen in Fallgruppen zu systematisieren. Diese Systematisierung erfolgt vor dem Hintergrund der Vorbereitung von Rechtsprechungsänderungen und kann deshalb gerade der Anwaltschaft bei der Prognose künftiger richterlicher Verhaltensweisen Hilfestellung bieten. Der erste Schwerpunkt des Buches liegt in der Identifikation der untersuchten Rechtsprechung sowie bei Fragen der Bindungswirkung gerichtlicher Entscheidungen. Aufgrund des besonderen Spannungsfeldes zwischen rechtspolitischer Bedeutung und Einzelfallentscheidung fokussiert der Autor Rechtsprechungsänderungen durch den Bundesgerichtshof. Er behandelt hier theoretische Grundlagen richterlicher Entscheidungen und Entscheidungsfindung, die Voraussetzung für deren Verständnis und somit deren Systematisierung sind. Es lassen sich drei Hauptfallgruppen identifizieren: angekündigte Änderungen, Rechtsprechungsänderungen in Folge vorausgehender Entscheidungen und unvermittelte Praxiswechsel, die jeweils mit den ihnen eigenen Problemfeldern, Varianten, Chancen und Risiken dargestellt werden. Auch Sonderfälle werden untersucht, da sich nur dadurch der tatsächliche Variantenreichtum von Rechtsprechungsänderungen adäquat abbilden lässt. Der letzte Teil behandelt die Problematik des Vertrauensschutzes aus zivilrechtlicher Sicht. Es wird auch – aufbauend auf der Fallgruppensystematisierung – deren Tauglichkeit für Prognosen von Rechtsprechungsänderungen untersucht.

Ritz, Philipp

## Die Geheimhaltung im Schiedsverfahren nach schweizerischem Recht

Band 48  
2007. XXVI, 265 Seiten.

ISBN 9783161494178  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Als einer der wichtigsten Vorteile der Schiedsgerichtsbarkeit wird die Nichtöffentlichkeit des Verfahrens genannt. Auf internationaler Ebene ist umstritten, ob sich daraus weitergehende Geheimhaltungspflichten ableiten lassen, wie Philipp Ritz einleitend aufzeigt. Nach einer Übersicht über die Grundlagen der Schiedsgerichtsbarkeit in der Schweiz, die rechtlichen Grundlagen des Geheimnisschutzes und die möglichen geheimhaltungspflichtigen Tatsachen im Schiedsverfahren widmet er sich dem Grundsatz der Nichtöffentlichkeit, der in der Schweiz wie in den meisten Staaten gesetzlich nicht geregelt ist. Er gelangt zum Schluss, dass die Nichtöffentlichkeit durch Gesetzesauslegung gewonnen werden kann. Danach untersucht der Autor, ob und inwieweit die Parteien, ihre Organe und Rechtsvertreter sowie die weiteren Verfahrensbeteiligten wie Sachverständige, Zeugen und Schiedsrichter einer Geheimhaltungspflicht unterliegen. Was die Schiedsparteien betrifft, so sind sie seiner Meinung nach gesetzlich nicht zur Geheimhaltung verpflichtet. Die Annahme einer stillschweigend vereinbarten Geheimhaltungspflicht in der Schiedsvereinbarung lehnt er ebenfalls ab. Somit müssen die Parteien die Schiedsvereinbarung durch eine Geheimhaltungspflicht ergänzen oder eine Schiedsordnung wählen, welche die Geheimhaltung regelt, sofern ihnen diese wichtig ist. Abschließend behandelt Philipp Ritz die Problematik des Schutzes von Unternehmensgeheimnissen im Beweisverfahren und die Rechtslage, wenn die staatlichen Gerichte bei einem Rechtsmittel- oder Vollstreckungsverfahren eingeschaltet werden.

Illmer, Martin

## Der Arglisteinwand an der Schnittstelle von staatlicher Gerichtsbarkeit und Schiedsgerichtsbarkeit



Band 47  
2007. XIII, 170 Seiten.  
ISBN 9783161493560  
fadengeheftete Broschur 54,00 €

Nach welchen Grundsätzen ist es den Parteien eines Rechtsstreits, der einer Schiedsvereinbarung unterliegt, verwehrt, die Schnittstelle der sich ausschließenden Zuständigkeiten von staatlichem Gericht und Schiedsgericht für sich nutzbar zu machen? Der Beklagte versucht, sich in beiden Rechtswegen der Durchsetzung des prozessualen Anspruchs zu entziehen. Der Kläger versucht, sich eine doppelte Klagemöglichkeit in beiden Rechtswegen zu verschaffen. Im ersten Teil systematisiert Martin Illmer die bestehende Kasuistik der Rechtsprechung, die das Problem in der Regel einzelfallbezogen über § 242 BGB löst. Besonders ausführlich behandelt er dabei die Fälle der Mittellosigkeit einer der Parteien. Für den Fall der Aufrechnung rechtswegfremder Forderungen im Verhältnis des Schiedsverfahrens zum staatlichen Rechtsweg entwickelt er eine eigene Lösung über den Mechanismus der Aussetzung des Verfahrens, die dem Bedürfnis nach Aufrechnung trotz Wahrung der vereinbarten unterschiedlichen Rechtswege gerecht wird. In einem zweiten Teil entwickelt der Verfasser der Struktur der jeweiligen Konstellation entsprechende prozessrechtliche Lösungen über die präzisen Mechanismen der Rechtskraft, Bindungswirkung und Präklusion sowie die Gegeneinwände des § 1032 Abs.1 ZPO, um den Parteien die Ausnutzung der Schwächen und Brüche an der Schnittstelle in der oben beschriebenen Weise zu verwehren. Martin Illmer stellt dazu grundlegende Überlegungen zum Verhältnis schiedsgerichtlicher Entscheidungen zu Entscheidungen staatlicher Gerichte über die eigene Zuständigkeit an.

Adloff, Daniel

## Vorlagepflichten und Beweisvereitelung im deutschen und französischen Zivilprozess

Band 46  
2007. XXXI, 544 Seiten.  
ISBN 9783161493201  
fadengeheftete Broschur 94,00 €

Traditionell verfährt die Zivilprozessordnung bei der Mitwirkungspflicht der nicht beweisbelasteten Prozesspartei und Dritter eher zurückhaltend. Zwar hat die ZPO-Reform von 2001 Erweiterungen gebracht. Jedoch hat das französische Recht eine vergleichbare Zielsetzung mit der Einführung einer allgemeinen Mitwirkungspflicht schon vor einiger Zeit und ungleich energischer verfolgt. Daniel Adloff greift die aktuellen Praxiserfahrungen mit den reformierten Vorlagepflichten auf und vergleicht diese mit dem in Frankreich geltenden Standard. Anhand einer theoretischen Grundlegung prüft er zunächst die Vereinbarkeit von Mitwirkungspflichten mit den klassischen Prozessmaximen. Anschließend untersucht er rechtsvergleichend Voraussetzungen und Reichweite der Pflicht zur Vorlage von Beweismitteln. Spezielles Augenmerk legt er auf die Frage, wie die Gerichte reagieren können, wenn Beweismittel untergehen, willkürlich zurückgehalten oder vernichtet werden. Einige Besonderheiten gelten bei vorprozessualen Beweisaufnahmen und im gewerblichen Rechtsschutz. Schließlich erörtert Daniel Adloff den zunehmenden Einfluss internationaler Modellprojekte und Regelwerke. Die Wahrheitsfindung muss als notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung des Rechts hohen Stellenwert genießen. Einschränkungen sollten nur insoweit gelten, als die Parteien sie übereinstimmend wünschen oder übergeordnete Interessen eines Beteiligten sie erfordern. Dabei zeigt sich, dass das deutsche Modell in seiner Wirksamkeit nicht hinter dem französischen Recht zurückbleibt, durch seine Unübersichtlichkeit und teilweise Widersprüchlichkeit aber Reibungsverluste erleidet.

Kern, Christoph A.

## Justice between Simplification and Formalism

### A Discussion and Critique of the World Bank Sponsored Lex Mundi Project on Efficiency of Civil Procedure

Band 45  
2007. XI, 180 Seiten.  
ISBN 9783161492471  
fadengeheftete Broschur 59,00 €

Eine kürzlich veröffentlichte Studie auf dem Gebiet der »Comparative Economics« (oder, genauer, des »Numerical Comparative Law«) präsentiert einen Index, der den Grad prozessualen Formalismus' im Zivilprozessrecht verschiedener Staaten bestimmen soll, und analysiert sodann mit dessen Hilfe das Verhältnis von verfahrensrechtlichem Formalismus und bestimmten Aspekten der Qualität staatlicher Justiz. Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass zwischen der Zugehörigkeit einer Rechtsordnung zu einem der großen Rechtskreise, prozessualen Formalismus und der Qualität der Rechtspflege ein enger Zusammenhang besteht. Christoph Kern untersucht diese von Wirtschaftswissenschaftlern verfasste Studie aus der Sicht eines Juristen. Sein Augenmerk gilt dabei nicht der Nachprüfung, ob einzelne Daten für die verschiedenen Länder zutreffen, sondern vielmehr der Methode und den zugrunde liegenden prozessrechtsvergleichenden Fragestellungen.

Schnabl, Daniel

## Die Anhörungsrüge nach § 321a ZPO

### Gewährleistung von Verfahrensgrundrechten durch die Fachgerichte

Band 44  
2007. XI, 272 Seiten.  
ISBN 9783161492228  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Daniel Schnabl untersucht den durch das Anhörungsrügensgesetz mit Wirkung zum 01.01.2005 neu gefassten § 321a ZPO. Das Anhörungsrügensgesetz brachte nicht nur eine grundlegende Veränderung des § 321a ZPO mit sich, sondern fügte darüber hinaus weithin wortgleiche Regelungen auch in die anderen Verfahrensordnungen ein. Daher reicht die Bedeutung der Thematik weit über das Zivilprozessrecht hinaus. Der Autor beantwortet umfassend die mit der Neuregelung verbundenen einfachrechtlichen und verfassungsrechtlichen Fragen. Dabei geht es insbesondere um die Probleme, welche Entscheidungen mit der Anhörungsrüge angegriffen werden können, wie der Begriff des rechtlichen Gehörs im einfachrechtlichen Kontext zu verstehen ist, ob § 321a ZPO auf andere Verfahrensgrundrechte analog angewendet werden kann bzw. muss und unter welchen Voraussetzungen eine Verletzung rechtlichen Gehörs entscheidungserheblich ist. Darüber hinaus werden zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit der subsidiären Ausgestaltung der Anhörungsrüge geklärt. Des weiteren wird untersucht, inwieweit nach neuer Rechtslage noch Raum für außerordentliche Rechtsbehelfe besteht, inwieweit Dritte rügeberechtigt sind, wann die Rügefrist nach § 321a II 1 ZPO beginnt und inwieweit eine Anhörung des Rügegegners erforderlich ist. Schließlich widmet sich der Autor der Frage, ob die derzeit geltende Fassung des § 321a ZPO mit dem aus dem allgemeinen Justizgewährungsanspruch folgenden Gebot effektiven Rechtsschutzes vereinbar ist. Die Dissertation wurde 2006 mit dem Preis der »Dr. Feldbausch-Stiftung«



ausgezeichnet.

Rink, Florian

## Die Sicherheit von Grundpfandrechten in Deutschland und England

Band 43  
2006. XXVII, 362 Seiten.

ISBN 9783161491429  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Für Grundpfandgläubiger ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich die ihnen gewährte Sicherheit gerade auch in der Insolvenz des Schuldners bewährt. Dies gilt insbesondere dann, wenn grundpfandrechtl. gesicherte Forderungen als Deckungswerte für gedeckte Wertpapiere wie Pfandbriefe eingesetzt werden sollen. Da sich deutsche Banken verstärkt auf dem attraktiven englischen Markt engagieren, besteht zudem ein erhöhtes Bedürfnis nach Kenntnis der Ausgestaltung des englischen Immobiliarkredits. Florian Rink untersucht rechtsvergleichend die Stellung der Grundpfandrechte im System des Grundstücksrechts, ihre Durchsetzbarkeit in der Einzelvollstreckung und ihre Effektivität in der Insolvenz. Neben der Verwertungsbefugnis von Grundpfandgläubiger und Insolvenzverwalter analysiert er vor allem die Möglichkeiten zur Einbeziehung von Grundpfandgläubigern in eine Sanierung des Schuldners. Die Problematik der Gruppenbildung und Abstimmung im Insolvenzplanverfahren diskutiert er aus der Sicht der Grundpfandgläubiger, um sie der Konzeption des englischen Rechts nach der Umgestaltung des Insolvenzrechts gegenüberzustellen und Eingriffe in die Rechte der Grundpfandgläubiger offenzulegen. Anschließend beleuchtet er die unterschiedliche Schlagkraft der Insolvenzanfechtung in beiden Rechtsordnungen, wobei er zeigt, dass Grundpfandrechte in Deutschland deutlich leichter angefochten werden können als in England. Darüber hinaus geht er auf die Besonderheiten in der Insolvenz natürlicher Personen ein.

Breyer, Michael

## Kostenorientierte Steuerung des Zivilprozesses

### Das deutsche, englische und amerikanische Prozesskostensystem im Vergleich

Band 42  
2006. XVII, 263 Seiten.

ISBN 9783161489846  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Die Verwirklichung des Rechts im Zivilprozess ist weithin eine Frage der Kosten. Michael Breyer erarbeitet systematisch das deutsche Prozesskostenmodell, vergleicht es mit den eher deregulierten Alternativen des englischen und amerikanischen Zivilprozesses und analysiert Effizienz und Effektivität des deutschen Regelungsansatzes. Er kommt zu dem Ergebnis, dass das deutsche Modell sehr leistungstark ist und spricht sich für eine Fortentwicklung des bestehenden Systems unter Beibehaltung der prägenden Elemente aus. In einer rechtsvergleichenden Analyse fragt er zunächst nach den von den Parteien des Zivilprozesses insgesamt zu tragenden Kosten. Der Autor erörtert vor allem die unterschiedliche Bestimmung der Anwaltsvergütung: nach Streitwert in Deutschland, nach Zeitaufwand in den USA und in England. Anschließend fragt er nach der Verteilung der Kosten zwischen den Parteien mit den Alternativen einer Unterliegenshaftung und einer Haftung für prozessuales Verschulden. Schließlich analysiert er die Möglichkeiten der Parteien, sich zur Finanzierung und Versicherung ihres Prozesses Dritter zu bedienen. Unterschieden werden steuerfinanzierte Angebote der öffentlichen Hand (Prozesskostenhilfe, *legal aid*) und von den Parteien finanzierte Angebote privater Unternehmen (Rechtsschutzversicherung, anwaltliches Erfolgshonorar, Prozessfinanzierung). Effizienz und Effektivität werden an den Parametern Transaktionskosten, Zugang der Bürger zu Gericht und Unabhängigkeit der Anwälte von Staat, Partei und sonstigen Dritten gemessen. Beim Transaktionskostenvergleich berücksichtigt der Autor gleichermaßen die Kosten der öffentlichen Hand für die Einrichtung des Justizapparates und die Parteikosten.

Atteslander-Dürrenmatt, Agnes H.

## Der Prozessvergleich im internationalen Verhältnis

### Unter besonderer Berücksichtigung anerkennungs- und vollstreckungsrechtlicher Fragen im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr der Schweiz

Band 41  
2006. XXIII, 229 Seiten.

ISBN 9783161488672  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Die zwangsweise Durchsetzung eines Prozessvergleichs im internationalen Rechtsverkehr kann sich aufgrund seiner unterschiedlichen prozessualen Ausformung in den einzelnen Rechtsordnungen und der sowohl auf staatsvertraglicher Ebene als auch in den autonomen Rechten der einzelnen Staaten nur ungenügend abgesicherten Anerkennungs- und Vollstreckungsfähigkeit als problematisch erweisen. Agnes H. Atteslander-Dürrenmatt zeigt sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht die Möglichkeiten und Grenzen der Durchsetzung in- und ausländischer Prozessvergleiche im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr der Schweiz auf. Dabei legt sie zunächst eine umfassende rechtsvergleichende Untersuchung der Ausgestaltung dieses Rechtsinstituts in der Schweiz und in ihren Nachbarstaaten vor. Sie untersucht die gegenwärtige Rechtslage anhand der einschlägigen Staatsverträge sowie der autonomen Rechte der Schweiz und ihrer Nachbarstaaten. Die Autorin zeigt, dass der unsicheren Anerkennungs- und Vollstreckungsfähigkeit gerichtlicher Vergleiche *de lege lata* nur durch den Abschluss von Vergleichen in Urteilsform oder ähnlicher der *lex fori* des Errichtungsstaats bekannter prozessualer Streitverleiderungsformen begegnet werden kann. Dagegen sollte *de lege ferenda* nicht nur die Anerkennungs- und Vollstreckungsfähigkeit gerichtlicher Vergleiche nach staatsvertraglichem und autonomem Recht abgesichert werden, sondern vor allem auch eine vom äußeren Erscheinungsbild unabhängige und länderübergreifende Fortentwicklung des Prozessvergleichs hin zu einem echten Urteilssurrogat mit materieller Rechtskraft angestrebt werden.

Inhaltsübersicht

#### Teil I: Einführung

§ 1 Abgrenzung des Prozessvergleichs von anderen Formen konsensualer Streitbeilegung

§ 2 Einleitende historische und dogmatische Betrachtung des Prozessvergleichs

#### Teil II: Rechtsvergleichung

§ 3 Vorbereitender Überblick: Der gerichtliche Vergleich nach schweizerischem Recht



§ 4 Ausgestaltung des gerichtlichen Vergleichs in ausgewählten ausländischen Rechtsordnungen  
Teil III: Die Anerkennung und Vollstreckbarerklärung des Prozessvergleichs im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr der Schweiz  
§ 5 Der Begriff des Prozessvergleichs und seine Qualifikation im Internationalen Zivilprozessrecht  
§ 6 Die Anerkennungs- und Vollstreckungsfähigkeit des Prozessvergleichs im internationalen Verhältnis  
§ 7 Einzelne Anerkennungs- und Vollstreckungsvoraussetzungen, mögliche Versagungsgründe und Anfechtung des Prozessvergleichs im Exequaturverfahren  
Schluss

Schafft, Thomas

## Selektion von Rechtsmittelverfahren durch gesetzliche Zugangsbeschränkungen

Band 40  
2005. XIII, 247 Seiten.

ISBN 9783161487866  
fadengeheftete Broschur 44,00 €

Thomas Schafft untersucht, bei welchen Urteilen der Gesetzgeber für die unterlegene Partei ein Rechtsmittel in die nächste Instanz eröffnet bzw. eröffnen sollte. In jeder (deutschen) Verfahrensordnung gibt es insoweit Zugangsbeschränkungen wie z.B. Wertgrenzen oder die Forderung nach 'grundsätzlicher Bedeutung'. Die entsprechenden Regelungen in den diversen Prozessordnungen weisen aber mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten auf. Die Arbeit widmet sich der Suche nach der verfahrensübergreifenden *best practice* für die Ausgestaltung solcher Zugangsbeschränkungen. Der Autor untersucht den theoretischen Hintergrund und vergleicht die möglichen Lösungen für die Selektion von Rechtsmittelverfahren durch gesetzliche Zugangsbeschränkungen. Neben den unterschiedlichen deutschen Prozessordnungen bewertet er auch im Ausland gefundene Lösungen. Den Schwerpunkt bildet eine rechtspolitische Untersuchung auf Basis der ökonomischen Analyse des Rechts, die durch eine verfassungsrechtliche Bewertung der möglichen Lösungen ergänzt wird.

### Inhaltsübersicht

- A. Einleitung
    - I. Gesetzliche Zugangsbeschränkungen als Filter
    - II. Nachdenken über einheitliche Lösungen
    - III. Verhältnis zu anderen Entlastungsmaßnahmen
    - IV. Verwandte Literatur
    - V. Gang der Untersuchung
  - B. Verfahrensselektion durch Rechtsmittelführer
    - I. Das Phänomen überlasteter Rechtsmittelgerichte
    - II. Abwägung von Rechtsmittelkosten und Erfolgsaussichten
    - III. Staatliche Subvention der Verfahrenskosten
    - IV. Unterschiedliche Rechtsmittelziele von Partei und Gesetzgeber
    - V. Staatliche Zugangsbeschränkungen im Parteiinteresse?
  - C. Übersicht möglicher Zugangsbeschränkungen
    - I. Entscheidung durch wen?
    - II. Zeitpunkt der Entscheidung
    - III. Entscheidungskriterien
    - IV. Verhältnis von Regel und Ausnahme
    - V. Kombination von Beschränkungskonzepten
    - VI. Zugangsbeschränkungen im geltenden Recht
  - D. Verhältnis von Rechtsmittelzwecken und Zugangsbeschränkungen
    - I. Relevante Rechtsmittelzwecke
    - II. Nicht relevante Rechtsmittelzwecke
    - III. Richtigkeitsgewähr als Rechtsmittelzweck
    - IV. Politische Rechtsmittelzwecke
    - V. Rechtsmittel und Vergleichsbereitschaft
    - VI. Ergebnis der rechtspolitischen Erwägungen
  - E. Verfassungsrechtliche Vorgaben
    - I. Notwendige Rechtsmittelmöglichkeit
    - II. Unzulässige Zugangskriterien
    - III. Aufwandsbezogene Gerichtskosten für Rechtsmittelverfahren
    - IV. Ergebnis der verfassungsrechtlichen Erwägungen
  - F. Zusammenfassung
    - I. Allgemeines
    - II. Zugang zur Mittelinstanz
    - III. Zugang zu obersten Bundesgerichten
- Literaturverzeichnis  
Sachregister

Kofmel Ehrenzeller, Sabine

## Der vorläufige Rechtsschutz im internationalen Verhältnis

### Grundlagen

Band 39  
2005. XL, 606 Seiten.

ISBN 9783161485282  
fadengeheftete Broschur 104,00 €

Die Internationalisierung der Lebenssachverhalte verlangt eine internationale Harmonisierung des grenzüberschreitenden vorläufigen Rechtsschutzes in Zivilsachen. Sabine Köfmel Ehrenzeller erarbeitet dazu die Grundlagen. Sie zeigt auf, dass die Garantie eines effektiven Rechtsschutzes im Gebiet des vorläufigen Rechtsschutzes die primäre Rolle spielt und menschenrechtlicher Natur ist. Die staatliche Souveränität steht dieser Garantie nur scheinbar entgegen. Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Grundpfeiler des grenzüberschreitenden vorläufigen Rechtsschutzes aus einem Katalog von menschenrechtlichen Minimalgarantien bestehen. Diese Erkenntnis fördert die internationale Harmonisierung des vorläufigen Rechtsschutzes in dreifacher Hinsicht: erstens erlaubt sie eine einheitliche Argumentation bei der Auslegung einschlägigen autonomen Rechts, beispielsweise der deutschen Zivilprozessordnung. Zweitens liefert sie eine einheitliche Argumentation bei der Auslegung oder sogar Ergänzung einschlägigen Staatsvertrags- oder Gemeinschaftsrechts, etwa des Lugano-Übereinkommens oder der Brüssel-I-Verordnung. Und schließlich erlaubt sie, die derzeitigen Projekte einer weltweiten Harmonisierung des grenzüberschreitenden vorläufigen Rechtsschutzes, allen voran den Entwurf für ein Haager Zuständigkeits- und Vollstreckungsübereinkommen, kritisch zu würdigen.

Mossler, Sven

## Beschleunigter Rechtsschutz für Zahlungsgläubiger in Europa

Eine rechtsvergleichende Untersuchung zur vorweggenommenen Befriedigung bei Anhängigkeit der Hauptsache

Band 38  
2004. XIV, 220 Seiten.

ISBN 9783161484629  
fadengeheftete Broschur 69,00 €

Eine gute Justizgewährung erfordert nicht nur gerechte Ergebnisse, sondern auch schnelle Entscheidungen. Das Problem überlanger Verfahrensdauer der Zivilprozesse stellt sich zwar nicht in allen Rechtsordnungen in gleicher Weise: In Deutschland kommen ca. 90% aller Zivilverfahren innerhalb eines Jahres zum Abschluß, in Italien dagegen nur 11% und in England nur 51%. Dennoch kann es auch in Deutschland – insbesondere in Bau- oder Schadensersatzprozessen – dazu kommen, daß der Kläger mehrere Jahre warten muß, bis er einen vollstreckbaren Titel erhält, denn der Richter hat nach geltendem Recht keine Handhabe, dem Kläger eine (unter Umständen teilweise) vorweggenommene Befriedigung seines Anspruchs zu verschaffen. Die Nachteile und Gefahren des Zeitablaufs, die im schlimmsten Fall zu seiner Insolvenz führen können, in jedem Fall aber seine Liquidität einschränken, trägt also in Deutschland alleine der Kläger. Die Gewährung von Verzugszinsen und -schadensersatz schafft hier nur begrenzt Abhilfe. Sven Mossler plädiert vor diesem Hintergrund dafür, nach dem Vorbild der Prozeßsysteme Italiens (»provvedimenti anticipatori di condanna«), Frankreichs (»référé-provision«) und Englands (»interim payment order«) ein Institut zur vorweggenommenen Befriedigung eines Zahlungsklägers bei Anhängigkeit der Hauptsache zu schaffen und formuliert einen konkreten Gesetzgebungsvorschlag.

Reichenbach, Sandy Bernd

## § 1004 BGB als Grundlage von Beweisverboten

Zur Verwertbarkeit persönlichkeitsrechtsbeeinträchtigender Beweismittel im Zivilprozess

Band 37  
2004. XIII, 252 Seiten.

ISBN 9783161484827  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Sandy Bernd Reichenbach setzt sich mit der aktuellen Diskussion um die Zulässigkeit rechtswidrig erlangter Beweismittel auseinander. Die Verwertbarkeit heimlicher Ton- und Bildaufnahmen, so genannter Lauschzeugen und anderer rechtswidrig erlangter Beweismittel ist mangels besonderer gesetzlicher Regelung nach wie vor streitig. Verbreitet leitet man ihre Unzulässigkeit aus einer einzelfallbezogenen verfassungsrechtlichen Interessenabwägung ab. Dabei wird allerdings der Anwendungsvorrang des einfachen Gesetzesrechts verkannt. Außerdem stellt die Verwendung persönlichkeitsrechtsbeeinträchtigender Beweismittel im Zivilprozess keine hoheitliche, sondern eine privatautonome Beeinträchtigung des Beweisgegners durch den Beweisführer dar. Ihre Unzulässigkeit kann sich daher allein aus dem zivilrechtlichen Unterlassungsanspruch (§ 1004 BGB) ergeben. Das Zivilprozessrecht steht einem Rückgriff auf dieses zivilrechtliche Instrumentarium nicht entgegen. Die drohende Beeinträchtigung des Beweisgegners (§ 1004 Abs. 1 BGB) folgt aus dem bevorstehenden Eingriff in sein Persönlichkeitsrecht, ohne dass es dafür einer Interessenabwägung bedarf (§ 823 Abs. 2 BGB i. V. m. § 201 StGB bzw. § 22 KUG sowie § 823 Abs. 1 BGB). Der Beweisgegner ist nicht zur Duldung der Beeinträchtigung verpflichtet (§ 1004 Abs. 2 BGB). Der Beweisführer kann das schlüssig darlegbare Notwehrrecht gegen ein betrügerisches Prozeßverhalten seines Gegners nicht beweisen. Macht dieser den Unterlassungsanspruch im Wege der Beweiseinrede geltend, ist die persönlichkeitsrechtsbeeinträchtigende Beweisführung unzulässig, ohne dass darin eine Beweisvereitelung zu sehen wäre. Aus einem Verstoß gegen ein solches Beweiserhebungsverbot folgt allerdings kein Beweisverwertungsverbot.

Scheuermann, Isabel

## Internationales Zivilverfahrensrecht bei Verträgen im Internet

Eine rechtsvergleichende Untersuchung des deutschen, europäischen und US-amerikanischen Zuständigkeitsrechts sowie der Anerkennung und Vollstreckung von Gerichtsentscheidungen im deutsch-amerikanischen Rechtsverkehr

Band 36  
2004. XXIII, 305 Seiten.

ISBN 9783161482885  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Das Internet ist die ideale Plattform für einen globalen Wirtschafts- und Kommunikationsverkehr. Vertragliche Beziehungen können mittlerweile durch wenige Mausclicks mit Vertragspartnern auf der ganzen Welt geknüpft werden. Isabel Scheuermann geht der Frage nach, welche Auswirkungen die Vertragsanbahnung und der Vertragsschluß über das Internet auf die internationale Gerichtszuständigkeit und die spätere Anerkennung und Vollstreckung von Gerichtsentscheidungen haben. Dazu stellt sie das deutsche und europäische Zuständigkeitsrecht (EuGVO) dem US-amerikanischen Recht rechtsvergleichend gegenüber. Hierbei kann auf eine Fülle von US-Rechtsprechung zu diesem Problemkreis zurückgegriffen werden, während in Europa die Frage der internationalen Zuständigkeit bei Verträgen im Internet noch kaum Gegenstand von Gerichtsurteilen war. Die strukturell unterschiedliche Herangehensweise des amerikanischen und deutschen Rechts tritt besonders deutlich bei der Anerkennung und Vollstreckung von Gerichtsentscheidungen hervor. Anhand anschaulicher Fallbeispiele, die zum Teil auf Originalfällen aus der US-Rechtsprechung beruhen, verdeutlicht die Autorin die Anwendung der Erkenntnisse in der Praxis.

Kwaschik, Annett

## Die Parteivernehmung und der Grundsatz der Waffengleichheit im Zivilprozeß

### Zugleich ein Beitrag zur Konkretisierung von Rechtsprinzipien

Band 35  
2004. XXI, 345 Seiten.

ISBN 9783161482588  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Annett Kwaschik widmet sich der Frage, ob die restriktiven Regelungen zur Parteivernehmung im Hinblick auf die der ZPO zugrunde liegenden Verfahrensprinzipien noch begründbar sind. Ihren Ausgangspunkt bildet die Diskussion um die Behandlung der »Vieraugenkonstellationen« im deutschen Zivilprozess als Reaktion auf den vom EGMR entschiedenen Fall *Dombo Beheer*. Der Grundsatz der Waffengleichheit wird hier als Argument für ein kompensatorisches Eingreifen der Gerichte in den »Vieraugenkonstellationen« herangezogen. Die Autorin legt deshalb ein besonderes Augenmerk auf die Frage, ob auch das Waffengleichheitsprinzip – neben anderen Verfahrensgrundsätzen – ein tragfähiges Argument zum einen für eine veränderte Anwendung der §§ 445 ff. ZPO durch die Rechtsprechung und zum anderen für eine Änderung der gesetzlichen Ausgestaltung der Parteivernehmung ist. Neben der kritischen Würdigung des Parteivernehmungsrechts bemüht sich die Autorin daher zugleich um eine Konkretisierung des Prinzips der Waffengleichheit und um eine Bestimmung seiner Anwendungsweise.

McGuire, Mary-Rose

## Verfahrenskoordination und Verjährungsunterbrechung im Europäischen Prozessrecht

Band 34  
2004. XX, 424 Seiten.

ISBN 9783161482878  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Mary-Rose McGuire befasst sich mit der Verjährungsproblematik, die sich bei zivilrechtlichen Rechtsstreitigkeiten mit grenzüberschreitendem Bezug in Folge der Rechtshängigkeitssperre des Art. 27 EuGVVO bzw. Art. 21 LGVÜ ergeben kann. Die Untersuchung der Rechtshängigkeitsregel zeigt, dass das Europäische Prozessrecht Parallelverfahren vor Gerichten mehrerer Mitgliedstaaten grundsätzlich ausschließt, ohne für den Fall Vorsorge zu treffen, dass das allein zulässige Erstverfahren das Rechtsschutzbedürfnis des Klägers nicht erfüllt. Wird in Folge ein sukzessives Verfahren in einem anderen Mitgliedstaat erforderlich, so erlangt die Frage, ob das fehlgeschlagene Erstverfahren zumindest die Verjährung unterbrochen hat, überragende Bedeutung. Ein Vergleich der verjährungsrechtlichen Regelungen des deutschen, englischen, österreichischen und schweizerischen Rechts zeigt, dass diese Frage höchst unterschiedlich beantwortet wird. Daraus entsteht an der Schnittstelle zwischen Europäischem Prozessrecht und nationalem Recht ein Rechtsschutzdefizit, das unmittelbare Folge des Zusammenspiels zwischen der Europäischen Rechtshängigkeitssperre und dem Europäischen Anerkennungsrecht ist, und entsprechend auch auf dieser Ebene einer Lösung zugeführt werden muss. Die Autorin untersucht die Lösungsmodelle, die die vier untersuchten nationalen Rechtsordnungen für vergleichbare innerstaatliche Konstellationen aufweisen, und erarbeitet auf dieser Grundlage abschließend einen Vorschlag für eine Regelung im Rahmen des Europäischen Prozessrechts.

Timmerbeil, Sven

## Witness Coaching und Adversary System

### Der Einfluss der Parteien und ihrer Prozessbevollmächtigten auf Zeugen und Sachverständige im deutschen und U.S.-amerikanischen Zivilprozess

Band 33  
2004. XXI, 227 Seiten.

ISBN 9783161482892  
fadengeheftete Broschur 64,00 €

Deutsche Juristen begegnen dem U.S.-amerikanischen Zivilprozess nicht selten mit Unverständnis. Dies gilt auch im Hinblick auf die in den U.S.A. übliche intensive Vorbereitung von Zeugen und Sachverständigen auf ihre Aussage. Unter besonderer Berücksichtigung des anwaltlichen Ständerechts untersucht Sven Timmerbeil die Möglichkeiten, Gefahren und Grenzen der Vorbereitung von Zeugen und Sachverständigen im deutschen und U.S.-amerikanischen Zivilprozess. Er legt dar, dass die Ausrichtung als ein von den Parteien gesteuertes Verfahren in den U.S.A. (sog. *adversary system*) *witness coaching* unabdingbar macht, will man das Ziel der Wahrheitsfindung erreichen. Gleichzeitig werden Lücken im deutschen Anwaltsrecht im Hinblick auf Zeugenvorbereitungen aufgedeckt, die durch die Neuordnung in den 90er Jahren entstanden sind. Neben der Thematik der Zeugenvorbereitung, mit der sich dieses Buch erstmals in deutscher Sprache näher auseinandersetzt, vermittelt es auch ein Verständnis für die unterschiedlichen Zivilprozesskulturen in Deutschland und in den U.S.A.



Gärditz, Klaus Ferdinand

## Strafprozess und Prävention

### Entwurf einer verfassungsrechtlichen Zuständigkeit- und Funktionenordnung

Band 31  
2003. XV, 475 Seiten.

ISBN 9783161479656  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Die 'sicherheitsrelevanten' Rechtsgebiete des Strafprozeß-, Polizei- und Nachrichtendienstrechts befinden sich in einem permanenten Wandel und sind in komplexer Weise miteinander verknüpft. Dabei verschwimmen die Konturen zunehmend, die Abgrenzung sowie eine Orientierung an hergebrachten Kategorien und Funktionalitäten stellt sich als immer schwieriger dar.

Klaus Gärditz untersucht die staatsorganisationsrechtlichen Rahmenbedingungen, die – teils anders als klassisch grundrechtliche Positionen – abwägungsfeste Strukturentscheidungen enthalten und den derzeitigen Konvergenzerscheinungen verlässliche Grenzen aufzeigen. Ausgehend von grundsätzlichen Funktionalitätsunterschieden zwischen Strafprozeß und Prävention befaßt er sich zunächst mit den abstrakt-gewaltenteilungsrechtlichen Zuordnungsverhältnissen. Dabei können die perspektivischen Differenzen von Prävention und Strafverfolgung nicht ohne Folgen für ihre staatsrechtliche Behandlung bleiben. Der Strafprozeß als Reaktion auf einen Tatverdacht bleibt streng retrospektiv auf die Aufklärung eines historischen Ereignisses fixiert. Präventive Konzepte nehmen dagegen soziale Konflikte allenfalls zum bloßen Anlaß für zukunftsgerichtete Interventionsmaßnahmen.

Einen Schwerpunkt der Untersuchung stellt die bundesstaatliche Kompetenzordnung dar. Die teilweise facettenreiche Aufgliederung der Zuständigkeiten des Bundes und der Länder für 'sicherheitsrelevante' Gesetzgebung, Verwaltung und Strafjustiz wird umfassend beleuchtet. Das Ziel bleibt dabei stets die Entwicklung eines allgemeinen und weitgehend abstrakten staatsorganisationsrechtlichen Grundgerüsts, wobei auch auf die Beantwortung wichtiger Detailfragen nicht verzichtet wird.

Ziegert, Kathrin

## Die Interventionswirkung

Band 30  
2003. XVI, 302 Seiten.

ISBN 9783161479144  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Die ZPO stellt mit der Nebenintervention und der Streitverkündung zwei Institute zur Verfügung, mit denen Dritte in einen laufenden Rechtsstreit einbezogen werden können. Während die Voraussetzungen dieser Drittbeteiligungsinstitute mehrfach ausführlich untersucht wurden, ist ihre Auswirkung auf den Folgeprozeß, die in § 68 ZPO geregelte Interventionswirkung, selten umfassend behandelt worden.

Kathrin Ziegert präsentiert eine moderne Interpretation des § 68 ZPO, die den Bestrebungen des Gesetzgebers, das Zivilverfahrensrecht effizienter zu gestalten, Rechnung trägt. Sie geht von der Erkenntnis aus, daß die Interventionswirkung in erster Linie eine Präklusionswirkung ist, deren grundsätzlicher Umfang sich nicht allein aus § 68 Hs. 1 ZPO, sondern aus beiden Halbsätzen des § 68 ZPO ergibt.

Nach einer ausführlichen Analyse der Voraussetzungen dieser Entscheidungswirkung wird im Kernstück der Arbeit anhand anschaulicher Beispielfälle detailliert ihre Reichweite in objektiver und subjektiver Hinsicht bestimmt. Daran schließt sich die Darstellung ihrer Berücksichtigung im Folgeprozeß, insbesondere im Berufungs-, Revisions- und Wiederaufnahmeverfahren an. Abschließend geht die Verfasserin der Frage nach, inwieweit die Regeln der Drittbeteiligung und ihre Folgen auch im selbständigen Beweisverfahren Anwendung finden.

Kohler, Marius

## Die Entwicklung des schwedischen Zivilprozeßrechts

### Eine rezeptionshistorische Strukturanalyse der Grundlagen des modernen schwedischen Verfahrensrechts

Band 29  
2002. XXII, 598 Seiten.

ISBN 9783161478536  
fadengeheftete Broschur 109,00 €

Weit verbreitet ist in der Forschungsliteratur der Glaube, das schwedische Recht habe sich unter nur geringer Beeinflussung durch die ausländischen Rechtsordnungen weitgehend autochthon entwickelt. Marius Kohler widerlegt die Stichhaltigkeit dieser These für das Gebiet des schwedischen Zivilprozeßrechts.

Er vollzieht annähernd siebenhundert Jahre schwedischer Verfahrensgeschichte nach, ausgehend von den ersten schriftlichen Überlieferungen des 13. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Marius Kohler kommt zu dem Ergebnis, daß das schwedische Prozeßrecht vom Beginn seiner Entwicklung unter dem nachhaltigen Einfluß ausländischen Rechts stand: Erhielt es im Verlauf des Mittelalters und der Neuzeit starke Impulse von Seiten des kanonischen und des sogenannten gemeinen deutschen Reichsrechts, so erfuhr es in der Heranbildung seines modernen Verfahrens eine deutliche Prägung durch das deutsche und österreichische sowie – in geringerem Umfang – durch das französische und englische Zivilprozeßrecht. Seit dem 2. Weltkrieg ist das schwedische Verfahrensrecht dagegen einer verstärkten Einflußnahme durch das anglo-amerikanische Recht ausgesetzt.

Marius Kohler geht auch den Auswirkungen der Mitgliedschaft Schwedens in der EU nach und untersucht, inwieweit der sich seit einigen Jahren abzeichnende Funktionswandel schwedischer Gerichte von Verwaltungsbehörden *sui generis* zu unabhängigen Garanten individueller Verbraucherinteressen eine Folge des Einflusses des supranationalen Rechts der Gemeinschaft ist.

Reischl, Klaus

## Die objektiven Grenzen der Rechtskraft im Zivilprozeß



Band 28  
2002. XXIII, 328 Seiten.  
ISBN 9783161477928  
fadengeheftete Broschur 74,00 €

Die Reichweite der Rechtskraft von Zivilurteilen ist eine seit Jahrhunderten kontrovers diskutierte Grundfrage des Prozeßrechts. Seit der historische Gesetzgeber der ZPO in § 322 eine Regelung getroffen hat, ist man sich zumindest darüber einig, daß die objektiven Rechtskraftgrenzen eng zu ziehen sind. Diese Annahme wird auf die These gestützt, daß die Gesetzesverfasser mit der Regelung des § 322 ZPO der im 19. Jahrhundert von Savigny begründeten und umstrittenen Theorie von der Rechtskraft der Urteilelemente eine klare Absage erteilen wollten. Klaus Reischl untersucht dieses Dogma umfassend und kommt zu dem Ergebnis, daß die Regelung des § 322 ZPO gründlich mißverstanden wird. Sie enthält keineswegs die allseits herausgelesene Ablehnung der Rechtskraft der Entscheidungsgründe, sondern im Prinzip geradezu umgekehrt deren Annahme. Klaus Reischl arbeitet die historischen und dogmatischen Entwicklungsstufen der Rechtskraftfunktion heraus und analysiert auf dieser Grundlage eingehend den Normgehalt des § 322 ZPO. Er zeigt auf, wie es dazu gekommen ist, daß man sie heute falsch interpretiert und korrigiert diese Fehlinterpretation, indem er eine Lesart anbietet, die sowohl das prozessuale Verständnis der Urteilswirkungen als auch die Urteilsstruktur berücksichtigt.

Toepel, Friedrich

## Grundstrukturen des Sachverständigenbeweises im Strafprozeßrecht

Band 27  
2002. XVI, 453 Seiten.  
ISBN 9783161476563  
Leinen 104,00 €

Welche Funktion hat der Sachverständige nach geltendem Recht? Friedrich Toepel beantwortet diese Frage davon ausgehend, daß der Sachverständige nur ein Beweismittel für das Gericht ist. Seine Funktion kann durch die Verschachtelung von insgesamt drei Funktionen erklärt werden: der Funktion des Rechtssystems für die Gesellschaft, der des Gerichts für das Rechtssystem und der des Sachverständigen für das Gericht. Das Rechtssystem stabilisiert die Verhaltenserwartungen der Gesellschaft, und das Gericht stabilisiert durch seine Autorität das Rechtssystem, damit dieses seiner Funktion für die Gesellschaft gerecht werden kann. Der Sachverständige wiederum instruiert das Gericht bei der Sachverhaltserforschung, damit es seine Funktion im Rechtssystem wahrnehmen kann. Er instruiert nur, darf aber nicht in die Autorität des Gerichts eingreifen. In diesem Zusammenhang prüft Friedrich Toepel, welche Kontrollmöglichkeiten Staatsanwaltschaft und Beschuldigter haben und weist insbesondere auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hin, die die Verteidiger in Deutschland bisher nicht genügend ausschöpfen. Ein Hauptproblem für die Verwertung des Sachverständigengutachtens ergibt sich, wenn die Maßstäbe im Rahmen der Beweiswürdigung vage sind. Dann ist das Gericht zwar einerseits verstärkt der Beeinflussung des Sachverständigen ausgesetzt, kann aber andererseits auch in gewissem Rahmen von dessen Gutachten abweichend entscheiden. Friedrich Toepel versucht, die Grenzen aufzuspüren, innerhalb derer der Sachverständigenbeweis stattfinden darf, ohne daß der Sachverständige eine Rolle einnimmt, die ihm nach geltendem Recht nicht zukommt.

Kleinheisterkamp, Thomas

## Prozeßführung über gepfändete Geldforderungen

Band 25  
2001. XI, 167 Seiten.  
ISBN 9783161475238  
fadengeheftete Broschur 49,00 €

Gegenstand der Forderungsvollstreckung ist die angebliche Forderung des Schuldners gegen den Drittschuldner. Erfüllt der Drittschuldner seine vermeintliche Leistungspflicht nicht, dann fragt sich, wer zur Prozeßführung gegen ihn befugt ist und welche Wirkungen die Prozeßführung hat. Die herrschende Dogmatik zu dieser Frage schreibt historisch überholte Grundlagen fort. Die Erklärung der materiellen Rechtsfolgen der Vollstreckung beruht auf einer Materialisierung des Aktionendenkens, und die hieraus abgeleiteten prozessualen Konsequenzen sind noch von der Geltung des materiellen Parteibegriffs beeinflusst. Das ist dogmatisch unbefriedigend und führt zu einer prozessualen Benachteiligung des Drittschuldners. Thomas Kleinheisterkamp bestimmt die prozessualen Folgen der Forderungsvollstreckung grundlegend neu. Ausgehend von einer dogmatischen Einordnung der »Berechtigung zur Einziehung« der Forderung (§ 836 Abs. 1 ZPO) entwickelt er ein in sich geschlossenes System, das den Schutz des Drittschuldners in den Vordergrund stellt, ohne schutzwürdige Interessen des Vollstreckungsgläubigers und des Vollstreckungsschuldners zu vernachlässigen.

Görtz-Leible, Monika

## Die Beschlagnahmeverbote des § 97 Abs.1 StPO im Lichte der Zeugnisverweigerungsrechte

Band 24  
2000. XVI, 357 Seiten.  
ISBN 9783161473234  
fadengeheftete Broschur 54,00 €

Über Gegenstand und Reichweite der Beschlagnahmeverbote wird in Wissenschaft und Rechtsprechung lebhaft gestritten. Nicht einmal über grundlegende Fragen konnte bislang eine Einigung erzielt werden. Das liegt zum einen daran, daß die bisherige Diskussion überproportional durch eine Einzelbetrachtung spezifischer Gruppeninteressen geprägt ist. Zum anderen ist die Debatte zu sehr auf das Verhältnis zwischen dem Interesse an der Wahrheitsforschung einerseits und dem individuellen Geheimhaltungsinteresse andererseits verengt. Vor allem in der Wissenschaft wird seit geraumer Zeit zur Konkretisierung von Inhalt und Grenzen der Beschlagnahmeverbote zunehmend auf den Schutz des Beschuldigten vor einer erzwungenen Selbstbelastung sowie auf das allgemeine Persönlichkeitsrecht zurückgegriffen. Auf der Grundlage der Zeugnisverweigerungsrechte arbeitet Monika Görtz-Leible den Inhalt und die Grenzen des § 97 StPO heraus und fügt diese in einem in sich schlüssigen System zusammen. Dabei stellt sie die notwendigen Bezüge zum Verfassungsrecht her und zeigt das Verhältnis der §§ 94, 95 und 97 StPO untereinander sowie zu den Zeugnisverweigerungsrechten auf. Auf dieser Grundlage können bislang strittige Fragen gelöst werden. Die gesetzgeberische Konzeption der Beschlagnahmeverbote und Zeugnisverweigerungsrechte ist nach Ansicht der Autorin im wesentlichen in sich schlüssig und konsequent. Deshalb sieht sie keinen grundlegenden Bedarf zur Reform des § 97 Abs. 1 StPO.

Rott, Thilo

## Vereinheitlichung des Rechts der Mobiliarsicherheiten

Möglichkeiten und Grenzen im Kollisions-, Europa-, Sach- und Vollstreckungsrecht unter Berücksichtigung des US-amerikanischen Systems der Kreditsicherheiten

Band 23  
2000. XXVIII, 244 Seiten.

ISBN 9783161473227  
fadengeheftete Broschur 49,00 €

Die Wirksamkeit von Kreditsicherungsrechten hängt in den europäischen Staaten von unterschiedlichen Voraussetzungen ab. Dies stellt ein Hindernis für die grenzüberschreitende Beständigkeit von Sicherungsrechten an Mobilien dar. Thilo Rott untersucht kollisionsrechtliche Vorschläge zur Vereinheitlichung sowie die kreditsicherungsrechtliche Bedeutung der Grundfreiheiten des EG-Vertrags. Mit Blick auf den U.S.-amerikanischen Vereinheitlichungsprozeß analysiert er die Vorschläge verschiedener internationaler Organisationen für ein einheitliches Sicherungsrecht am Vorbild des *security interest* des Art. 9 Uniform Commercial Code (UCC). Im Mittelpunkt stehen dabei die materielle Ausgestaltung des Kreditsicherungsrechts und die jeweiligen Vereinheitlichungskonzeptionen, die den Vorschlägen zugrundeliegen. Es zeigt sich, daß die derzeitigen Vorschläge wegen ihrer beschränkten Reichweite in einen unauflösbaren Konflikt zu den verbleibenden nationalen Regelungen geraten. Thilo Rott formuliert vor dem Hintergrund des Vereinheitlichungsprozesses in den USA eigene Vorschläge zur materiellen Ausgestaltung eines Einheitssicherungsrechts und bestimmt dessen Verhältnis zu den nationalen Sicherungsrechten. Als Reaktion auf die materielle Ausgestaltung des Einheitsrechts tritt er abschließend für die Aufnahme eines neuen Pfändungsaktes im deutschen Einzelvollstreckungsrecht ein.

Jacoby, Florian

## Der Musterprozeßvertrag

Die gewillkürte Bindung an gerichtliche Entscheidungen

Band 22  
2000. XIV, 267 Seiten.

ISBN 9783161472855  
fadengeheftete Broschur 49,00 €

Der Musterprozeßvertrag bereinigt Streit oder Ungewißheit über ein Rechtsverhältnis durch den Verweis auf ein Musterverfahren. Diese Art der Konfliktlösung verbindet die Vorteile eines gerichtlichen Verfahrens, einen Streit durch ein unabhängiges Gericht zu entscheiden, mit den Vorteilen einer vertraglichen Streitbereinigung, den Streit nicht eskalieren zu lassen, sondern sich zur Bereinigung des Streits aufeinander zuzubewegen. Florian Jacoby untersucht den Musterprozeßvertrag von Grund auf. Dabei unterscheidet er zwischen drei Bestandteilen des Vertrages. Durch die Bindungsabrede erreichen die Parteien die Verbindlichkeit der Entscheidung des Musterverfahrens für ihre Auseinandersetzung. Mit der Stillhalteabrede treffen die Vertragsparteien prozessuale und materielle Regelungen, um ihre Rechtsbeziehungen zusätzlich zur Bindung an die Musterentscheidung zu bestimmen. Und die Verfahrensabreden stellen prozessuale Vereinbarungen dar, mit denen die Vertragsparteien auf den Musterprozeß Einfluß nehmen wollen. Florian Jacoby untersucht ausführlich Rechtsnatur, Voraussetzungen und Wirkungen der einzelnen Abreden. Zusätzlich nimmt er ausführlich zur Dogmatik der Feststellungsverträge Stellung und erörtert die Diskussion über die Dogmatik der Prozeßverträge. Auch die Urteilswirkungen Rechtskraft und Interventionswirkung sowie die Tatbestandswirkung überprüft er gesondert, um die vertraglichen Bindungswirkungen von den bekannten gesetzlichen Bindungswirkungen abzugrenzen.

Oepen, Klaus

## Massefremde Masse

Die Erstreckung von Insolvenzverfahren auf Forderungen von Insolvenz- oder Massegläubigern gegen zusätzliche Schuldner

Band 21  
1999. XIV, 208 Seiten.

ISBN 9783161470813  
fadengeheftete Broschur 49,00 €

Klaus Oepen untersucht alle Regelungen, in denen angeordnet ist, daß sich Insolvenzverfahren auf Gläubigerforderungen gegen zusätzliche Schuldner erstrecken. Dies sind Regelungen, die dem Insolvenzverwalter die alleinige Einzugskompetenz zusprechen, und Regelungen über die Auswirkungen von Insolvenzplänen. Das behandelte Phänomen ist nicht nur rechtsdogmatisch interessant, sondern hat auch große praktische Bedeutung. So wird beispielsweise die persönliche Gesellschafterhaftung sowohl durch einen Einzugsvorbehalt (§ 93 InsO) als auch durch eine Planerstreckungsregel (§ 227 Abs. 2 InsO) in das Insolvenzverfahren über das Gesellschaftsvermögen einbezogen. Für beide Typen von Erstreckungsnormen untersucht Klaus Oepen, welche Rechtsfolgen sie im einzelnen implizieren, und diskutiert außerdem, inwieweit teleologische Reduktionen und Analogien angebracht erscheinen.

Die Rechtsfolgenseite birgt insbesondere bei den Einzugsvorbehalten zahlreiche Fragen wie etwa: Welche Befugnisse bleiben den Gläubigern? Inwieweit wird die Rechtsstellung des Forderungsschuldners beschränkt, obwohl er nicht Insolvenzschuldner ist?

Der Autor beantwortet diese Fragen anhand eines von ihm selbst für alle Einzugsvorbehalte entwickelten Grundkonzepts.

Bertele, Joachim

## Souveränität und Verfahrensrecht

Eine Untersuchung der aus dem Völkerrecht ableitbaren Grenzen staatlicher extraterritorialer Jurisdiktion im Verfahrensrecht

Band 20  
1998. XX, 660 Seiten.  
ISBN 9783161470486  
fadengeheftete Broschur 94,00 €

Seit vielen Jahren schwelt zwischen den USA und Europa ein Justizkonflikt, der neben der Frage extraterritorialer Anwendung des materiellen Rechts auch immer die Reichweite des nationalen Verfahrensrechts betrifft. Joachim Bertele legt den Schwerpunkt seiner Untersuchung auf das Zivilverfahren, geht aber auch auf Besonderheiten im Straf- und Verwaltungsverfahren ein. Mit Hilfe des Völkerrechts untersucht er das Zivilverfahren von der Internationalen Zuständigkeit bis zur Vollstreckung. Sein Ausgangspunkt ist der Souveränitätsbegriff, auf den das Völkerrecht aufbaut. Das Völkerrecht ist kein Vernunftrecht, und die Freiheit des einen Staates begrenzt rechtlich gesehen nicht automatisch die Freiheit des anderen Staates. Man muß von einer ursprünglichen vorrechtlichen Freiheit der Staaten untereinander ausgehen, die diese erst nach und nach in eine gegenseitige gesicherte, aber begrenzte Freiheit umwandeln. Um die völkerrechtlichen Grenzen klar zu definieren, untersucht der Autor die Staatenpraxis und überprüft tatsächliche und vermeintliche völkerrechtliche Gebote und allgemeine Rechtsgrundsätze auf ihre völkerrechtliche Verbindlichkeit. Auf der so gewonnenen Grundlage werden die Verfahrensrechte der USA, Englands und Deutschlands in ihrer extraterritorial wirkenden Dimension dargestellt und an den erarbeiteten völkerrechtlichen Maßstäben gemessen. Die angloamerikanische Discovery-Praxis wird ebenso eingehend behandelt wie die englischen Mareva Injunctions oder Anton Piller Orders. So entsteht eine in sich stimmige und geschlossene völkerrechtliche Beurteilung der behandelten Verfahrensrechte.

Band 19  
1998. XL, 926 Seiten.  
ISBN 9783161468872  
Leinen 199,00 €

Otte, Karsten

## Umfassende Streitentscheidung durch Beachtung von Sachzusammenhängen

Gerechtigkeit durch Verfahrensabstimmung?

Band 18  
1998. XXVI, 444 Seiten.  
ISBN 9783161469923  
fadengeheftete Broschur 59,00 €

Städtler, Hans J.

## Grundpfandrechte in der Insolvenz

Eine rechtsvergleichende Untersuchung der Effektivität von Grundpfandrechten in der Insolvenz des Schuldners in Deutschland und Frankreich

Band 17  
1998. XX, 328 Seiten.  
ISBN 9783161468889  
fadengeheftete Broschur 54,00 €

Riepl, Frank

## Informationelle Selbstbestimmung im Strafverfahren

Band 16  
1997. XXII, 323 Seiten.  
ISBN 9783161467929  
fadengeheftete Broschur 54,00 €

Bruns, Alexander

## Informationsansprüche im Medienpersönlichkeitsrecht

Band 15  
1996. XVII, 181 Seiten.  
ISBN 9783161466106  
fadengeheftete Broschur 79,00 €

Hauck, Gerswith

## »Schiedshängigkeit« und Verjährungsunterbrechung nach § 220 BGB

Unter besonderer Berücksichtigung des Verfahrens nach ZPO, ICC-SchO, UNICITRAL-SchO und ZPO-E/UNICITRAL-MG

Band 14  
1996. XV, 163 Seiten.  
ISBN 9783161465796  
fadengeheftete Broschur 54,00 €

Koshiyama, Kazuhiro

## Rechtskraftwirkungen und Urteilsanerkennung nach amerikanischem, deutschem und japanischem Recht



Band 13  
1995. XVIII, 167 Seiten.  
ISBN 9783161464515  
fadengeheftete Broschur 49,00 €

Koch, Birgit

## Rechtsschutz durch Gegendarstellung in Frankreich und Deutschland

Band 12  
1994. XI, 188 Seiten.  
ISBN 9783161463402  
fadengeheftete Broschur 54,00 €

Miras, Antonio

## Die Entwicklung des spanischen Zivilprozeßrechts

Von den Anfängen bis zur Gegenwart

Band 10  
1994. XIX, 295 Seiten.  
ISBN 9783161462061  
Leinen 94,00 €

Krause, Rainer

## Urteilswirkungen gegenüber Dritten im US-amerikanischen Zivilprozeßrecht

Eine rechtsvergleichende Untersuchung zu den subjektiven Grenzen der Rechtskraft

Band 9  
1993. XII, 154 Seiten.  
ISBN 9783161461064  
fadengeheftete Broschur 49,00 €

Lames, Peter

## Rechtsfortbildung als Prozeßzweck

Zur Dogmatik des Zivilverfahrensrechts

Band 7  
1992. XI, 107 Seiten.  
ISBN 9783161459870  
fadengeheftete Broschur 39,00 €

Müller, Henning E

## Behördliche Geheimhaltung und Entlastungsvorbringen des Angeklagten

Band 6  
1992. VIII, 107 Seiten.  
ISBN 9783161459863  
fadengeheftete Broschur 44,00 €

Marotzke, Wolfgang

## Von der schutzgesetzlichen Unterlassungsklage zur Verbandsklage

Band 5  
1991. XV, 229 Seiten.  
ISBN 9783161456855  
fadengeheftete Broschur 44,00 €

Bosch, Wolfgang

## Rechtskraft und Rechtshängigkeit im Schiedsverfahren

Band 4  
1989. VII, 98 Seiten.  
ISBN 9783166455242  
fadengeheftete Broschur 39,00 €

Bohnert, Joachim

## Ordnungswidrigkeiten und Jugendrecht

Eine Zusammenstellung

Band 3  
1989. XXIV, 421 Seiten.

ISBN 9783166454580  
fadengeheftete Broschur 89,00 €

Stadler, Astrid

## Der Schutz des Unternehmensgeheimnisses im deutschen und U.S.- amerikanischen Zivilprozeß und im Rechtshilfeverfahren

Band 1  
1982. XI, 103 Seiten.

ISBN 9783166445304  
Festeinband 44,00 €

Stürner, Rolf

## Die richterliche Aufklärung im Zivilprozeß

